

22. Jahrgang

4/95

Vierteljahres-
zeitschrift für
Stadtgeschichte
Stadtsoziologie
und
Denkmalpflege



Karl-Klaus Weber

Stadtbefestigungen als räumliche
Wachstumsbeschränkungen?

Heinrich
Heidebrecht

Deutsche Baumeister in Rußland zur
Zeit des Barock

Ursula von Petz

Raumplanung und Moderne

Dirk Schubert

Stadterneuerung als Form von
Modernisierung

Barbara
Stambolis

Städtebaulicher Umbruch und lokale
Identität nach 1945

Kohlhammer

Herausgegeben von Otto Borst



ISSN 0170-9364

Die alte Stadt. Vierteljahresschrift
für Stadtgeschichte, Stadtsoziologie
und Denkmalpflege

Im Auftrag der Arbeitsgemeinschaft
Die alte Stadt und in Verbindung mit
Hans Paul Bahrdt †, Helmut Böhme,
Rudolf Hillebrecht, Eberhard Jäckel
und Friedrich Mielke
herausgegeben von Otto Borst

Redaktionskollegium: Professor em. Dr. Otto Borst, Historisches Institut der Universität Stuttgart, Keplerstraße 17, 70174 Stuttgart (Hauptschriftleiter) – Hans Schultheiß, Rotenbergstraße 5, 70190 Stuttgart (Schriftleitung) – Frauke Schwesig, Robertstraße 26, 30161 Hannover (Redaktionslektorat). Dr. Harald Bodenschatz, Technische Universität Berlin, Institut für Stadt- und Regionalplanung, Dovesstraße 1–5, 10587 Berlin – Professor Dr. Burkhard Hofmeister, Direktor des Instituts für Geographie an der Technischen Universität Berlin, Budapester Straße 44/46, 10787 Berlin – Professor Dr. Rainer Jooß, Historisches Seminar an der Pädagogischen Hochschule Schwäbisch Gmünd, Oberbetringer Straße 200, 73525 Schwäbisch Gmünd – Professor Dr. Hermann Korte, Universität Hamburg, Forschungsstelle Vergleichende Stadtforschung, Allendeplatz 1, 20146 Hamburg – Architekt Dipl.-Ing. Hellmut Richter, Ministerialrat im Bayerischen Staatsministerium des Innern, Oberste Baubehörde, Franz-Josef-Strauß-Ring 4, 80539 München.

Redaktionelle Zuschriften und Besprechungsexemplare werden an die Anschrift der Schriftleitung erbeten: 73726 Esslingen am Neckar, Postfach 269, Tel. (0711) 35 12-3242.

Die Zeitschrift Die alte Stadt ist eine Mitgliederzeitschrift der Arbeitsgemeinschaft Die alte Stadt und erscheint jährlich in Vierteljahresbänden mit einem Gesamtumfang von etwa 420 Seiten. Der Bezugspreis im Abonnement beträgt jährlich DM 146,-; Vorzugspreis für Studierende gegen jährliche Vorlage einer gültigen Studienbescheinigung DM 110,- einschließlich Versandkosten und Mehrwertsteuer; Einzelbezugspreis für den Vierteljahresband DM 39,80 einschließlich Mehrwertsteuer und zuzüglich Versandkosten ab Verlagsort. Preisänderungen vorbehalten. Abbestellungen sind nur 6 Wochen vor Jahresende möglich.

Verlag, Vertrieb und Anzeigenverwaltung: W. Kohlhammer GmbH, 70549 Stuttgart, Tel. 0711 / 78630. Verlagsort: Stuttgart. Gesamtherstellung: W. Kohlhammer Druckerei GmbH + Co., Stuttgart. Printed in Germany. *Die Zeitschrift* und alle in ihr enthaltenen einzelnen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Alle Urheber- und Verlagsrechte sind vorbehalten. Der Rechtsschutz gilt auch für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen. Jede Verwertung bedarf der Genehmigung der W. Kohlhammer GmbH. Der Verlag erlaubt allgemein die Fotokopie zu innerbetrieblichen Zwecken, wenn dafür eine Gebühr an die VG WORT, Abt. Wissenschaft, Goethestraße 49, 80336 München, entrichtet wird, von der die Zahlungsweise zu erfragen ist.

Verlag W. Kohlhammer Stuttgart Berlin Köln

INHALT

ABHANDLUNGEN

KARL-KLAUS WEBER, Stadt und Befestigung. Zur Frage der räumlichen Wachstumsbeschränkung durch bastionäre Befestigungen im 17. und 18. Jahrhundert 301

HEINRICH HEIDEBRECHT, Deutsche Baumeister in Rußland. Die Zeit des Barock nach Peter dem Großen 322

URSULA VON PETZ, Raumplanung und »Moderne«: Ansichten zur Geschichte einer Disziplin 349

DIRK SCHUBERT, Stadterneuerungsmaßnahmen als janusköpfige Form von Modernisierung. Entwicklungslinien und Paradigmenwechsel am Beispiel Londons und Hamburgs 364

BARBARA STAMBOLIS, Städtebaulicher Umbruch und lokale Identität. Zur Verknüpfung von Architektur- und Mentalitätsgeschichte am Beispiel des Neu- und Wiederaufbaus in Paderborn nach 1945 383

DIE AUTOREN 395

BESPRECHUNGEN

Städtische Wirtschafts- und Verwaltungsgeschichte

PAUL THOMES, Kommunale Wirtschaft und Verwaltung zwischen Mittelalter und Moderne (*Peter Burg*) 396

Wohnungsbau, Architektur, Stadterneuerung

KURT JUNGHANS, Das Haus für alle. Zur Geschichte der Vorfertigung in Deutschland (*Robert Kaltenbrunner*) 397

CHARLOTTE SCHOELL-GLAS (Hrsg.), »Fleetinsel« in Hamburg (*Volker Roscher*) 398

KARL SCHEFFLER, Der Architekt. Und andere Essays über die Baukunst (*Ronald Kunze*) 399

LUIS I. KAHN, Die Architektur und die Stille (*Ronald Kunze*) 399

LILLI THURN UND TAXIS / ANNETTE HAFNER, Es ist jetzt halb sieben, was machen Sie gerade. Auskünfte zur Architektur (*Volker Roscher*) 400

Karl-Klaus Weber

Stadt und Befestigung

Zur Frage der räumlichen Wachstumsbeschränkung durch bastionäre Befestigungen im 17. und 18. Jahrhundert

I

Die in der 2. Hälfte des 16. Jahrhunderts in Europa einsetzenden politischen Veränderungen und die Wandlungen im Bereich der Militärtechnik und Militärstruktur nahmen auch entscheidenden Einfluß auf den Grundriß und die räumlichen Wachstumsmöglichkeiten der Städte. Dem Zeitraum vom Ende des 16. bis zum letzten Drittel des 17. Jahrhunderts kommt hierbei besondere Bedeutung zu, da der in den Niederlanden während des Befreiungskrieges 1568 bis 1648 zur sogenannten »Frühniederländischen Befestigungsmanier« weiterentwickelte Festungsbau vielerorts in Deutschland Vorbild für die um 1580 einsetzenden Modernisierungen städtischer Verteidigungsanlagen zu Bastionsbefestigungen wurde.

Nun vertritt die Forschung sehr pauschal die Meinung, daß das Bastionärssystem eine räumliche Erweiterung der Städte zumindest sehr erschwert, wenn nicht gar verhindert habe und damit entweder ihr Wachstum unterband oder aber im Innern eine starke, mit sozialen Spannungen verbundene Verdichtung hervorrief.¹ Mit den schweren Wallbefestigungen der Barockzeit seien »die Städte im Gegensatz zu den mittelalterlichen Städten von jedem organischen Wachstum abgeriegelt« worden.² Karl Czok urteilt generalisierend: »Durch die Baufreudigkeit des Duodezabsolutismus in das Korsett des Festungsbaus gezwängt, verblieben dem bürgerlichen Handel und Gewerbe nur bedingte Entwicklungsmöglichkeiten, so auch in den privilegierten Residenzstädten«,³ und Münster habe »unbeweglich wie in einem schweren Panzer« dagelegen.⁴ Doch darf diese Auffassung verallgemeinert werden? Welche der befestigten Städte konnten überhaupt expandieren? Waren die Notwendigkeiten und die Voraussetzungen für eine räumliche Ausweitung gegeben und in welchem Zeitabschnitt traten sie auf?

Ziel dieser Untersuchung ist es, einige mit den aufgeworfenen Fragen in Zusam-

¹ E. Ennen, Die Festungsstadt als Forschungsgegenstand, in: H.-W. Herrmann / F. Irsigler (Hrsg.), Beiträge zur Geschichte der frühneuzeitlichen Garnisons- und Festungsstadt, Saarbrücken 1983, S. 23 u. 29.

² K. Gruber, Die Gestalt der deutschen Stadt, München 4. Aufl. 1983, S. 140.

³ C. Czok, Zur Stellung der Stadt in der deutschen Geschichte, in: Jb. für Regionalgeschichte 3 (1986), S. 17.

⁴ W. Altmeier, Münster. Metropole Westfalens, Münster 3. Aufl. 1977, S. 71.

menhang stehende Überlegungen für den Zeitraum 1580–1760, dessen erstes Drittel von der Forschung bisher besonders vernachlässigt wurde, anzusprechen und die sehr pauschalen Aussagen zu modifizieren. Obwohl für viele die Städte dieses Zeitraumes betreffende Fragestellungen verlässliches Grundlagenmaterial fehlt,⁵ und es bisher auch nicht gelungen ist, allseits anerkannte Definitionen zu entwickeln,⁶ können Beobachtungen vorgelegt werden, die über den bisherigen Forschungsstand hinausreichen und Ansätze enthalten, die zur Vertiefung von Einzelfragen genutzt werden können.

Eine Beantwortung der gestellten Fragen erfordert ein näheres Eingehen auf drei Komplexe städtischer Entwicklung:

- die Bestimmung des Zeitraumes, in welchem die Bastionärsbefestigungen zu einer Wachstumsbeschränkung hätten führen können;
- die Entwicklung der städtischen Bevölkerung in dem fraglichen Zeitraum;
- die Entwicklung der Einwohnerdichten in den Städten in diesem Zeitraum;

Ausgangspunkt der Untersuchung ist die weiterentwickelte »Verbreitungskarte der Städte in Mitteleuropa« von Heinz Stooß, die in farbig und signativ dargestellten Stufen Art und Entstehungszeitraum der Stadtbefestigungen wiedergibt.⁷ Aus dem ablesbaren Zeitraum von 1450–1800 wurden die hier behandelten Jahrzehnte – also etwa 180 Jahre – herausgefiltert, wobei wegen des zur Verfügung stehenden Quellenmaterials mit einigen Ausnahmen nur diejenigen Städte betrachtet werden, die in der heutigen Bundesrepublik Deutschland liegen,⁸ und die in dem angesprochenen Zeitraum vollständig oder in erheblichen Teilbereichen mit Bastionsbefestigungen versehen wurden. Soweit erforderlich wurde die Stooß'sche Karte berichtigt bzw. ergänzt,⁹ andererseits wurden Orte ausgeklammert, in denen Bastionärsbefestigungen lediglich bei einer Zitadelle, einem Schloß oder einem »festen Haus«, also nicht für die dazugehörige Stadt erfolgten.¹⁰ Eine kritisch-vorsichtige Absicherung wurde durch Auswertung der bekannten Topographien von Matthäus und Caspar Merian sowie weiterer Stadtansichten und Vogelschauen zeitgenössischer Kupferstecher vorgenommen. Unter diesen Prämissen konnten 144 Städte in die Untersuchung einbezogen werden, deren Zahl allerdings durch fehlendes oder ungenügendes Quellenmaterial auf 52 re-

⁵ Als Beispiel mag der Erkenntnisstand der historischen Demographie gelten. Vgl. hierzu A. E. Imhof, Demographische Aspekte des frühneuzeitlichen Städtewesens, in: K. Krüger (Hrsg.), Europäische Städte im Zeitalter des Barock, Köln 1988, S. 57–92.

⁶ H. Stooß, Kartographische Möglichkeiten zur Darstellung der Stadtentwicklung besonders zwischen 1450 und 1800, in: ders., Forschungen zum Städtewesen, Bd. 1, Köln 1970, S. 15.

⁷ H. Stooß, Die Stadtbefestigung, in: K. Krüger (s. A 5), Anhang.

⁸ Ausnahmen sind wegen der Aussagekraft Breslau, Danzig und Stettin.

⁹ Keine bastionären Befestigungen hatten Celle, Duisburg und Stuttgart; zu ergänzen sind Gotha, Lechenich, Offenburg, Regensburg und Wiedenbrück.

¹⁰ So Christanspries, Dillenburg, Ehrenbreitstein, Gottorp, Havelberg, Homburg/Saar, Jever, Leerort, Mont Royal, Philippsburg, Pirna, Rheinfels, Rheydt, Wüezburg, Wulfen und Wunsiedel.

duziert werden mußte. Soweit wesentliche Aussagen zu Teilaspekten der Fragestellungen von dem größeren Städtekreis vorliegen, wurden diese herangezogen.

II

Bereits einleitend wurden die Jahrzehnte von 1580 bis 1760 als für die Fragestellung relevanter Zeitraum genannt. Wesentlich für diesen Ansatz ist, daß die neue Befestigungsart außerordentliche, alle bisher eingesetzten Verteidigungsanlagen übersteigende finanzielle Mittel und einen erheblichen, von den Städten nur mit großen Mühen bereitzustellenden Landbedarf erforderte. Wälle, Gräben und Bastionen – ohne das nicht zu bebauende Glacis – legten sich in einer Breite von etwa 250 m um die Stadt,¹¹ die Valckenburghsche Planung der Bremer Neustadt erforderte 38% des gesamten Landbedarfes für die Anlage der Befestigungen, obwohl nur 55% ihres Umfanges – die Landseite – eine Wallanlage erhielt.¹² Die Fläche für einen bastionären Befestigungsring einer Stadt von der Größe Braunschweigs mit 66 ha würde bei einer optimalen, d. h. kreisförmigen Grundform und allseitiger Befestigung 1,4mal so groß wie die geschützte Stadtfläche sein, rechnet man die Glacisfläche hinzu, würde diese Zahl auf 4,1 steigen.¹³ Es wird verständlich, daß eine Verlegung dieser Anlagen zwecks Vergrößerung der geschützten Stadtfläche ein bei den Bürgern kaum oder nur in besonders begründeten Fällen durchsetzbares Unterfangen gewesen wäre. Andererseits ist davon auszugehen, daß zu diesem Zeitpunkt eine Stadterweiterung wie in Hamburg, Bremen, Emden, Danzig, Hannover und anderen Städten erfolgt,¹⁴ in Erwägung gezogen worden wäre, wenn die Verantwortlichen, aus welchen Gründen auch immer, eine Notwendigkeit für eine solche Maßnahme gesehen hätten.

Die Jahreszahl 1760 steht für den Zeitraum, in dem von vielen Städten der Nutzen der Festungsanlagen in Frage gestellt oder von der bestimmenden Militärmacht als ihren Zielen entgegenstehend empfunden wurde. In diesen Jahren setzten Umnutzungen und Entfestigungen ein oder sie waren bereits durchgeführt worden, und nicht selten wurden Wälle und Bastionen einfach dem Verfall preisgegeben.¹⁵ Das Ende des Siebenjährigen Krieges, der ganz Europa in irgendeiner Weise berührt hatte, förderte diese Entwicklung. Wenn auch viele Entfestigungen erst im 19. Jahrhundert begonnen wurden, zeigt eine Reihe von Beispielen, daß die Diskussionen über einen derarti-

¹¹ K. K. Weber, Johan van Valckenburgh. Das Wirken des niederländischen Festungsbaumeisters in Deutschland 1609–1625, Köln 1995, Pläne 1 u. 2.

¹² Ebda., S. 63.

¹³ Eigene Berechnung. Der Anteil des Befestigungsringes an der Summe aus geschützter Stadtfläche und Festungsring wird mit zunehmender Größe der geschützten Fläche kleiner: bei 80 ha geschützter Fläche sind es 55%, bei 100 ha = 52%, bei 150 ha = 46%.

¹⁴ K. K. Weber (s. A 11), passim.

¹⁵ A. Bernatzky, Von der mittelalterlichen Stadtbefestigung zu den Wallgrünflächen von heute, Berlin 1960, S. 9ff.

gen Schritt sehr viel früher begonnen haben müssen: so setzten die Entfestigungen in Kalkar 1674, Kaiserslautern 1703, Berlin 1734, Freiburg 1744, Hannover, München, Meppen und Lingen 1763, Münster 1764, Leipzig 1776 usw. ein. Häufig verschob sich eine Entfestigung zeitlich aus Gleichgültigkeit oder Finanznot. In bezug auf die Fragestellung ist es dabei unerheblich, aus welchem Grund die Entfestigung erfolgte, wichtig ist einzig, daß eine räumliche Expansion bei Bedarf möglich gewesen wäre und dort, wo erforderlich, auch erfolgte.

Wenn also einerseits die Ausdehnung einer Stadt bei der mittelalterlichen oder leicht verbesserten Befestigungsart vertretbar und durchsetzbar war und andererseits das bastionäre Befestigungssystem um 1760 seine Bedeutung verlor, kann eine Beschränkung des Wachstums nur in dem Zeitraum 1580 bis 1760 aufgetreten sein.

III

Das Wachstum einer Stadt findet ihren Ausdruck in der Bevölkerungsentwicklung. Wachstumsbeschränkungen durch fehlende oder unterbundene Ausdehnungsmöglichkeiten können im Regelfall nur dort auftreten, wo ein Anstieg der Bevölkerungszahlen zu verzeichnen ist; der Grund für diesen Anstieg ist dabei ohne Belang. Die Umgestaltung der Befestigungsanlagen fiel nun in eine Phase, in welcher diese Zahlen in Deutschland vor allem durch die Folgen des Dreißigjährigen Krieges und rasch umschgreifende Epidemien starken Veränderungen unterworfen waren.¹⁶

Die Quellenproblematik zur Ermittlung von Einwohnerzahlen in vorstatistischer Zeit ist allgemein bekannt. Sie können nur aus den verschiedensten überkommenen Aufzeichnungen, wie Schoß- und Personenschatzregistern, Bürger-, Eid- und Mannschaftslisten, aus Tauf-, Kommunikanten- und Sterbebüchern, bis hin zu Aufstellungen über Bürgerholzpfeiler (Forchheim), oder aus der Zahl der Häuser, Haushalte oder Feuerstellen entwickelt werden. Insbesondere die örtlich und zeitlich unterschiedlichen Schlüsselzahlen – also die Faktoren, die anzusetzen sind, um von einer Einwohnergruppe auf die Einwohnerzahl zu schließen – führen zu großen Ungenauigkeiten. Unklarheit besteht häufig über die Erfassung und Zuordnung der Personengruppen, die keine Steuern zahlten, wie den Klerus, den Adel, die Söldner mit ihren Familien. Die genannten Listen und Bücher wurden zudem nach völlig unterschiedlichen Gesichtspunkten geführt oder sind einfach verloren gegangen.¹⁷ Nicht selten finden sich in der Literatur unterschiedliche Angaben über die Einwohnerzahlen einer

¹⁶ Generell dazu G. Franz, Der dreißigjährige Krieg und das deutsche Volk, Stuttgart 1979.

¹⁷ K. Gerteis, Die deutschen Städte in der Frühen Neuzeit, Darmstadt 1986, S. 52ff. C. Arndt, Die Einwohnerzahlen der niederdeutschen Städte von 1550–1816, masch. Diss. Hamburg 1946, S. 9ff.

Stadt für ein und denselben Zeitraum. Allerdings liefert bei allen Fehlerquellen und dem Annäherungscharakter der errechneten Werte »die Umrechnung in »Personen« bisher noch den objektivsten Vergleichsmaßstab.«¹⁸

Für die Frage nach der Auswirkung des Festungsbaues auf die räumliche Ausdehnung einer Stadt ist zunächst zu klären, ob ihre Bevölkerungszahl wuchs, stagnierte oder abnahm. Hier sind die absoluten Zahlen zwar Ausgangspunkt der Betrachtung, sehr viel wichtiger jedoch ist die *Tendenz* der Bevölkerungsentwicklung, d. h. das prozentuale An- und Abfallen der Einwohnerzahl. Ausgangspunkt der Überlegungen ist, daß jede Stadt zu einem gewissen Zeitpunkt – nicht anders als heute – einen in sich stimmigen Organismus darstellte, in welchem die einzelnen Funktionen in Art und Umfang und die Größe ihrer geschützten Bauflächen durch die Zahl der in ihr lebenden Menschen und ihren Bedürfnissen bestimmt wurden. Von der Veränderung der Einwohnerzahlen ist auf notwendige Umstrukturierungen des Gemeinwesens zu folgern. In diesem Teil der Untersuchung wird das Jahr 1500 als Bezugsdatum gewählt, die entsprechende Einwohnerzahl also gleich 100% gesetzt, nicht nur weil dieses Jahr als Nahtstelle zwischen Mittelalter und Früher Neuzeit angesehen wird sondern weil zu dieser Zeit die mittelalterlichen Befestigungsanlagen ihre Funktion als Stadtbegrenzungen noch voll erfüllten und in der Regel eine für die Einwohnerzahl ausreichend große, geschützte Grundfläche umschlossen; auch hatten umfangreichere Modernisierungsmaßnahmen zu Rondell- oder Bastionsbefestigungen nach italienischer Manier noch nicht begonnen.

Da für die gewählte Form der Untersuchung nur das Quellenmaterial der jeweils betrachteten Stadt herangezogen wird, Vergleiche zu anderen Städten also nicht erfolgen, werden diejenigen Fehler eliminiert, die auf zwischen den Städten abweichenden Ausgangsdaten des Basismaterials oder der verwendeten Schlüsselzahlen beruhen. Ungenauigkeiten bei der Ermittlung für eine einzelne Stadt werden relativiert, da die Bevölkerungskurve sich als Ganzes nach unten oder oben verschiebt, und Schätzungen können zwar punktuell zu falschen Zahlen führen: die *Tendenz* bleibt im wesentlichen davon unberührt. Die gewählte graphische Darstellung der Bevölkerungsentwicklung überspielt durch Interpolation darüber hinaus die zeitlich unterschiedlichen oder nur spärlich überlieferten Einwohnerzahlen. Zwar ist es möglich, daß der Zeitpunkt von Ablaufveränderungen, also von Wachstumsanstiegen oder -einbrüchen, nicht exakt erfaßt wird, doch auch hier ergeben sich keine Auswirkungen auf die *Tendenzen*. Es gilt: je kürzer der zeitliche Abstand des überlieferten Zahlenmaterials um so genauer der Kurvenverlauf (s. Göttingen), je größer der Abstand um so pauschaler der Verlauf (s. Hildesheim), doch selbst bei letzterem ist die *Tendenz* ablesbar (vgl. Abb. 1). Nicht auszuschließen sind allerdings Fehler, die beispielsweise durch Veränderung der Erfassungskriterien innerhalb einer Stadt, wechselnde Garnisonsstärken

¹⁸ K. Gerteis (s. A 17), S. 54.

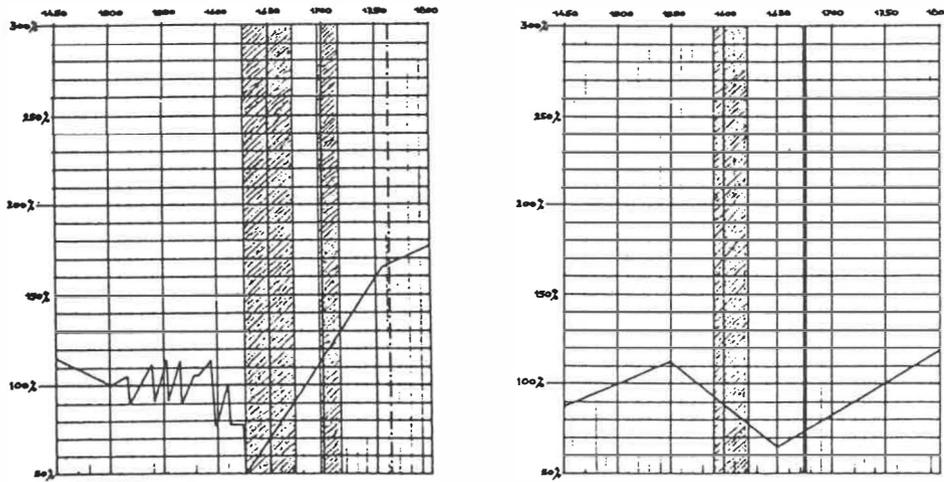


Abb. 1: Beispiel Göttingen (links) und Hildesheim: Entwicklung der Einwohnerzahlen 1450–1800, die Festungsbauperioden (schraffiert) sowie der Beginn der Entkernung (senkrechte Linie).

o. ä. auftreten. Aus dem zur Verfügung stehenden Basismaterial (vgl. Abb. 2) wurden diese Bevölkerungskurven gebildet.

Bedauerlicherweise gibt es jedoch für so wichtige Städte wie Bonn, Duisburg, Köln, Ludwigshafen, Mainz, Regensburg, Schweinfurt und Worms nur derart minimale Aussagen zur Einwohnerzahl in der behandelten Epoche, daß sie neben einer Vielzahl anderer unbedeutenderer Städte aus den Betrachtungen zu diesem Thema ausgenommen werden mußten.¹⁹

IV

Die Städte der Frühen Neuzeit wuchsen, wie alle einschlägigen Forschungen zeigen, durch Einwanderung, nicht durch Geburtenüberschuß;²⁰ das bedeutet, daß die Anziehungskraft einer Stadt sich in wachsenden Einwohnerzahlen widerspiegelte und umgekehrt, Bevölkerungsverlust auf abnehmende politische und wirtschaftliche Bedeutung schließen läßt. Die graphischen Darstellungen vermitteln ein anschauliches Bild vom jeweiligen Verlauf der Bevölkerungsentwicklung, dem Umfang und dem Zeit-

¹⁹ Ausgenommen wurden alle Städte, bei denen über einen Zeitraum von 150 und mehr Jahren keine Zahlen vorliegen.

²⁰ Vgl. hierzu E. Ennen, *Mitteleuropäische Städte im 17. und 18. Jahrhundert*, in: W. Rausch (Hrsg.), *Die Städte Mitteleuropas im 17. und 18. Jahrhundert*, Teil 1, Linz 1981, S. 3; H. Schilling, *Die Stadt in der Frühen Neuzeit*, München 1993, S. 10.

Entwicklung der Einwohnerzahlen

(Jahreszahl/Einwohner i. Tsd.; Zahlen in () geschätzt oder interpoliert)

Göttingen	1458 5,6 ¹¹	1500 5,0 ¹¹	1517 5,3 ¹¹	1519 4,5 ¹¹	1595 5,7 ¹¹	1598 3,9 ¹¹	1610 5,0 ¹¹	1627 2,5 ¹¹	1756 8,3	1812 9,0
Gotha ¹²		1500 2,5	1550 3,4	1588 2,9		1665 5,0	1715 7,0	1732 8,0	1760 11,5	1802 11,5
Hamel		1500 (1,3)	1550 1,7	1618 2,3	1648 2,3		1720 2,6		1790 3,0	1816 4,0
Hannover	1435 4,3 ¹⁰	1500 6,0 ¹⁰	1542 5,9 ¹⁰	1602 6,7 ¹⁰	1655 7,8 ¹⁴	1689 9,6 ¹⁴	1755 16,8 ¹⁴	1766 15,9 ¹⁴	1781 17,1 ¹⁴	1811 17,0 ¹⁴
Heidelberg	1439 (5,3)	1500 (5,9)		1588 6,3		1717 7,3	1734 6,2	1769 8,1	1784 10,7	1802 8,0
Heilbronn		1501 6,2	1566 4,9	1618 6,0	1648 3,2			1769 6,1	1788 6,9	1803 5,7
Hildesheim	1450 8,0	1500 (9,3)	1550 10,5		1650 6,0	1700 (7,7)	1750 (9,3)			1803 11,1

Abb. 2: Basismaterial (Auszug) zur Bildung der Bevölkerungskurven (Abb. 1).

punkt der Veränderungen. Am Verlauf der Kurven ist gleichsam die geschichtliche Entwicklung einer Stadt abzulesen. Eine erste Auswertung in bezug auf die Fragestellung läßt innerhalb des untersuchten Zeitraumes von 1580–1760 zwei große Städtegruppen erkennen:

- Städte, deren Bevölkerungszahl am Ende des Zeitraumes höher war als zu seinem Beginn,
- Städte, deren Bevölkerungszahl am Ende des Zeitraumes gleich oder geringer war als zu seinem Beginn.

Von den 52 untersuchten Städten gehören 29 Städte oder 58% der ersten großen Gruppe an und 23 oder 42% der zweiten (vgl. Abb. 3). Das bedeutet zunächst, daß die Bastionsbefestigungen bei mehr als zwei Fünftel der Städte keine räumlichen Wachstumsbeschränkungen darstellen konnten, weil kein Bevölkerungswachstum stattfand. Die Städte erreichten erst zu einem Zeitpunkt eine höhere, die von 1580 übertreffende Einwohnerzahl, als die Festungsanlagen ihre Funktion schon wieder verloren hatten und einem Abtrag oder einer Ansiedlung vor den Wällen nichts mehr im Wege stand.

Der Dreißigjährige Krieg gilt als der entscheidende Einschnitt in die Entwicklung der deutschen Städte, ihre Wirtschaftskraft und ihre Bevölkerungsentwicklung in der

1. Städte mit Bevölkerungswachstum (= 29 Städte)
Amberg, Berlin, Braunschweig, Bremen, Breslau, Danzig, Dresden, Düsseldorf, Frankfurt/M., Göttingen, Gotha, Hamburg, Hameln, Hannover, Heidelberg, Heilbronn, Hildesheim, Kassel, Koblenz, Leipzig, Memmingen, München, Münster, Oldenburg, Rendsburg, Stade, Stettin, Uelzen, Würzburg.
2. Städte mit Bevölkerungsverlust (= 23 Städte)
Anklam, Augsburg, Duderstadt, Einbek, Emden, Erfurt, Freiburg, Greifswald, Kaiserslautern, Kalkar, Lauingen, Lübeck, Lüneburg, Magdeburg, Meppen, Minden, Nürnberg, Osnabrück, Rostock, Schorndorf, Stralsund, Ulm, Wismar.
3. Städte mit Wachstum und Reservelächen (= 12 Städte)
Amberg, Göttingen, Hameln, Heidelberg, Heilbronn, Hildesheim, Koblenz, Memmingen, Münster, Oldenburg, Stade, Uelzen.
4. Städte mit Stadterweiterungen (= 15 Städte; Veranlasser der Erweiterung durch: F = Landesherr; O = Okkupationsmacht; S = Stadt)
Berlin (F), Bremen (S), Danzig (S), Dresden (F), Düsseldorf (F), Emden (O/S), Erfurt (F), Frankfurt/M. (S), Hamburg (S), Hannover (F/S), Kassel (F), Nürnberg (O/S), Rendsburg (F), Stettin (O/S), Würzburg (F).

Abb. 3: Städtegruppen (Untersuchungszeitraum 1580–1760).

Frühen Neuzeit.²¹ Eine Verallgemeinerung ist jedoch auch hier fehl am Platz, denn seine Auswirkungen auf die Städte waren sehr unterschiedlich. Auch war, wie bereits gesagt, der Krieg nicht der einzige Grund für Veränderungen: Epidemien, Wandel der Funktionen, Verlagerung von Handelsschwerpunkten oder -straßen und politischer Bedeutungsverlust sind nur einige der weiteren auslösenden Momente.²² Untersucht man unter dieser Sicht die Graphiken, so können unter Inkaufnahme von einigen unscharfen Abgrenzungen, welche naturgemäß durch sich überschneidende und gegenseitig beeinflussende Entwicklungen auftraten, drei Gruppen unterschieden werden:

- Städte, deren Bevölkerungsanstieg sich kontinuierlich vollzog,
- Städte, deren Bevölkerungsentwicklung durch direkte oder indirekte Folgen des 30jährigen Krieges beeinflusst wurden,
- Städte, deren Bevölkerungsentwicklung von Ereignissen beeinflusst wurden, die nicht mit dem Krieg in Verbindung standen.

Sichtbar wird, daß durch den Dreißigjährigen Krieg das Wachstum von 10 Städten (= 19%) nicht berührt wurde;²³ vielmehr zogen einige von ihnen letztlich aus dem Geschehen Nutzen.²⁴ Für 21 Städte (= 40%), die der zweiten Gruppe angehören,

²¹ F. W. Henning, *Das vorindustrielle Deutschland 800–1800*, in: *ders.*, *Wirtschafts- und Sozialgeschichte*, Bd. 4, Paderborn 1985, S. 233 ff.

²² Vgl. hierzu H. Schilling (s. A 20), S. 20 ff.

²³ Auch diese Zahlen sind durch die Zufälligkeit ihrer Auswahl, die sich zwangsläufig durch das überlieferte Zahlenmaterial ergibt, nur Annäherungswerte.

²⁴ Vgl. hierzu H. Schilling (s. A 20), S. 15.

hatte der Krieg zum Teil verheerende Folgen: Kaiserslautern und Magdeburg mit 90% Bevölkerungsverlust stehen hier stellvertretend für viele andere. Sieben dieser Städte, u. a. Breslau, München, Leipzig und Stade, erholten sich jedoch sehr schnell von dem Rückschlag. Zur dritten Gruppe sind 22 Städte (= 41%) zu zählen; es würde den Rahmen dieser Arbeit sprengen, wollte man die oben bereits im allgemeinen angesprochenen, unterschiedlichen Ursachen hierfür vertiefen. Bemerkenswert ist, daß eine Unterbrechung des Bevölkerungswachstums bei gleich vielen Städten durch den Dreißigjährigen Krieg wie durch nicht kriegsbedingte Einflüsse erfolgte.

V

Die Einwohnerzahl ist jedoch nicht das einzige Kriterium, welches Auskunft gibt über die Wohnverhältnisse in einer Stadt und die sich daraus eventuell ergebenden Wachstumserfordernisse. Entscheidend ist die Einwohnerdichte, ausgedrückt in E/ha, die Zahl also, die angibt, wieviel Einwohner auf einem Hektar Stadtfläche wohnen. Es sollte Übereinstimmung darüber herrschen, daß es sich bei dem Begriff »Stadtfläche« nicht wie bei der heute gültigen Definition um die politisch-rechtliche Gesamtfläche einer Stadt sondern lediglich um den durch Verteidigungsanlagen begrenzten Teilbereich, den »geschützten« Teil einer Stadt handelt.

Nur wenige Städte sahen es als erforderlich an, die Modernisierung ihrer Festungswerke als Chance zu einer Stadterweiterung zu nutzen. Bei den weitaus meisten Städten erfolgte der Umbau zu Bastionsbefestigungen, indem die neuen Werke unmittelbar von außen an die bestehenden Verteidigungsanlagen angelehnt wurden. Eine Einbindung oder Mitverwendung der alten Anlagen erfolgte nur in seltenen Fällen, da die Konstruktionen von Grund auf verschieden und die erforderlichen un bebauten Grundstücke nur im Außenbereich zu beschaffen waren. Der niederländische Festungsbaumeister Johan van Valckenburgh erläuterte dem Ulmer Rat 1617: »[...] das die gegenwertige wähl umb die statt herumb [...] viel zu klain, das man recht dickhe brustwehren druff setzte (dan dise brüstung gar zu schmahl) und dan noch genug platz dähinder behalt zum geschütz. Wolt und müßte mans dann breiter machen, so müßte man oben vom Glöcklerthor und herab bis zum Rothenturm allenthalben die heuser wegräumen.«²⁵

Da mit der Innenkante der mittelalterlichen Mauer oder dem Wallfuß eine exakte Begrenzung der geschützten Fläche gegeben und unter Hinzuziehung heutiger und überlieferter Pläne in den überwiegenden Fällen nachzuvollziehen ist, läßt sich die Größe der hier angesprochenen Fläche einer Stadt mit genügender Genauigkeit feststellen.

²⁵ *Stadtarchiv Ulm*, A 1129, Memorandum Valckenburghs, o.D., veröff. bei K. K. Weber (s. A 11), S. 164.

Nicht ganz einfach stellt sich die Aufteilung der geschützten Flächen nach Funktionen dar, die erforderlich wird, will man zu aussagekräftigen Angaben über die tatsächliche Einwohnerdichte in den Wohngebieten kommen, wobei zunächst die Mittelwerte, die sich für die Summe der Wohngebiete ergeben, nicht jedoch die verschiedenen Dichten von Quartieren innerhalb einer Stadt angesprochen werden. Bei gleicher geschützter Fläche war die Summe der zum Wohnen zur Verfügung stehenden Grundstücke durchaus unterschiedlich. Eine Unterteilung in Wohn-/Gewerbegrundstücke einerseits und Sonderflächen andererseits bietet sich an.²⁶ Eine darüber hinaus wünschenswerte Unterteilung zwischen Wohngrundstücken und Gewerbeflächen ist nicht möglich, da im untersuchten Zeitraum Arbeitsstätten, wie Kontore, Handwerksbetriebe, Lagerräume usw., überwiegend unter einem Dach mit den Wohnstätten lagen und nach heutigem Verständnis eine Mischnutzung darstellten, wie man sie in innerstädtischen Kerngebieten antrifft. Unter dem Begriff »Sonderflächen« subsumieren sich alle nicht der ersten Kategorie angehörenden Grundstücke für kirchliche und landesherrliche Zwecke, Verwaltungen und Handelshäuser, öffentliche Einrichtungen, die Garten- und landwirtschaftlichen Flächen, größere Wasserflächen, aber auch Straßen und Plätze.

Genauer Zahlenmaterial über den Anteil der einzelnen Funktionsflächen zu erhalten, ist nur bei wenigen Städten möglich, da verlässliches, maßstabgerechtes und bis ins einzelne gehendes Planmaterial fehlt und Rekonstruktionen aus den heutigen Stadtgrundrissen zu fragwürdigen Ergebnissen führen können. Mechthild Siekmann hat in ihrer Untersuchung über Münster den Anteil an Sonderflächen, zu denen sie jedoch auch Armenhäuser, Kollegien und leerstehende Wohnhäuser, also bewohnte oder zum Wohnen bestimmte Flächen zählt, für 1770 mit 31% der geschützten Stadtfläche ermittelt;²⁷ zur gleichen Zeit belief sich in Lübeck der Anteil auf etwa 22%.²⁸ Ein Ansatz von 25% der Stadtfläche für Sondernutzung scheint ein brauchbarer Mittelwert für weitere Berechnungen zu sein, soweit Größenordnungen oder Tendenzen sichtbar gemacht werden sollen. Allerdings müssen überdimensional bemessene Sonderflächen, wie beispielsweise die Residenzen in Würzburg und München oder die Binnenalster und der Hafen in Hamburg, vorher ausgeklammert werden.

VI

Keine eindeutige Beantwortung hat bisher die Frage gefunden, wo die Grenze zwischen einer menschlich vertretbaren und einer das Zumutbare übersteigenden Ein-

²⁶ M. Siekmann, Die Stadt Münster um 1770. Eine räumlich-statistische Darstellung der Bevölkerung, Sozialgruppen und Gebäude, Münster 1989. Der dort auf S. 93 verwendete Begriff der »bereinigten ha-Fläche« ist m. E. nicht sehr glücklich, da er mehrere Definitionen zuläßt.

²⁷ Ebda., S. 93.

²⁸ Eigenberechnung anhand der Grundkarte, M: 5000, mit der historisch-topographischen Bearbeitung, in: J. Habig (Hrsg.), Stadtkernatlas Schleswig-Holsteins, Neumünster 1976, S. 96.

wohnerdichte anzusetzen ist, ab welcher Einwohnerdichte also von Überbevölkerung aus Sicht der Wohnraumversorgung und damit einem Expansionserfordernis des Stadtgebietes gesprochen werden muß. Gustav Schmoller definierte den Begriff der (relativen) Überbevölkerung als »eine solche Dichtigkeit, welche gegenüber den vorhandenen Lebensbedingungen und volkswirtschaftlichen Aussichten als Druck empfunden werde«.²⁹ Ein entscheidender Faktor für verträgliche Lebensbedingungen ist neben zufriedenstellenden Nahrungs- und Erwerbsverhältnissen zweifelsohne eine ausreichende Wohnraumversorgung. Allerdings wichen die sozialen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen des Zusammenlebens der Menschen jener Zeit von den heutigen derart ab, daß das Auffinden gemeinsamer Wertmaßstäbe nur schwer vorstellbar ist. Ohne Festsetzung einer Meßzahl jedoch ist eine Beurteilung nicht möglich. Um so erstaunlicher ist es, daß eine nähere Untersuchung zeigt, daß heutige und damalige Vorstellungen nicht sehr weit auseinanderklaffen.

Ein Ansatzpunkt aus dem 16. Jahrhundert ist Dürers Entwurf einer Idealstadt, den er 1527 in seiner Befestigungslehre veröffentlichte.³⁰ Kersten Krüger hat diesen Vorschlag unter dem Aspekt frühneuzeitlicher Stadtplanung detailliert untersucht und seine Wirklichkeitsnähe und Realisierbarkeit nachgewiesen.³¹ Um zu einer für die Fragestellung relevanten Aussage zu gelangen, sind einige der dort genannten Zahlen zu vertiefen. Die geschützte Stadtfläche – ohne die Königsburg – beträgt 30,5 ha, auf denen 1045 Grundstücke ausgewiesen und jeweils mit einem Haus zu bebauen sind. Legt man wie Krüger »die für die frühe Neuzeit sicher belegte[n] Behausungsziffer 5 zugrunde«,³² wäre die Stadt für 5225 Personen geplant worden, was einer mittleren Dichte von 173 E/ha entspräche.

Nun mag die Behausungsziffer 5 die tatsächlichen Belegungsverhältnisse widerspiegeln, sie sagt jedoch nichts aus über die Personenzahl, die in den Häusern hätte wohnen können, ohne daß unzumutbare Wohnverhältnisse eingetreten wären, oder – im Sinne der Fragestellung – ab welcher Behausungsziffer von einer Überbelegung gesprochen werden muß. 1012 (= 97%) der von Dürer ausgewiesenen Grundstücke werden durch nur drei unterschiedliche Typen gebildet, deren kleinster (Typ D) 97 qm Grundstücksfläche aufweist.³³ Bei einer zweigeschossigen Be- und 75%igen Überbauung können auf diesem Grundstück 145,5 qm Geschoßfläche errichtet werden, die mit dem Erfahrungswert 0,8 multipliziert, zu 116 qm Nutzfläche in den beiden Geschossen führt; das entspräche bei einer Belegung mit fünf Personen 23 qm

²⁹ G. Schmoller, Grundriß der Allgemeinen Volkswirtschaftslehre, 1. Teil, 1919, S. 189.

³⁰ A. Dürer, Etliche underricht zu befestigung der Stett, Schloß und Flecken, Nürnberg 1527 (Neudruck 1969).

³¹ K. Krüger, Albrecht Dürer, Daniel Speckle und die Anfänge frühmoderner Stadtplanung in Deutschland, in: Mitteilungen des Vereins für Geschichte der Stadt Nürnberg 67 (1980), S. 96.

³² Ebda., S. 85.

³³ Ebda., S. 83.

Nutzfläche/Person. Zusätzlich entstehen im Keller oder Souterrain 58 qm und im Dachgeschoß etwa 39 qm Gewerbe- oder Lagerfläche. Nun ist davon auszugehen, daß die Wohnverhältnisse des »Normalbürgers«, die sich sehr stark in der zur Verfügung stehenden Wohnfläche ausdrücken, seiner Zeit zumindest nicht besser waren als heute. Legt man die im heutigen öffentlich geförderten Wohnungsbau bei größeren Familien üblichen 16 qm Wohnfläche à Person zugrunde,³⁴ stünden in den Geschossen für Gewerbe- oder Lagerflächen neben der Wohnfläche noch 36 qm zusätzlich zur Verfügung. Das kleinste Grundstück hätte demnach für fünf Personen 80 qm Wohnfläche und 133 qm Gewerbe- oder Lagerfläche. Hier würde auch die Unterbringung von sieben Personen nicht zu einer Überbelegung führen, zumal diese Häuser für Bürger »ohne großen Raumbedarf«, also Offiziere, dienstleistende Personen, Handwerker ohne eigene Werkstatt usw. vorgesehen waren.³⁵ 112 qm Wohnfläche und 101 qm Gewerbe- und Lagerfläche dürften auch für 7 Personen eine ausreichende Versorgung darstellen.

Bei den genannten Werten handelt es sich, wie erwähnt, um den kleinsten der Grundstückstypen. Die Zahlen für den mittleren (Typ G = 116 qm) und größeren Typ (Typ C = 155 qm)³⁶ ergeben bei einer Belegung mit sieben Personen für die Wohn-/Gewerbe- und Lagerflächen 112/143 qm bzw. 112/229 qm. Auch bei diesen Haustypen würden sieben Personen/Haus nicht zu einer Überbelegung führen. Die theoretische Einwohnerzahl liegt bei Verwendung dieser Behausungszahl bei 7315 Einwohner und einer mittleren Dichte von 240 E/ha.

Einige Forschungsergebnisse zeigen, daß 240 E/ha als Schwellenwert nicht abwegig sind.³⁷ In der Untersuchung über Münster sagt Siekmann, daß bei einer Dichte von 126,7 E/ha [nur Wohn-/Gewerbeflächen] »die Stadt über ausreichend Wohnraum verfügt zu haben [scheint]; darauf deuten leerstehende Häuser und das trotz behördlicher Hilfe so lange als Ruine liegende Martini-Viertel hin. Auch sind keine Bestrebungen bekannt, ungenutztes Überschwemmungsgebiet oder andere Freiflächen der Bebauung zugänglich zu machen.«³⁸ Zu Würzburg führt Bernhard Sicken aus: »sie [die Einwohnerdichte] stieg dann bis gegen Ende der [17]80er auf ca. 158 Menschen an, womit man nach wie vor weit von einer Überbevölkerung entfernt war.«³⁹ Weitere Beispiele sind Aachen, das um 1656 eine Dichte von 143 E/ha aufwies und dessen

³⁴ Vgl. u. a. die Wohnraumrichtlinien des Landes Hessen von 1988, wonach bei einer Belegung mit 5 Pers./Whg. jeder Person 16–18 qm, bei Belegung mit 7 Pers./Whg. 14–16 qm zustehen (Staatsanzeiger für das Land Hessen 30/1988, S. 1617).

³⁵ K. Krüger (s. A 11), S. 83.

³⁶ Ebda., Abb. 3.

³⁷ Vgl. M. Siekmann (s. A 26).

³⁸ Ebda., S. 93.

³⁹ B. Sicken, Residenzstadt und Fortifikation. Politische, soziale und wirtschaftliche Probleme der barocken Neubefestigung Würzburgs, in: Referate eines Kolloquiums in Saarlouis 1980, S. 132.

»umschlossene Stadtfläche zu groß und niemals dicht bebaut [war]«,⁴⁰ sowie Glückstadt mit im Jahr 1644 960 Haushalten,⁴¹ was etwa 5000 Einwohnern und einer Dichte von 217 E/ha entsprach, was zu einer »nun spürbaren Raumnot« führte.⁴²

Nicht übersehen werden darf, daß es sich bei dem Grenzwert um einen Mittelwert handelt; die Bebauungsdichten in den einzelnen Quartieren und auf den Grundstücken waren sehr unterschiedlich. Für Münster schwankten die Quartierszahlen um 1770 für Wohn-/Gewerbegebiete zwischen 17,3 und 191 E/ha,⁴³ damit liegt letzterer um 87% höher als der Mittelwert mit 102 E/ha. Andererseits mag die Dichte von 240 E/ha im Vergleich mit tatsächlich erreichten Werten, wie zum Beispiel in Breslau mit 404 E/ha und Leipzig mit 648 E/ha um 1750/60, als sehr gering erscheinen. Eine kurze Untersuchung anhand des Dürerschen Entwurfes zeigt, wie schnell diese Größen zu erreichen sind. Bei einer 80%igen Überbauung des 97 qm Grundstückes mit einem ausschließlich dem Wohnen dienenden, 3,5geschossigen Haus ergäbe 272 qm GF oder 217 qm NF, die GFZ betrüge 2,8. Gesteht man jedem Einwohner nur 10 qm zu, so würde das Haus anstatt fünf oder sieben nun 21 Personen beherbergen. Es ergäben sich 2165 E/ha als Quartierswert,⁴⁴ ein Wert, der die mittlere Einwohnerzahl/ha gravierend nach oben verschieben würde. Derartige, von armen Schichten der Bevölkerung bewohnte Stadtteile gab es bis ins 19. Jahrhundert in jeder Großstadt,⁴⁵ wenn sie vielleicht auch nicht immer diese extremen Werte erreichten.

VII

Von allen in die Untersuchung einbezogenen Städten wurden für die Jahre 1580 und 1760, Beginn und Ende des betrachteten Zeitraumes, die Größe der geschützten Stadtflächen und die Einwohnerdichten zusammengestellt. Ferner wurden zur richtigen Einschätzung der jeweiligen Entwicklung die in dieser Zeitspanne auftretenden Höchstdichten und das Jahr ihres Auftretens aufgeführt. Es ist davon auszugehen, daß diejenigen Städte, bei denen die Einwohnerdichten den Schwellenwert von 240 E/ha auch während der angesprochenen Jahrzehnte nicht erreichten, über ausreichende Reserveflächen zur Ansiedlung des Einwohnerzuwachses innerhalb ihres Befestigungsgürtels verfügten. Hierzu zählten landwirtschaftlich genutzte Flächen, Kraut- und Baumgärten, Brachen, zu extensiv bebaute Grundstücke, aber auch neu aufge-

⁴⁰ Vgl. K. Schmüt, Deutscher Städteatlas IV.

⁴¹ G. Köhm, Die Bevölkerung der Residenz, Festung und Exulantenstadt Glückstadt von der Gründung 1616 bis zum Endausbau 1652, Neumünster 1974, S. 96.

⁴² K. Krüger (s. A 11), S. 96.

⁴³ M. Siekmann (s. A 26), S. 95.

⁴⁴ Eine derartige Überbelegung wird heute durch die BauNVO dadurch verhindert, daß, unabhängig von der Geschoßzahl, die höchstzulässige GFZ mit 2,4 festgesetzt ist. Höhere Werte sind in Abhängigkeit von der Nutzung und Geschoßzahl nur in Ausnahmen möglich.

⁴⁵ So z. B. Hamburg, Korntrügergang und Cremon; Lübeck, Große Petersgrube und Depenau.

schlossene Bauflächen im Bereich alter Wälle oder zugeschütteter Gräben. Die größten Reserven stellten jedoch die gemeinhin geringe Anzahl der Stockwerke je Haus dar; allein der Ansatz einer drei- anstelle der in der Rechnung angesetzten zweigeschossigen Bebauung führt zu einer 50%ig höheren Dichte. Rat und Bürgerschaft in Mainz nutzten beispielsweise diese Reserven, als sie in der 2. Hälfte des 18. Jahrhunderts die Gärten um die Kirchen aufhoben und einer Bebauung zuführten sowie die Stockwerkszahlen bei Neu- und Wiederaufbauten von zwei auf vier erhöhten.⁴⁶

Eine Betrachtung des zusammengestellten Zahlenmaterials ergibt, daß bei zwölf (= 41%) der 29 Städte, deren Bevölkerungszahl im relevanten Zeitraum zunahm, ausreichend Reserveflächen zur Verfügung standen. Bei weiteren zwölf Städten löste sich das Problem der zu hohen Dichte – so es überhaupt auftrat – durch Stadterweiterungen, die entweder im Zuge des Baues der bastionären Befestigungen vorgenommen wurden oder, wie in Berlin, Dresden und Kassel, unter bewußter Mißachtung verteidigungstechnischer Überlegungen außerhalb des Befestigungsringes neu entstanden. Lediglich bei zwei Städten – Braunschweig und München – lagen die Einwohnerdichten während des gesamten Zeitraumes über dem Schwellenwert und weitere drei – Breslau, Gotha und Leipzig – wuchsen während dieser Jahrzehnte über diesen Wert hinaus.

Für die Fragestellung ist aus dem bisher Gesagten zu entnehmen, daß bei 23 von den untersuchten Städten kein Bevölkerungsanstieg erfolgte, zwölf über ausreichende Reserveflächen verfügten und zwölf sich über Erweiterungen zusätzliche Flächen verschafften; das bedeutet, daß von 52 Städten 47 (= 90%) ihren Bevölkerungszuwachs in der einen oder anderen Weise auffangen konnten, und eine Wachstumsbeschränkung durch die bastionären Befestigungen nicht zu erkennen ist.

Bei den verbleibenden fünf Städten (= 10%) ist aus der Verhaltensweise bzw. den sichtbaren Ergebnissen nicht abzuleiten, daß die jeweiligen Obrigkeiten die neuen Befestigungsanlagen als Hemmnis für die Entwicklung ihrer Städte betrachtet hätten. Wie die Graphiken zeigen, fielen die Modernisierungen bei zwei Städten in eine Phase starken Bevölkerungswachstums, bei zwei Städten erfolgte sie zu einer Zeit, in der bereits hohe Dichten erreicht waren, und nur in Braunschweig stieg die Einwohnerzahl erst nach der Modernisierungsperiode an. Bei gegenteiliger Einschätzung der Auswirkungen des Festungsbaues hätten die Verantwortlichen in allen Fällen eine Erweiterung der Stadtflächen veranlassen können; es ist vielmehr zu vermuten, daß ähnliche, wie die noch zu zeigenden Beweggründe den Ausschlag für diese Untersuchung gaben. Weder bei den letztgenannten fünf Städten noch bei denjenigen, die Erweiterungen ihrer geschützten Flächen vornahmen, ist festzustellen, daß unzureichende Wohnraumversorgung oder negative Auswirkungen einer hohen Einwohnerdichte Trieb-

⁴⁶ F. G. Dreyfus, *Sociétés et mentalités à Mayence dans la seconde moitié du XIII siècle*, Paris 1968, S. 217ff.

feder für eine Stadterweiterung waren. Diesen »inneren Druck« scheint es nicht gegeben zu haben oder er konnte nicht artikuliert werden; jedenfalls wurde er von den Obrigkeiten nicht zur Kenntnis genommen. Dem Bau einer optimalen Verteidigungsanlage wurde stets der Vorzug vor bevölkerungspolitischen oder sozialen Belangen gegeben, die Stadterweiterung war abfallendes Nebenprodukt; entscheidend war die strategische Zielsetzung und das militärtechnische Erfordernis. Die Kompetenz hierfür lag zum einen bei den Städten, so sie (noch) politisch unabhängig und wirtschaftlich stark genug waren, zum anderen bei den Landesherren und zum dritten – häufig übersehen oder in der Auswirkung auf die Städte unterschätzt – bei den Okkupationsmächten, gleichgültig ob Freund oder Feind.

So wurde in Hamburg und Danzig wegen der größeren Reichweite der modernen Artillerie die Einbeziehung der nahe gelegenen Höhenzüge erforderlich; Bremen, Hannover und Stettin mußten aus gleichem Grund ihre Verteidigungslinien auf das jenseitige Ufer der bis dahin ausreichenden Schutz bietenden Flußläufe oder -niederungen verlegen;⁴⁷ die Erweiterungen von Düsseldorf, Frankfurt, Rendsburg und Würzburg erfolgten im Zuge der Umgestaltung der Festungsanlagen nach den Idealen barocker Festungsbaukunst. Ähnliches ist von Emden, Erfurt und Nürnberg zu sagen, drei Städten, die zwar kein Bevölkerungswachstum aufwiesen. In Emden forderten die Niederländer den Ausbau der Stadt zu einer modernen Festung,⁴⁸ Erfurt verdankte seine Erweiterung dem Befestigungsombau im Bereich der landesherrlichen Zitadelle⁴⁹ und die Nürnberger Verteidigungsanlagen wurden durch die befreundeten Schweden maßgeblich veranlaßt. Nicht auszuschließen ist, daß bei den Residenzstädten Düsseldorf, Hannover und Würzburg das Repräsentationsbedürfnis der Landesherren, manifestiert durch eine prächtige, den modernsten Vorstellungen entsprechende Verteidigungsanlage, bei den Entscheidungen von einigem Gewicht war. Der »Sonderweg« von Berlin, Dresden und Kassel wurde bereits erwähnt. Die einzige andersartige Motivation für eine Stadterweiterung ist bei dem 1748 begonnenen Bau der Aegidienvorstadt in Hannover zu erkennen. Es war der Versuch von Rat und Bürgerschaft, durch Neuansiedlung von Handwerkern und Manufakturisten ein Äquivalent für den durch Weggang des Hofes nach England entstandenen wirtschaftlichen Verlust zu schaffen.⁵⁰

⁴⁷ Zu Hamburg, Bremen und Emden vgl. K. K. Weber (s. A 11).

⁴⁸ Ebda., S. 102.

⁴⁹ W. Gutsche (Hrsg.), *Die Geschichte der Stadt Erfurt*, Weimar 1986, S. 151f.

⁵⁰ S. Busch, *Hannover, Wolfenbüttel und Celle. Stadtgründungen und Stadterweiterungen in drei westfälischen Residenzen vom 16. bis 17. Jahrhundert*, Hildesheim 1969, S. 267. Es ist der einzige Fall, in dem zur Erweiterung eine vollausgebaute Bastion verlegt wurde.

VIII

Die Aussage, daß die Erweiterungen Nebenprodukte des Ausbaues der Befestigungsanlagen und nicht durch inneren Bevölkerungsdruck veranlaßt waren, bestätigt sich bei Betrachtung der Städte im einzelnen, wobei besonderes Augenmerk auf jene fünf Städte zu richten ist, die bei Beginn der Ausbaurbeiten eine Überbevölkerung in dem oben definierten Sinne aufwiesen: Bremen, Danzig, Dresden, Emden und Hamburg. Bei ihnen wird die Frage der Bevölkerungsdichte am klarsten problematisiert, und die Reaktionen der Obrigkeiten sowie die Integrationsprozesse sind beispielhaft für die anderen, ähnlich strukturierten Städte.

In Bremen wurde innerhalb des Rates schon während der Bauzeit in den zwanziger Jahren des 17. Jahrhunderts verschiedentlich darüber verhandelt, ob man denjenigen, die sich in der Neustadt ansiedeln wollten, nicht unentgeltliches Bürgerrecht, Freiheit von Zunftzwang, befristete Freiheit von Abgaben, von Wachdienst und endlich auch Freiheit bei der Religionsausübung einräumen sollte. Die Diskussion drohte die Bürgerschaft in zwei Lager zu spalten. Die geschlossenen Kooperationen der Altstädter Bürger wandten sich vor allem gegen die beabsichtigte Aufhebung des Zunftzwanges, andere wollten von religiöser Freiheit nichts wissen. Erst 1642 – die Einwohnerdichte im Bereich der Altstadt muß bei etwa 370 E/ha gelegen haben – erließ der Rat ein entsprechendes Privileg. Doch es dauerte noch Jahrzehnte, »bis der Raum der Neustadt einigermaßen mit städtischem Anbau ausgefüllt war.«⁵¹

Ähnlich, jedoch noch schleppender, erfolgte die Besiedlung des Hamburger Stadtteils St. Michaelis. Auch hier hinderten vorenthaltene Bürgerrechte, Verbote zur Niederlassung von konkurrierenden zünftischen Handwerksbetrieben, eine zehnfache Befestigungssteuer und daraus resultierende Verarmung den wünschenswerten Zuzug von Neusiedlern und Altstädtern. Rat und Bürgerschaft nutzten den Geländezugewinn nicht als Instrument einer sozialen Stadtplanung und Bevölkerungspolitik sondern überließen ihn den Einwirkungen von »Kapitalverwertungsmöglichkeiten und Gruppeninteressen«,⁵² die häufig genug ihre eigenen waren. Im Vordergrund stand die Konkurrenzangst von alteingesessenen Gewerbe- und Handeltreibenden sowie Grundeigentümern, die um Mietausfall oder Mietverfall bangten und sich gegen jede Neubautätigkeit sperren. In den Jahren 1675/76 sollen über dreihundert Häuser oder Wohnungen leergestanden haben,⁵³ und der 1679/82 befestigte Stadtteil St. Georg wies noch in der Mitte des 19. Jahrhunderts große unbebaute Flächen auf. Erst

⁵¹ W. von Rippen, Geschichte der Stadt Bremen, Bd. 2, Bremen 1889, S. 294; W. Lührs, Die Anfänge der Bremer Neustadt, in: Jb. der Wittheit 17 (1973), S. 7 u. 45.

⁵² Vgl. hierzu J. Ellermeyer, Zu Handel, Hafen und Grundeigentum Hamburgs im 17. und 18. Jahrhundert, in: ders. / R. Postel (Hrsg.), Stadt und Hafen. Hamburger Beiträge zur Geschichte von Handel und Wirtschaft, Hamburg 1986, S. 69.

⁵³ Ebda. S. 61.

Ende 1798 wurde nach jahrelangem Drängen gegen den Widerstand von Alteigentümern die Steintorsperre, Zugang zu diesem Stadtteil, um ein paar Abend- später auch Nachtstunden geöffnet und somit der Verkehr erleichtert; diese Maßnahme sollte zu zunehmender Bautätigkeit anregen und auch Mittelständler zum Grunderwerb ermutigen.⁵⁴ Für beide Städte gilt, daß nicht die Bastionsbefestigungen das Wachstum der Bevölkerung oder die Lösung damit einhergehender sozialer Probleme hinderten sondern Kurzsichtigkeit, Gleichgültigkeit und Egoismus von Räten und Bürgerschaften. Diese Grundeinstellung überrascht um so mehr, als bei den autonomen Städten eine zügige Besiedlung der zugewonnenen Flächen im eigenen Interesse liegen mußte, war doch im Regelfall die Bewachung und Verteidigung der Wälle durch die in den dahinter liegenden Stadtteilen wohnenden Bürger zu übernehmen. Konnten die notwendigen Verteidigungsmannschaften zahlenmäßig nicht durch die Bewohner gestellt werden, wurde die kostenträchtige Anwerbung zusätzlicher Truppen erforderlich.

In Danzig begann der Ausbau der Bastionen jenseits der Weichsel 1655, zu einem Zeitpunkt, als die Bevölkerungsabnahme bereits eingesetzt hatte; bis zur Jahrhundertwende verlor die Stadt 35% ihrer Einwohner, eine Entwicklung, welche die Einwohnerdichte auf 165 E/ha herunterdrückte, und unter der die Besiedlung des Neubaugebietes naturgemäß erheblich zu leiden hatte.

Dresden gehörte zu den Residenzstädten, deren Landesherren nicht nur sehr frühzeitig (1573) mit dem den Stadtumriß fixierenden Bau einer modernen Festungsanlage begannen, sondern sich auch eher als die meisten ihrer Standesgenossen von deren überzogener Nutzeinschätzung getrennt zu haben scheinen. Hatte die Stadt bei Baubeginn mit etwa 11000 Einwohnern den Schwellenwert mit 240 E/ha in etwa schon erreicht, schnellte diese Zahl im Verlauf der folgenden Jahrzehnte um das Mehrfache nach oben; die Zuwanderung betrug Anfang des 18. Jahrhunderts ca. 600 Personen/Jahr, eine Aufnahme des Bevölkerungszustromes ausschließlich im geschützten Altstadtbereich war unmöglich. Nach dem Brand von Altendresden (Neustadt) im Jahr 1685 wurde das Gebiet großzügig wieder aufgebaut und Anfang des 18. Jahrhunderts entstand die Neuansiedlung Ostra auf dem Gelände des alten, ausgekauften und umgesiedelten Dorfes gleichen Namens. Schon August der Starke hatte gegen den Widerstand seiner Militärs die Schloßerweiterung auf einer Stadtbastion durchgesetzt, und als 1738 der Bau der Hofkirche begann, mußten die zu beiden Seiten angrenzenden Festungswerke eingeebnet werden. Ein Jahr davor hatte sich Graf Brühl auf dem Festungswall einen Garten mit verschiedenen Gebäuden anlegen lassen, und seit dieser Zeit mußten die Befestigungen als veraltet und militärisch nur noch von geringem Wert eingeschätzt werden.⁵⁵ Für die sächsischen Kurfürsten hatte der Ausbau ihrer Residenzstadt unbedingt Priorität. Wie auch die zahlreichen Schloßneugründun-

⁵⁴ Ebda. S. 73.

⁵⁵ R. Förster (Hrsg.), Dresden, Geschichte einer Stadt in Wort und Bild, Berlin 1985, S. 58 u. 62.

gen in der näheren Umgebung zeigen, ließen sie sich durch militärtechnische Verteidigungsüberlegungen nicht aufhalten. Die Ansiedlung der Bevölkerung außerhalb des Festungsgürtels war nur eine folgerichtige Entscheidung dieser Grundeinstellung; es muß allerdings offen bleiben, ob diese auf der Mißachtung des Sicherheitsbedürfnisses ihrer Untertanen oder auf übertriebener Einschätzung der Stärke der staatlichen Armee beruhte.

Völlig andersartig verlief die Entwicklung in Emden, einer Territorialstadt, die aufgrund der politischen Entwicklung im Nordwesten des Reiches unter die militärische Vorherrschaft der Niederländer geraten war. Seit dem Den Haager Akkord von 1603 lag eine ständige, unter niederländischem Befehl stehende Garnison von 500–600 Mann in der Stadt. Die Niederländer waren es auch, die deren Befestigungen nach modernsten Gesichtspunkten durch ihren Festungsbaumeister Johan van Valckenburgh durchsetzten.⁵⁶ Die Bevölkerung Emdens hatte sich durch die Zuwanderung niederländischer Glaubensflüchtlinge in den letzten Jahrzehnten des 16. Jahrhunderts etwa verdreifacht, ob sie jedoch zu Beginn des Festungsbaus tatsächlich, wie die Zahlen aussagen, auf der angegebenen Höhe stagnierten oder die Rückwanderungen bereits eingesetzt hatten, muß offen bleiben. Keinesfalls ist die Stadterweiterung in irgendeinem Zusammenhang zur Bevölkerungsentwicklung zu sehen, sie folgte ausschließlich militärtechnischen Notwendigkeiten. Folgt man dem Plan von Mathaeus Merian von Emden aus dem Jahr 1641, so waren zu dieser Zeit in dem neuen Stadtteil noch erhebliche Flächen un bebaut und die Grundstücke mit auffallend großzügigen Zuschnitten ausgewiesen. Es ist davon auszugehen, daß die Überbevölkerung in Emden von vorübergehender Natur gewesen ist, die Entwicklung der Stadt wurde zumindest durch die Bastionsbefestigungen nicht beeinträchtigt.

Die weiteren zehn, räumlich expandierenden Städte sind alle, wie bereits gesagt, in Entwicklung und Vorgehen mit der einen oder anderen der oben behandelten Städte zu vergleichen. Die Landesherrn von Berlin und Kassel waren den gleichen Weg wie die Kurfürsten von Sachsen gegangen. In Berlin wurde schon 1668 außerhalb der Befestigungen die Dorotheen-Vorstadt angelegt und Friedrichstadt folgte 1688, in Kassel begann ebenfalls 1688 die Ansiedlung der Hugenotten in der Oberen Neustadt,⁵⁷ die jedoch auch einhundert Jahre später nur aus 104 Häusern (etwa 520 Einw.; 40 E/ha) bestand. Die Altstadt Düsseldorfs dürfte bei Beginn der Modernisierungsarbeiten 1664, die eine kleine Lösung und die Freigabe der Zitadelle zu Bauzwecken vorsah, eine Dichte von ca. 205 E/ha gehabt haben. Als Kurfürst Johann Wilhelm Ende des Jahrhunderts eine großzügigere Stadterweiterung befahl, fanden sich nicht genügend Interessenten für eine Besiedlung, so daß die Planungen verändert und ei-

nige Festungskomplexe zurückgebaut werden mußten.⁵⁸ Hannover, im Jahr 1636 Residenzstadt geworden, erfuhr durch Herzog Georg von Calenberg mit der Modernisierung der Befestigungsanlagen gleichzeitig eine Erweiterung durch die Neustadt Calenberge mit 23 ha. Sie erhielt vom Herzog neben anderen Privilegien das »Kleine Stadtrecht« und nahm, bis auf das Schloß, die Residenzbauten auf. Trotz dieser, im völligen Gegensatz zur Bremer und Hamburger Vorgehensweise stehenden Aufwertung, verzeichnete auch hier die Besiedlung nur mäßige Fortschritte. Die letzten Baugrundstücke wurden erst 1739 veräußert – 89 Jahre nach Beginn der Ansiedlung. Die Altstadt hatte zu dieser Zeit eine Dichte von etwa 280 E/ha, diejenige der Neustadt betrug 150 E/ha. Die Bebauung der Rendsburger Erweiterung, die mehr als doppelt so groß wie die Altstadtfläche ausfiel, geschah mit solcher Großzügigkeit, daß allein daraus auf fehlende Wohnraumprobleme geschlossen werden kann; von 248 im Jahr 1701 stehenden Häusern waren 226 in eingeschossiger Bauweise errichtet worden, die Einwohnerdichte dürfte 50 E/ha nicht überschritten haben. Nürnberg und Stettin – erstere Reichsstadt, die zweite autonome Hansestadt – wurden auf Verlangen und mit Hilfe der Schweden Anfang der dreißiger Jahre des 17. Jahrhunderts ausschließlich nach militärischen Überlegungen modern und mit barocker Großzügigkeit befestigt. In Nürnberg wurde ein zweigestaffelter Verteidigungsring unter Einbeziehung der Vorstädte Wöhrd und Gosthofen sowie der befestigten Herrnsitze im Abstand von 1–2 km um die alte Stadt gelegt,⁵⁹ und in Stettin übersprang man die Oder, wodurch innerhalb der neuen Festungswerke die Lastadie mit etwa 35 ha die geschützte Stadtfläche um 46% anwachsen ließ.⁶⁰ Keine der beiden Städte war imstande, die ausgedehnten Anlagen aus eigener Kraft zu verteidigen und das dazugewonnene Areal zu besiedeln, zumal die Einwohnerzahlen rückläufig waren; beide Städte waren auf starke Garnisonen der befreundeten Okkupationsmacht Schweden angewiesen. Die Stadterweiterungen von Frankfurt, Würzburg und auch Erfurt waren im Zuge der Befestigungsmodernisierung entstanden, stellten jedoch, wie schon gesagt, nur Arrondierungen dar, die in diesem Zusammenhang keine neuen Aspekte aufzeigten.

Angesprochen werden sollen noch zwei der fünf Städte, deren Bevölkerung in der fraglichen Zeit zunahm, deren Dichte den Schwellenwert schon zu Beginn oder während dieser Periode überschritten hatte und bei denen dennoch keinerlei Anzeichen einer Reaktion auf diese Situation zu erkennen war – Leipzig und München. Die Bebauung Leipzigs hatte sich schon gegen Mitte des 16. Jahrhunderts über den Befestigungsring hinaus, entlang den Verbindungsstraßen zum Umland entwickelt. Während der Belagerung im Schmalkaldischen Krieg sah sich der Rat Anfang 1547 ge-

⁵⁸ E. Spohr, Düsseldorf – Stadt und Festung, Düsseldorf 1979, S. 167 f.

⁵⁹ G. Pfeiffer (Hrsg.), Nürnberg. Geschichte einer europäischen Stadt, München 1971, S. 275; K. Gerteis (s. A 17), S. 126.

⁶⁰ A. Blühm u. a. (Bearb.), Stettin – Ansichten aus fünf Jahrhunderten. Ausstellungskatalog des Museums Ostdeutsche Galerie 1/1991.

⁵⁶ K. K. Weber (s. A 11), S. 99ff.

⁵⁷ H. Brunner, Geschichte der Residenzstadt Cassel, Cassel 1913. Die obere Neustadt wurde, entgegen dem Belagerungsplan von 1761, nie befestigt.

zwungen, neben einigen Mühlen auch die Grimmische und Petersche »Vorstadt« sowie das Hospital St. Johannis niederbrennen zu lassen.⁶¹ Man sollte vermuten, daß aus dieser Erfahrung die Ratsoberen bei zunehmender Bevölkerung, vor allem im Zuge der 1637 begonnenen Modernisierung der Festungswerke, geeignete Schritte zum Schutz der ihnen anvertrauten Einwohner oder zur geregelten Ansiedlung vor den Toren zumindest eingeleitet hätten. Doch weder Erweiterungsvorhaben noch – in Anlehnung an das nahegelegene und unter gleicher Landesherrschaft stehende Dresden – geordnete Vorortplanungen sind bekannt. Die Stadt wuchs wie ehemals entlang der Ausfallstraßen in alle Himmelsrichtungen. Bemerkenswert ist, daß nicht nur, wie häufig unterstellt,⁶² die ärmere Bevölkerung und störendes Gewerbe in das Vorland auswich, sondern gleichermaßen »kunstvolle Pracht- und Lustgärten« nebst aufwendigen, mehr der Repräsentation als der Verteidigung dienende Vorwerke sowie moderne Manufakturen entstanden.⁶³ Weder die Ratsherren noch die übrige Bevölkerung ließ sich in ihrem Entwicklungsdrang durch die Festungswerke stören. Schon 1702/03 legte die Stadt den Festungsgraben trocken und bepflanzte die Wälle mit Bäumen und Ziersträuchern. Es ist nur zu vermuten, daß das Vertrauen in die militärische Stärke des Landesherrn den Leipziguern eigene Verteidigungsmaßnahmen als überflüssig erscheinen ließen oder aber, daß auch sie die Überzeugung vom Nutzen der Festungsanlagen sehr früh verloren hatten.

IX

Eine zusammenfassende Auswertung der Befunde von 52, das sind mehr als ein Drittel von allen in der heutigen Bundesrepublik Deutschland für diesen Fragenkomplex relevanten Städten, läßt – bei Akzeptanz des gefundenen Schwellenwertes von 240 E/ha – die Aussage zu, daß den bastionären Befestigungsanlagen des 17. und 18. Jahrhunderts keineswegs die ihr in der bisherigen Forschung überwiegend zugewiesenen, für die räumliche Entwicklung negativen Auswirkungen angelastet werden können. Neunzig Prozent der untersuchten Städte verzeichneten entweder kein Wachstum, verfügten über ausreichende Reserveflächen innerhalb der Verteidigungsanlagen oder erweiterten ihre geschützte Stadtfläche aus verteidigungstechnischer Notwendigkeit, unabhängig von ihrer Bevölkerungsentwicklung. Bei den verbleibenden zehn Prozent scheinen die Bürgerschaften in Zeiten lang anhaltender Friedensperioden die Schutzfunktionen ihrer Wallanlagen sehr schnell verdrängt zu haben. Es dürfte allerdings in vielen Städten Wohnquartiere gegeben haben, deren Bevölke-

⁶¹ W. Schneider, Leipzig. Dokumente und Bilder zur Kulturgeschichte, Leipzig 1990, S. 215.

⁶² So z. B. C. Czok, Vorstädte. Zu ihrer Entstehung, Wirtschaft und Sozialentwicklung in der älteren deutschen Stadtgeschichte, in: Sbb. der Sächsischen Akademie der Wissenschaften Leipzig, Klasse 121, Bd. 1, Berlin 1979, S. 25f.

⁶³ Vgl. hierzu den Homannschen Plan von 1749 von J. E. Scheffel, in: W. Schneider (s. A 61), S. 201.

rungsdichte z. T. erheblich über dem Schwellenwert von 240 E/ha lag, doch eventuell dort anzutreffende Mißstände waren nicht durch die von Festungsanlagen beschränkten Ausdehnungsmöglichkeiten verursacht; die Gründe waren vielschichtiger und lagen sehr viel tiefer. An erster Stelle ist eine fehlende soziale Boden- und Wohnungspolitik zu nennen. Es muß bezweifelt werden, daß sich in einer Zeit oligarchisch geprägter Stadtobergkeiten und zunehmend absolutistisch bestimmter Landesherrschaften ein Bewußtsein entwickelt hatte für soziale Fragen, für soziale Verantwortung, das die »bürgerliche« und »nicht bürgerliche« Armut erreichte; vielmehr wurden durch die politischen Verfassungen vornehmlich den Räten und Landesherrn, den Bürgerschaften und reichen Grundeigentümern ihre Privilegien, Besitzstände und Interessensphären abgesichert, und die Verbesserung der Wohnverhältnisse gehörte nicht dazu.⁶⁴

Die Aussagen über den Einfluß der bastionären Befestigungsanlagen auf die Entwicklung, insbesondere das räumliche Wachstum der frühneuzeitlichen Städte wird also zu modifizieren sein, und die Forschung wird nicht umhin können, wie am Ende der Untersuchung kurz angedeutet, die Komplexität dieses Prozesses zu sehen und in größere Zusammenhänge einzubinden.

⁶⁴ Hierauf hat schon J. Ellermeyer (s. A 52) hingewiesen; vgl. auch ders., Grundeigentum, Arbeits- und Wohnverhältnisse. Bemerkungen zur Sozialgeschichte spätmittelalterlicher-frühneuzeitlicher Städte, in: Lübecker Schriften zur Archäologie und Kulturgeschichte 4 (1980), S. 71–95.

Heinrich Heidebrecht

Deutsche Baumeister in Rußland

Die Zeit des Barock nach Peter dem Großen

1. Das Ende einer Epoche – 2. Anfänge des Klassizismus – Petersburger Chinoiserien – 4. Kirchenbauten – 5. Landschaftsarchitektur

1. Das Ende einer Epoche

Als 1725 Peter I. mit 52 Jahren plötzlich starb, war sein Lebenswerk bereits vollendet: Das breit aufgestoßene »Fenster nach Europa« machte für Rußland jetzt eine völlige Abschottung vom Westen unmöglich. Auch wenn nach seinem Tode eine gewisse Stagnation im Lande einsetzte und der Zarenhof wieder eine Zeitlang nach Moskau zog, war an die Rückkehr zum einst verschlafenen vorpetrinischen Bojaren-Rußland nicht mehr zu denken.

Mit dem Tode Peters des Großen ging eine Epoche zu Ende. Peter I. war nicht nur der letzte Moskauer Zar, sondern zugleich auch einer der letzten Monarchen, der auf eine ausschließlich russische Abstammung zurückgreifen konnte. Unter seinen sämtlichen späteren Thronfolgern traf dies nur noch für seine Nichte Anna, russische Kaiserin von 1730 bis 1740, zu. Allerdings hatte der weitsichtige Onkel auch für ihre ausländischerfreundliche Gesinnung vorgesorgt, indem er sie als Siebzehnjährige mit dem Herzog von Kurland, Friedrich Wilhelm, einem Neffen des preußischen Königs, verheiratete und nach dessen frühem Tode wiederum ausschließlich mit Deutschen umgab. Alle anderen Romanows, von Peters Gattin Katharina I., Tochter des Litauers Samuel Skawronski, die als Adoptivkind bei dem Pastor Ernst Glück in Marienburg aufwuchs, bis zum 1918 von Bolschewisten erschossenen Nikolaus II., einem Verwandten des deutschen Kaisers Wilhelm II., konnten sich nur bedingt als Russen geben. Ab 1725 stammten die Mitglieder der Zarenfamilie mit wenigen Ausnahmen von Deutschen ab.

Die neuen, Peter so willkommenen Einflüsse kamen jetzt nicht nur aus dem Ausland. Nach der von ihm jahrzehntelang betriebenen Einwanderungspolitik waren zu Beginn der 1730er Jahre alle sozialen Schichten Moskaus und insbesondere St. Petersburgs von Fachkräften aus Westeuropa übersät. Diese größtenteils aus Deutschland kommenden Fachleute stiegen sehr schnell zu führenden Positionen auf und wurden somit auch Reformträger im petrinischen Sinne. Natürlich bildeten Architekten und Künstler hier keine Ausnahme, eher im Gegenteil – der Anteil der Deutschen unter den Baumeistern im Zarenreich und deren Einfluß auf die Bautätigkeit im Lande war erstaunlich hoch.

Eine kaum zu überschätzende Rolle beim weiteren Aufbau St. Petersburgs spielte die Akademie der Wissenschaften. Sie wurde auf Anregung des deutschen Philosophen Leibniz von Peter I. konzipiert und erst nach seinem Tode 1725 vom Leibarzt des Zaren, dem ersten Präsidenten der Akademie, Laurentius Blumentrost, ins Leben gerufen. Die russische Akademie der Wissenschaften war zumindest das ganze 18. Jahrhundert hindurch eine weitgehend deutsche Forschungsinstitution: Von 111 berufenen Akademikern (1725–1799) sprachen 68 Deutsch als Muttersprache.¹ Einer von ihnen war der Dresdner Karl Friedrich Scheßler (in der russischen Literatur unkorrekterweise auch als Tesler erwähnt), der bereits im Gründungsjahr der Akademie aus Berlin nach Petersburg berufen wurde. Hier unterrichtete er Mathematik, Perspektive sowie »Zivil- und Militärarchitektur«. Mit der letzteren sind die Festungsanlagen gemeint, die im russischen Bauwesen des 18. Jahrhunderts eine nicht untergeordnete Rolle spielten. Unter den bedeutendsten Arbeiten Scheßlers in Rußland sind seine topographischen Aufnahmen für den Petersburger Stadtplan (1737) und das Projekt des Akademiekomplexes auf der Wasiljewski-Insel zu erwähnen. Bis auf eine vierjährige Unterbrechung, wo er in Dresden weilte, unterrichtete Scheßler 1755 immer noch an der Petersburger Akademie.²

Auch der Bau der ältesten Schule St. Petersburgs ist mit Namen deutscher Architekten verbunden. Die anfangs hölzernen Schulgebäude der lutherischen St.-Petri-Gemeinde am Newski-Prospekt wurden 1747 nach den Plänen des Architekten K. Kempf durch Steinbauten ersetzt (einer dieser Bauten dient heute noch seinem ursprünglichen Zweck). Unter der Leitung des bekannten Theologen und Philosophen aus Göttingen Anton Friedrich Büsching stieg die Schule rasch zu einer musterhaften modernen Lehranstalt St. Petersburgs auf. 1762 wurde sie mit einem neuen Gebäude nach dem Entwurf des Architekten Martin Ludwig Hoffmann in Richtung Norden erweitert. Lange Zeit hielt man Bartolomeo Rastrelli für den Autoren des Projektes. Erst seit einigen Jahren ist durch Archivfunde der tatsächliche Baumeister, der aus Riga stammende L. M. Hoffmann (1714–1787), bestätigt worden.³ Bereits seit 1749 diente Hoffmann als Steinmetz und Baumeister den russischen Großfürsten und erbaute in Oranienbaum das Pferdestallgebäude, die Orangerie und das erste kleine Theater.⁴ Als man Ende des 19. Jahrhunderts unter Alexander III. viele deutsche Schulen im Lande russifizierte, wurde die deutsche Unterrichtssprache für die multinationale

¹ E. Amburger, Beiträge zur Geschichte der deutsch-russischen kulturellen Beziehungen, Gießen 1961, S. 46.

² K. W. Malinowskij, Sapiski Jakoba Schtelina ob isjastschnych Iskusstwach w Rossii (Notizen von Jakob Stählin über schönste Künste in Rußland), Bd. I, Moskau 1990 (Nachdruck), S. 229.

³ W. W. Smirnow / N. P. Uljanow, Starejschaja schkola (Die älteste Schule), Leningradskaja panorama, Nr. 6, Leningrad 1985; E. Amburger, Ingermanland. Eine junge Provinz Rußlands im Wirkungsbereich der Residenz und Weltstadt St. Petersburg – Leningrad, Köln 1980, S. 814.

⁴ K. W. Malinowskij (s. A 2), S. 205–207.

nale Belegschaft der Sanct-Petri-Schule – so die einstige Bezeichnung – »erst« 1928 abgeschafft. Aber auch heute noch verraten die gußeisernen Lettern »St«, »P« und »S« im barocken Fassadengitter der mehrmals umgebauten »Mittelschule Nr. 222 des Kujbyschewer Bezirks« ihre außergewöhnliche Vergangenheit.

In den 30er Jahren tritt Johann Blank (1708–1745), ein Schüler und unmittelbarer Nachfolger der ersten Petersburger Baumeister Mattarnovi, Härbel und van Sviten, als praktizierender Architekt in Erscheinung. Sein Vater Jakob Blank, ein einfacher Arbeiter aus dem sächsischen Bergbauggebiet, wanderte nach Rußland aus, um an den Olonezer Werken, nördlich von St. Petersburg, sein Brot als Hammermeister zu verdienen. Den jungen Johann Blank hatte man bereits im Alter von zehn Jahren beim damaligen Petersburger Stadtbaumeister und Berliner Architekten Georg Johann Mattarnovi als dessen Schüler und Dolmetscher untergebracht.⁵ Nachdem Mattarnovi 1719 gestorben war, wandte sich Johann Blank mit einem Bittbrief an den alles entscheidenden Zaren, um die Erlaubnis zu bekommen, bei Mattarnovis Amtsnachfolger, dem Baseler Nikolaus Härtel, wieder dolmetschen zu dürfen. Zar Peter hatte offensichtlich nichts dagegen, und so bekam der junge Blank immer mehr Einblick in den Beruf eines Architekten.

1730 leitete Johann (in Rußland: Iwan Jakowlewitsch) Blank schon den Umbau des 1716 von Schädel erbauten Menschikow-Palastes auf der Wasiljewski-Insel und wurde gleichzeitig von Semzow zur Errichtung der Simeonow-Kirche an der Mochowaja-Straße herangezogen. Er beteiligte sich auch am Bau der Kasaner Mutter-Gottes-Kirche in St. Petersburg (1733–1737). Die nicht erhaltene Kirche befand sich an der Stelle der Parkanlage gegenüber der heutigen Kasaner Kathedrale. Seit 1734 darf der vormalige »Architekturgeselle« die Bezeichnung Architekt in Anspruch nehmen. Im gleichen Jahr begann Johann Blank in Zarskoje Selo nach seinem eigenen Projekt (möglicherweise nicht unbeeinflusst von Semzow) den Bau der Kirche »Zur Erscheinung Mariä« (Snamenskaja, 1738 geweiht), die als einzige unter seinen Werken erhalten blieb. Auch an der Gestaltung der Parkanlagen und Fontänen von Peterhof soll er sich beteiligt haben. 1736 entwarf Blank zusammen mit Semzow und Dawidow Pläne für den Ausbau von Katharinenhof zu einer riesigen, fünf Kilometer langen Schloßanlage, die jedoch wegen Geldmangels in dieser Fassung nicht gebaut wurde. 1740, nach dem Tode der Kaiserin Anna Ioannowna, wird er plötzlich nach Sibirien verbannt, aber schon ein Jahr später nach dem erneuten Thronwechsel begnadigt und nach Petersburg zurückgeholt. 1742 wurde er zusammen mit anderen Architekten nach Moskau berufen, wo man für die Feierlichkeiten anlässlich der bevorstehenden Krönung der Kaiserin Elisabeth entsprechende Vorbereitungen treffen wollte. Nach Petersburg kehrte Johann Blank nicht mehr zurück, sondern blieb bis zu seinem Le-

⁵ I. Grabar, *Istorija russkogo iskusstwa* (Geschichte der russischen Kunst), Moskau 1915, Bd. III, S. 162.



Abb. 1: Die Münze (1740) auf dem Istoritscheski-Projesd 1, Moskau, Architekt: P. Heiden.

bensende in Moskau. Von seinen Moskauer Arbeiten sind uns nur die Pläne der nicht mehr existierenden Nikita-Märtyrer-Kirche überliefert worden. Der Kunsthistoriker Igor Grabar erwähnt diesen Bau als einen der wichtigsten Meilensteine der Moskauer Architekturgeschichte beim Übergang von der unseligen nachpetrinischen Zeit zur Epoche des »reifen Elisabeth's Barock«.⁶

Während der für das Baugewerbe nicht sonderlich glücklichen Regierungszeit Anna Ioannownas treffen wir in Moskau auf noch einen deutschen Architekten: Peter Friedrich (in Rußland Pjotr Iwanowitsch) Heiden. 1732, ein Jahr nach der Pensionierung Christoph Conrads, des laut Grabar »führenden und sogar einzigen« derzeitigen Architekten Moskaus,⁷ trat Heiden in den russischen Dienst ein. Er ersetzte den nach Kiew verreisten Gottfried Schädel beim Weiterbau des Annenhofes und leitete zwei Jahre lang das sogenannte Hofintendantenkontor – die Moskauer Baubehörde. Sein Hauptwerk in Moskau war die neue Münze, die er bis 1740 auf der Hauptzufahrtsachse zum Roten Platz erbaute (vgl. Abb. 1). Im 18. Jahrhundert schloß das riesige Ensemble außerdem die Kasanski-Kathedrale, das Woskresenski-Tor und die Apotheke ein. Alle diese Bauten verschwanden mit der Zeit, nur die in den 1930er Jahren zerstörte Kathedrale wurde 1992 wieder aufgebaut. Seit 1781 präsentiert sich

⁶ I. Grabar, ebda., Bd. IV, S. 88.

⁷ I. Grabar, ebda., Bd. IV, S. 42.

die Münze nach außen klassizistisch: Ihre neue Stuckfassade erhielt sie während der Renovierungsarbeiten vom Architekten M. K. Kasakow. Im heute vernachlässigten Innenhof hat jedoch das Übergewicht immer noch die Spätrenaissance von Peter Heiden. Man wird überrascht von den vielen noch erhaltenen Details des feingliedrigen Backsteinbaus mit korinthischen Säulen und dem schönen Einfahrtsbogen. Münzen werden hier schon lange nicht mehr geprägt, was aber das vor kurzem eingezogene Juwelergeschäft nicht abhielt, mit dem Namen »Monetny dwor« (Münzhof) an die Tradition anzuknüpfen.

Einer der bekanntesten Schüler der Architekten Johann Blank und Giuseppe Trezzini war Alexander Wüst (zu russisch: Wist, 1721–1780). Sein Vater Franz Wüst stammte aus Liegnitz und befand sich seit 1704 im russischen Dienst, wo er unter anderem als Translateur und Sekretär beim Fürsten Menschikow und Feldmarschall Scheremetew seinen Pflichten nachging. Alexander Wüst bekam seine Architekturausbildung in Italien, bereiste aber auch Frankreich und Deutschland. Nach seiner Rückkehr aus dem Ausland bekam er 1752 als Nachfolger des Italieners Pietro Antonio Trezzini eine Anstellung als Architekt bei der Petersburger Polizeikanzlei. Bald wechselte er zum Senat über, wo er als erstes ein »hervorragendes Modell des steinernen Triumphtores mit vier Bögen« schuf.⁸ 1759 erbaute Wüst in St. Petersburg die Himmelfahrtskirche am Gluchaja-Fluß. Der hohe Glockenturm der Kirche war aber nicht lange von Bestand. Die häufigen Warnungen des Architekten an die Bauunternehmer in Bezug auf die schlechte Qualität des Baumaterials erwiesen sich leider sehr schnell als begründet: Nach zwei Jahren stürzte der Turm ein. Der neue wurde nach dem Projekt des Italieners Antonio Rinaldi erbaut und versah seinen Dienst bis 1936, als dann die ganze Kirchenanlage gesprengt wurde. Rinaldi lieferte auch den Entwurf für den bis dahin größten Sakralbau Rußlands – die sogenannte dritte Isaakskathedrale, die an Stelle der vom Blitz getroffenen und ausgebrannten Isaak-Dolmatski-Kirche erbaut werden sollte. Mit der Bauausführung wurde Alexander Wüst beauftragt. Das schon nach dem Tode der beiden Architekten in vereinfachter Form errichtete Gotteshaus mußte dann später der »endgültigen« vierten Isaakskathedrale weichen.

Gut erhalten blieb das 1761 von Wüst erbaute Bootshaus, ein kleiner gelbweißer Barockpavillon in der Peter-und-Pauls-Festung zu Füßen der gleichnamigen Kathedrale. Die Spitze des hohen Mansardendaches schmückt seit 1891 eine vom dänischen Bildhauer David Jensen ausgeführte Terrakotta-Figur, eine Allegorie der Navigation. Das Bootshaus wurde ursprünglich für den »Großvater der russischen Seeflotte« Peter I. bestimmt, jenes berühmte kleine Boot, das 1723–1761 im Kronwerk aufbewahrt wurde und gegenwärtig im zentralen Kriegsmarinemuseum ausgestellt ist.

1760 faßte der Petersburger Senat den Beschluß, die abgelegene Stein-Insel durch Brücken mit den südlicheren Inseln der Stadt zu verbinden und beauftragte Alexan-

der Wüst mit der entsprechenden Planung. Unter seiner Leitung und mit Hilfe des russischen Ingenieurs Sinowjew wurden die ersten Brücken der Stein-Insel in kürzester Zeit erbaut. Die Zarin Elisabeth Petrowna soll 1761 von den Brücken besonders oft Gebrauch gemacht haben, als sie sich in ihrem letzten Lebensjahr gerne auf die Insel zurückzog.⁹

Zwischen 1764 und 1780 errichtete Wüst die fünfkuppelige Andrejewski-Kathedrale auf der Wasiljewski-Insel, und 1779 erbaute er zusammen mit Gottlieb Christian Paulsen (Paulson) die Festungskathedrale in Schlüsselburg (umgebaut von A. Staubert 1824–1831). Wüst leitete auch den Umbau des Apraxin-Hauses, wo die erste russische Gobelfabrik untergebracht wurde.

1749 absolvierte ein anderer Schüler des Architekten Johann Blank – sein Sohn Karl (in Rußland Karl Iwanowitsch, 1728–1793) die Architekturschule des Fürsten Uchtomski in Moskau. Schon nach einem Jahr kann der noch unerfahrene »Architekturgeselle« seinen ersten beruflichen Erfolg verzeichnen: Von ihm wird die noch zu Peters Lebzeiten eingestürzte Kuppel des Neu-Jerusalemers Klosters aufgebaut. Bis 1760 nahm Karl Blank fast ununterbrochen auch am Bau der Auferstehungskathedrale des Klosters teil. Seine Erfahrungen bei der Denkmalrestaurierung brachten ihm sofort einen anderen großen Auftrag: die zunehmend in Verfall geratenen alten Gemäuer und Türme des Moskauer Kremls einer fachlichen Prüfung zu unterziehen und originalgetreu wiederaufzubauen. Das Vorhaben blieb jedoch wegen fehlender Mittel un- ausgeführt und wurde, wie die Geschichte zeigte, aufs nächste Jahrhundert verschoben. Stattdessen einigte man sich auf eine sparsamere Lösung: durch einen Sondererlaß der Kirchenbehörde vom 26. April 1765 wegen des katastrophalen Zustandes des Kremls die alten Kreuzgänge entlang der Mauern einfach zu sperren.¹⁰

1764 wird Karl Blank zum Hauptarchitekten der Moskauer Synode ernannt. Die bedeutendsten Sakralbauten Moskaus der 1760er Jahre werden jetzt nur noch von ihm entworfen: die Katharinenkirche auf der Ordynka; die Kirche der Heiligen Boris und Gleb (1763); die Nikola-Kirche in Swonari (1765–1768) und andere. In der Moskauer Umgebung sind es vor allem Kirchen in Spas-Kosizy (1761), auf dem Gute Woronowo und in Wyschgorod (1764). Die markanteste unter diesen allen war wohl die Kirche der Heiligen Kir und Johann auf der Soljanka in Moskau (1764–1765), die sich Katharina die Große zum Andenken an ihre Thronbesteigung von Karl Blank bauen ließ.

Von seinen profanen Bauten verdienen Erwähnung vor allem das »Holländische Haus« (1755): das Gutshaus Kuskowo (1780er Jahre) und das Erziehungsheim auf der Wasiljewski-Wiese direkt am Ufer der Moskwa. Diese Erziehungsstätte wurde 1763 für die Aufnahme und Betreuung von Moskauer Waisenkindern gegründet. Das

⁹ W. A. Witjasewa, Kamennyj ostrow (Steininsel), Leningrad 1991, S. 26.

¹⁰ M. Martynowa / W. Tschorny, Der Kreml, Leipzig 1990, S. 46.

⁸ K. W. Malinowskij (s. A 2), S. 205.

ursprüngliche Projekt des riesigen Komplexes stammte vom Petersburger Architekten Georg Friedrich Velten (Veldten). Mit seiner Monumentalität und völligen Absonderung von der städtischen Umgebung sollte der Bau einen Akzent nicht nur im städtebaulichen, sondern auch im sozialen Bereich setzen.¹¹ Unter der Leitung von Karl Blank entstand bis Ende der 1760er Jahre lediglich dessen erster Bauabschnitt – das westliche »Quadrat«. Die Anlage wurde mit Blumen- und Gemüsegärten umgeben. Am Weiterbau des Ensembles haben sich im Laufe von zwei Jahrhunderten verschiedene Architekten beteiligt, der vorläufig letzte Eingriff fand in den 1960er Jahren mit dem Bau eines wieder einmal neukonzipierten »Quadrats« im östlichen Bereich des Komplexes statt.

Zum erfolgreichsten Architektennachwuchs Peters I. zählt auch Johann Jakob (in Rußland Iwan Jakowlewitsch) Schumacher, ein ehemaliger Schüler und Gehilfe Härbels, dann Chiaveris in St. Petersburg. Der 1701 im elsässischen Colmar geborene Schumacher soll schon in Berlin als Bildhauer tätig gewesen sein, bevor er 1730 bei der Petersburger Hauptartillerie- und Fortifikationskanzlei eingestellt wurde. Das Artillerie-Kollegium des Senats leitete zu der Zeit Burchard (Burkhard) Christoph von Münnich – einer der mächtigsten Männer im Lande, in dessen Händen sich auch die wichtigsten Bauangelegenheiten des Reiches befanden. Nach der Entlassung Christoph Conrads aus dem russischen Dienst wird auf Vorschlag von Münnich die weitere Bauüberwachung des Moskauer Zeughauses dem Architekten Schumacher übertragen. Die Innen- und Außenverkleidung des Gebäudes wurde jetzt völlig neu konzipiert. Mit den üppigen Verzierungen aus Kalkstein und Stuckelementen trug man dem veränderten Geschmack der Auftraggeber Rechnung und betonte den neuen barocken Charakter der Moskauer Waffenkammer. Die beschädigten Gewölbe wurden durch Flachdecken ersetzt, die der russischen Architekturtradition praktisch unbekannt waren. 1736 führte Schumacher zusammen mit Kaspar Moskopf den bereits 35 Jahre dauernden Bau des Moskauer Zeughauses zu Ende. Doch damit war die Baugeschichte dieses historischen Gebäudes noch nicht abgeschlossen. Schon nach einem Jahr bricht hier Feuer aus und fügt dem Bau schwere Schäden zu. Erst nach Jahrzehnten wird das Arsenalgebäude von M. Kasakow und Karl Anton Gerhard wiederhergestellt. Die Flachdecken werden diesmal zu Gewölben umgewandelt, und auch der Dekoration gibt man ihr ursprüngliches Aussehen wieder. Damit nicht genug: 1812, während der französischen Besatzung Moskaus, wird das Kreml-Arsenal auf Befehl Napoleon Bonapartes gesprengt. Erst der nächste Wiederaufbau gab dem Gebäude sein spätklassizistisches Gesicht, das es bis auf den heutigen Tag behalten durfte.¹²

¹¹ G. W. Makarewitsch (Hauptredakteur), Pamjatniki architektury Moskwy. Belyj gorod (Architekturdenkmäler Moskaus. Belyj gorod), Moskau 1989, S. 335.

¹² M. Martynowa / W. Tschorny (s. A 10), S. 334.

In der Kanzlei der Hauptartillerie bezieht Schumacher ein jährliches Gehalt von 600 Rubel, womit er Giuseppe Trezzini und Bartolomeo Rastrelli, den höchstbezahlten Baumeistern Rußlands, gleichgestellt wird.¹³ 1735 baute Schumacher den sog. »Litejny Dwor« (Gieshof) am Newakai. Igor Grabar ordnet diesen Bau »Peters Architektur« zu und zeigt sich begeistert über die »glänzende« Leistung des Baumeisters.¹⁴ 1851 wurde der Bau abgetragen, um der Litejnaja-Straße den Zugang zum Fluß zu öffnen. Schumacher entwarf zudem den Glockenturm in Twer, den der Architekt D. W. Uchtomski 1748–1763 errichtete. Nach dem Projekt von Schumacher baute derselbe Uchtomski auch einen der großartigsten russischen Hochbauten des 18. Jahrhunderts, den 88 m hohen Glockenturm der Troize-Sergiewa Lawra (1741–1770) in Sagorsk bei Moskau. Den Untersuchungen des russischen Architekturkritikers W. S. Woinow zufolge entstammt das architektonische Konzept beider Entwürfe dem Berliner Münzturm von Andreas Schlüter, dem ersten Petersburger Generalarchitekten, dessen Arbeiten unter den führenden russischen Baumeistern des 18. Jahrhunderts gut bekannt waren.¹⁵

Schumacher wird immer wieder am Hofe gebraucht: 1732 errichtete er drei Triumphtore anlässlich des Einzuges der Kaiserin Anna in St. Petersburg. Während ihrer zehnjährigen Regierungszeit bereitete er des öfteren Pläne für die üppigen, am Hofe so beliebten Feuerwerke vor. Zur Trauerfeier für die verstorbene Kaiserin Anna gestalten Schumacher und Semzow die Feierhalle im Schloß und schmückten den prächtigen Katafalk in der Burgkirche mit allegorischen Figuren.

Im Gegensatz zu Johann Blank wirkte sich für Johann Jakob Schumacher der zweifache Regierungswechsel Anfang der 1740er Jahre kaum nachteilig aus. Ab 1748 diente er bereits als Architekt der Petersburger Akademie der Wissenschaften. Die Akademie leitete seit mehreren Jahren als Bibliothekar und Kanzleirat der Bruder des Architekten, Johann Daniel (in Rußland Iwan Danilowitsch) Schumacher (1690–1761). Dem Architekten Schumacher schien der Lehrunterricht wohl nicht besonders zu liegen: »wegen äußerster Nachlässigkeit« wird dieser 1754 aus der Akademie entlassen.¹⁶

Schumacher kehrt in die Baupraxis zurück. 1757 löst er den Steinmetz und Brandmeister des 1. Kadettenkorps Johann Burkhard bei der Bauleitung der sog. Manege, des Reithauses für das Kadettenkorps, ab. Der Bau war schon zwanzig Jahre zuvor als rechter Flügel des von Gottfried Schädel errichteten ehemaligen Menschikow-Palastes begonnen worden. Den Giebel des Reithauses schmückten Pferdefiguren des deut-

¹³ B. B. Piotrowskij (Hauptredakteur), Ermitash. Istorija stroitelstwa i architektura sdanij (Eremitage. Baugeschichte und Architektur), Leningrad 1989, S. 40.

¹⁴ I. Grabar (s. A 5), Bd. III, S. 88.

¹⁵ W. S. Woinow, Andreas Schlüter – architektor Petra (Andreas Schlüter – Architekt Peters), in: Sowetskoe iskusstvosnanie (1976), Moskau, S. 374–376.

¹⁶ K. W. Malinowskij (s. A 2), S. 205.

schen Bildhauers aus Prag Johann Just. Innerhalb von zwei Jahren führte Schumacher den Bau zu Ende. Zu dieser Zeit wird er in die Akademie zurückberufen, um den Wiederaufbau der Kunstkammer unter Aufsicht von Jakob Stählin und Johann Kaspar Taubert zu vollenden. Die nach Schlüters Plänen von Georg Johann Mattarnovi erbaute Kunstkammer war 1747 ausgebrannt. Besonders betroffen war der sogenannte Astronomische Turm mit der Sternwarte und dem berühmten Gottorper Globus. Dieser Globus wurde 1654–1664 gefertigt und befand sich ursprünglich im Residenzschloß der Herzöge von Schleswig-Holstein. Der Globus war ein echtes Kunstwerk. Er zählte 3,5 Meter im Durchmesser, das Gerüst war mit Kupferplatten beschlagen und mit Papier überklebt, worauf mit Feder farbig die Weltkarte aufgetragen war. Im Inneren der Kugel befand sich ein Tisch und eine Bank, auf der bis zu zwölf Personen Platz nehmen konnten, um von dort aus den Himmel mit den Sternbildern zu betrachten. Durch einen Mechanismus wurde der Globus mit Wasserkraft um die eigene Achse in Bewegung gebracht.

Den Globus schenkte man Peter dem Großen, dessen Tochter Anna später den Holsteinischen Herzog Karl Friedrich heiratete. 1717 wurde die Kugel nach St. Petersburg gebracht und nach Peters Tod auf Wunsch seiner Gattin Katharina I. im Astronomischen Turm eingebaut. Der »Akademische Globus« galt als Hauptattraktion der Kunstkammer bis zum Brand von 1747. Zur provisorischen Unterbringung dieses einzigartigen Meisterwerks baute Schumacher zusammen mit dem jungen Velten auf dem Platz vor dem Gebäude der Zwölf Kollegien einen Pavillon. Der italienische Maler Angelo Toselli hat ihn auf einem seiner bekannten Petersburger Panoramen abgebildet. Nach der Abtragung des Provisoriums 1829 wurde der restaurierte Globus zuerst im Lomonosow-Museum untergebracht und später wieder im Turm der Kunstkammer, wo er bis auf den heutigen Tag zu bewundern ist.

Die Brandschäden am Gebäude der Kunstkammer wurden bis Ende der 1750er Jahre von Schumacher und Tschewakinski größtenteils beseitigt. Der Astronomische Turm erhielt sein heutiges Aussehen jedoch erst nach fast zwei Jahrhunderten, als R. I. Kaplan-Ingel nach Originalzeichnungen von 1741 (gefertigt von Johann Daniel Schumacher) den Wiederaufbau des historischen Gebäudes vollendete.¹⁷

Erwähnt zu werden verdient auch die zeichnerische Begabung Schumachers. Davon zeigte sich noch Jakob Stählin bei der Vorbereitung des obligatorischen, beim Architekten wenig beliebten Feuerwerkes beeindruckt.¹⁸ Während Schumachers Lehrzeit bei der Akademie der Wissenschaften nahmen die künftigen Künstler Philipp Georg Mattarnovi, Iwan Sokolow, Grigori Katschalow, Keller und Bernz bei ihm Zeichenunterricht. Alle zählten zur ersten Generation der berühmten Worthmannschen

¹⁷ K. W. Malinowskij, Kak woswodilas Kunstkamera (Wie entstand die Kunstkammer), in: Leningradskaja panorama, Nr. 1, Leningrad 1983, S. 33.

¹⁸ K. W. Malinowskij (s. A 2), S. 247.

Schule. Ihren späteren Lehrer Christian Albrecht Worthmann, den Begründer der ersten russischen Schule der Kupferstecher, lud aus Dresden nach Rußland auch kein anderer als Schumacher ein. Sein wohl berühmtester Schüler aus der Akademiezeit war Georg Friedrich Velten (1730–1801).

Georg Friedrich (in Rußland Jurij Matwejewitsch) Velten gehörte zu den ersten Wegbereitern des russischen Klassizismus. Sein Vater Matthias Velten, ein gebürtiger Danziger, war Ökonom der Petersburger Akademie der Wissenschaften. Der in mehreren Quellen irrtümlich als Vater des künftigen Architekten ausgegebene Oberküchenmeister Peter I. soll lediglich sein Onkel gewesen sein.¹⁹ Als Dreizehnjähriger reiste Velten mit seinem Schwager, Professor der Petersburger Akademie Georg Wolfgang Kraft, nach Tübingen, um an der dortigen Universität zusätzlich Unterricht in Mathematik zu bekommen. Hier, in Deutschland, zeigte er sich zum ersten Mal an Baukunst interessiert. 1747–1748 soll sich der junge Georg Friedrich als Volontär am Bau des Stuttgarter Neuen Schlosses beteiligt haben. Auf ähnliche Weise sammelte er 1749 Erfahrungen an verschiedenen Bauvorhaben in Berlin, um erst danach seine Ausbildung an der Petersburger Akademie unter der Leitung Schumachers zu ergänzen. Die Aufnahmeprüfung an die Akademie machte er zusammen mit Reinhold Asch, dem ältesten Sohn des Petersburgers Postdirektors und gebürtigen Schlesier Friedrich Georg Asch. Georg Velten und Reinhold Asch waren die ersten Architekturstudenten der Akademie der Wissenschaften und Künste, wie diese seit 1747 bezeichnet wurde. Zu ihren Lehrern zählten auch der Künstler aus Memmingen Grimmel und der bekannte Bildhauer aus Wien Johann Franz Dunker, mit dessen Eintreffen 1749 an der Akademie hier zum ersten Mal Bildhauerei und Bildschnitzkunst unterrichtet wird. Beide jungen Architekten wurden nach dem Studium dem Hofbaumeister Bartolomeo Rastrelli unterstellt (Velten seit 1754). Mit ihm arbeiteten sie Hand in Hand auch beim Bau des sogenannten »fünften« Winterpalais. Während Asch überwiegend die Entwürfe einiger Details, wie beispielsweise der skulpturierten Fenstereinfassungen der Außenwände, anvertraut wurden, ersetzte Velten den großen Meister oft auch in entscheidenderen Angelegenheiten.

Als Architekturgehilfe machte 1758 unter Rastrelli seinen beruflichen Anfang Paul Joseph Speckle, Enkel des bekannten Straßburger Ingenieurs. Auch lange nach der Abreise Rastrellis aus St. Petersburg arbeitete Speckle weiter in der Baukanzlei, und Anfang der 1770er Jahre im Baukontor des Alexander-Newski-Klosters mit einem Jahresgehalt von 500 Rubel.²⁰ Eng mit Rastrelli zusammen wirkten begabte Maler und Dekorateur wie Groot und Elferding; Kunsttischler und Zimmerleute wie Wilim Echt, Johann Christoph Hering, Sickermann, Engler und andere.

¹⁹ E. Amburger (s. A 3), S. 816.

²⁰ K. W. Malinowskij (s. A 2), S. 82, 107.

2. Anfänge des Klassizismus

1762, nach der Ermordung Peters III. – Herzogs Karl Peter Ulrich von Holstein-Gottorp – wird seine Gemahlin, Prinzessin Sophie Auguste Friederike von Anhalt-Zerbst, zur russischen Kaiserin, die in die Geschichte Rußlands als Katharina die Große eingeht. Mit ihrer neuen Politik leitete die Zarin auch in der Architektur eine Wende ein: Es vollzog sich ein rascher Übergang vom verschwenderischen Barock zum staatsmännischen Klassizismus. Damit war auch die Zeit des großen Rastrelli abgelaufen. Rastrelli, Sohn eines italienischen Bildhauers, der in Paris seine Ausbildung erhielt, hatte wie auch seinerzeit Schlüter das russische Barock entscheidend geprägt. Nur gehörte er im Gegensatz zu Schlüter nicht zu den Petersburger Baumeistern der ersten Stunde, die ja mehrheitlich aus Deutschland kamen und der Stadt eine bestimmte Entwicklung vorgaben. Auf diese Entwicklung mußte selbst Rastrelli, bewußt oder auch nicht, Rücksicht nehmen. So stellt auch Grabar fest: »Nicht nur unter Peter, sondern auch unter Anna Ioanowna und sogar unter Elisabeth Petrowna, selbst die gewaltigen und urwüchsigen, von nirgendwo entlehnten und oft gar italienisch geplanten Werke Rastrellis vermitteln einen leisen Widerhall deutscher Weltanschauung.«²¹ Grabar ist der Auffassung, daß nicht das Pariser Studium, sondern vielmehr die Reisen nach Würzburg und Dresden das Werk von Rastrelli prägten, und »wenn jemand von damaligen großen Meistern ihn etwas beeinflußt hatte, dann eben Neumann und Pöppelmann«.²²

Anderthalb Monate nach Katharinas Thronbesteigung mußte Rastrelli seine Stelle verlassen. Velten wurde Oberarchitekt der Petersburger Baukanzlei und übernahm zusammen mit dem Franzosen Vallin de la Mothe den weiteren Innenausbau im Winterpalais. Wohl in Anlehnung an das Berliner Königliche Opernhaus von Knobelsdorff bauten sie im südwestlichen Bereich des Palastes das Hoftheater (auch Opernhaus genannt). Zusammen entwarfen sie auch die meisten Gemächer Katharina II. Von Velten stammen das »Helle Arbeitszimmerchen«, das »Diamantengemach« und die »Vogelgrotte« mit Springbrunnen in den Gemächern von Katharinas Sohn, des künftigen Kaisers Paul. Eine für den russischen Klassizismus typische Säulenhalle stellte der von Velten umgebaute »Wappensaal« dar. Das prächtige Theater mußte später zu Wohnräumen für die immer größer werdende Familie Romanow umgebaut werden (Katharina II. hatte zehn Enkelkinder), womit die Zarin wiederum den Architekten Velten beauftragte. Der »Porträtssaal« mit der Ahnengalerie der Romanows wurde ebenfalls nach seinen Plänen gestaltet und dann vom Ulmer Lukas Konrad Pfandzelt, dem ersten professionellen Maler-Restaurator Rußlands, ausgemalt.

Unter Veltens Aufsicht wurden auch die umfangreichen Arbeiten in der Großen Kir-

²¹ I. Grabar (s. A 5), Bd. III, S. 44.

²² I. Grabar (s. A 5), Bd. III, S. 183.

che des Winterpalais ausgeführt. Das Kirchenkreuz und die mit Schmuck verzierte Kupferdachhaut wurde vom Meister L. Wibelius hergestellt, der gleichzeitig bei der Wiedererrichtung der Peter-und-Pauls-Kathedrale beschäftigt war. Den wohl größten Anteil an der Ausschmückung der Kirche nahm einer der bedeutendsten Bildhauer und Schnitzer Petersburgs: Johann Franz Dunker (Duncker, 1718/19–1795). Von ihm stammen die Ausführung der Ikonostase, der Kanzel, der Sängerempore und einige andere Skulpturen und Reliefs im Inneren der Hofkirche. Dunker kam bereits 1738 aus Wien nach Rußland und war einer der nächsten Gehilfen des berühmten Rastrelli beim Bau des Petersburger Anitschkow-Palais und der Schlösser in Zarskoje Selo und Peterhof. Auch die Statuen und Vasen der das Dach des Winterpalais krönenden Balustrade sind ein gemeinsames Werk von Johann Franz Dunker und Joseph Baumchen. Beim Bau des Katharinenschlosses in Zarskoje Selo leitete Dunker die Arbeit von 19 Artelen russischer Schnitzer.²³ Die prächtigen Karyatiden der Hauptfassade und der überreiche figürliche und ornamentale Rokokodekor im großen Paradesaal des sogenannten »Alten Palais« wurden nach Modellen und Skizzen des Wieners gefertigt. Von ihm stammt außerdem das Friesrelief mit spielenden Putten an der Fassade der Eremitage im Schloßpark von Zarskoje Selo.

Nach der Thronbesteigung Katharinas II. und dem nachfolgenden Sturz Rastrellis änderte sich für den Österreicher am Hofe nicht viel. 1762 vertraute man Dunker sofort die Einrichtung einiger Kabinetts der neuen Kaiserin im Winterpalais, wofür man ihm stolze 2230 Rubel zukommen ließ²⁴ (das Jahresgehalt eines qualifizierten Architekten betrug zu der Zeit etwa 300 Rubel). Verheiratet war Dunker mit Christina Dorothea Velten, einer Schwester des berühmten Architekten. Ihr Sohn, nach seinem Vater auch Johann Franz genannt (1751–1797), war Architekt der Petersburger Baukanzlei mit Hofratsrang und einer der engsten Mitarbeiter Veltens und Quarenghis bei der Innengestaltung des Winterpalais und der Eremitagebauten.²⁵

Ein anderer Wiener Bildhauer, der wie auch sein Kollege F. J. Dunker viel zur Ausschmückung des Winterpalais und des großen Palastes in Zarskoje Selo beitrug, war Joseph Stahlmeyer. Seit 1746 bis mindestens 1760 war er in Rußland tätig. Im Großen Palast von Peterhof stammen von seiner Hand die Schnitzereien der Kupetschekaja-Treppe und des Hofdamenzimmers.²⁶

Die frühere Annahme, daß nach Rastrellis Entlassung der weitere Ausbau des Winterpalais ebenfalls nach seinen Plänen erfolgte, entspricht nicht den Tatsachen.²⁷ Velten löste sich ziemlich schnell vom Schatten seines ehemaligen Patrons, der über Jahr-

²³ K. W. Malimowskij (s. A 2), S. 189.

²⁴ U. Thieme und F. Becker, Allgemeines Lexikon der bildenden Künstler, Leipzig 1914, Bd. 10, S. 145.

²⁵ E. Amburger, Fremde und Einheimische im Wirtschafts- und Kulturleben des neuzeitlichen Rußland, Wiesbaden 1982, S. 121; B. B. Piotrowskij (s. A 13), S. 137–138.

²⁶ U. Thieme und F. Becker (s. A 24), Leipzig 1937, Bd. 31, S. 448.

²⁷ B. B. Piotrowskij (s. A 13), S. 96.

zehnte das barocke Gesicht Petersburgs geprägt hatte. Dies ist an den neuen klassizistischen Zügen seiner Raumgestaltung deutlich erkennbar. An Experimentierfreudigkeit fehlte es Velten auch nicht. So wurde 1764 bei einem Wettbewerb für die Gestaltung des Großen Thronsaals sein ungewöhnlicher Vorschlag, den Raum mit Ural-Halbedelsteinen zu verkleiden, zuerst als völlig unakzeptabel abgelehnt. Nach zwölf Jahren hatte man sich an sein Projekt wieder erinnert und es zur Ausführung freigegeben. Den Auftrag für die Herstellung von 52 Säulen, 48 Pilastern und 165 Arschin (1 Arschin = 0,711 Meter) Entablements samt Balustrade bekam ein Künstler »Sächsischer Nation«, Johann Gottlieb Schwarz (1736–1804), der seit 1770 an der Petersburger Kunstakademie Bildhauerei unterrichtete. 1793 wurde diese Unmenge von Steindekorationen unter der Leitung des Schweizers H. Grüner im Thronsaal, der bereits den Namen St. Georgsaal trug, eingerichtet. Eine Verkleidung der Innenräume mit »russischen Marmoren« ist seitdem durch häufige Wiederholungen zum Markenzeichen der Petersburger Paläste geworden.²⁸

Wenn die barocke Fassade des Winterpalais weitgehend unverändert blieb (Velten ließ nur die von Rastrelli vor dem Palast aufgestellten provisorischen Kanonen durch 24 Paar Säulen ersetzen), so wurde jetzt bei der Erweiterung der gigantischen Schloßanlage in Richtung Osten unter Leitung Veltens ein Übergang zum Klassizismus auch an der Außengestaltung der Gebäude erkennbar. Es waren die Manege, die Marställe, die sogenannten »Hängenden Gärten« und die Süd- und Nordpavillons der Kleinen Eremitage, die mit all ihren Anbauflügeln von Velten als eine Einheit konzipiert wurden. Der etwas später entstandene Nordpavillon der Kleinen Eremitage wurde nach den Plänen Vallin de la Mothes errichtet und zeichnete sich durch noch strengere klassizistische Formen aus (Mitte des 19. Jahrhunderts wurde der Pavillon von Stackenschneider umgebaut). In diesem Gebäude wurden die in Berlin erworbenen 225 Gemälde beherbergt, die den Anfang der berühmten Eremitage-Sammlung ausmachten. Die Bilder waren ursprünglich für den preußischen König Friedrich den Großen bestimmt. Nach dem Siebenjährigen Krieg war die königliche Kasse jedoch ziemlich angeschlagen, was den Erwerb der wertvollen Gemälde sehr erschwerte. Dies nutzte Katharina II. aus, um die Bilder für Rußland abzukaufen und somit den Grundstein einer der bedeutendsten Kunstsammlungen der Welt zu legen.

Parallel zu seinen Aufgaben beim Ausbau des Winterpalais wird Velten 1762 von der Kaiserin mit einem Projekt für die Granitaukleidung des linken Newa-Ufers beauftragt. Der Granitkai sollte sich vom Sommerpalast Peter des Großen bis zum Galeerenhof ziehen. Vorschläge für die Verkleidung des Newa-Ufers an der Stelle des Winterpalastes wurden noch vor Velten von einem an der Baukanzlei hochgeschätzten Zimmermann aus Riga, Johann Erich, vorgestellt.²⁹ Es war wohl doch richtig, ein

²⁸ B. B. Piotrowskij (s. A 13), S. 104.

²⁹ K. W. Malinowskij (s. A 2), S. 237.

Vorhaben, das dem Stadtbild ein so entscheidendes Gepräge verlieh, dem Architekten zu überlassen. Der Bau dieses riesigen Steingürtels dauerte bis 1788 und ist mit seinen strengen Formen und gelungenen Proportionen als eine der bedeutendsten architektonischen Leistungen Veltens zu bewerten. Als krönende Fassung dieses Meisterwerkes entwarf Velten das feingliedrige Eisengitter des Sommergartens, dessen Schönheit von einigen russischen Dichtern besungen wurde. »Wenn Velten außer diesem Werke aus Granit und Eisen nichts mehr hinterlassen hätte, wäre es immer noch ausreichend, um seinen Namen in Petersburg für immer unvergeßlich zu machen«, schrieb 1915 Igor Grabar.³⁰ 1950 erschien ein Beitrag von R. D. Ljulina, in dem sie die Leistung des deutschen Baumeisters zugunsten seines Schülers Pjotr Jegorow strittig machte. Obwohl für ihre Behauptung, das Gitter habe nicht Velten, sondern Jegorow entworfen, keine wissenschaftlichen Beweise vorlagen, genügte wie so oft allein der russische Name des unfreiwilligen Widersachers Veltens, um diesem als Entwerfer des berühmten Eisengitters in zahlreiche Fachbücher Einzug zu gewähren.³¹ Inzwischen ist die Auffassung von Frau Ljulina auch von russischen Historikern widerlegt worden. M. F. Korschunowa stellt in ihrem Buch »Jurij Velten« fest, daß Jegorow erst 1772, als Velten in die Akademie abberufen wurde, den weiteren Bau des Gitters übernahm. Da existierte der von der Zarin genehmigte Entwurf bereits seit zwei Jahren, und ein Teil des Gitters entlang des Sommergartens war schon aufgestellt. Die Werkpläne mit der feinen graphischen Ausführung des Kunstwerkes sollen von Johann Dietrich Fock (1741–1807) stammen.

Johann Dietrich (in russischer Variante Iwan Borisowitsch) Fock, Sohn des Hofgärtners Bernhard Fock und seit 1760 Architekt der Petersburger Baukanzlei, arbeitete mehrere Jahre beim Innenausbau des Winterpalais auch mit Velten eng zusammen. Ende der 1780er Jahre führte er die Restaurierung des in Oranienbaum bei St. Petersburg vom Italiener Rinaldi erbauten Chinesischen Palais aus. In Petersburg am Fontanka-Kai steht unter der Nr. 14 ein von Johann Fock für den Grafen Olsufjew erbautes Haus (1782–1784), das Mitte des 19. Jahrhunderts von Heinrich (Andrej) Stackenschneider umgebaut und erweitert wurde.

Schon während der ersten Jahre des Kaibaues stieg Veltens Ansehen in Petersburg gewaltig. Er wird von der Zarin mit der Errichtung der »Großen Eremitage« beauftragt, die im 19. Jahrhundert auch als »Alte« im Unterschied zu der später von Klenze gebauten »Neuen Eremitage« bekannt war. Der Bau wurde bis Ende der 1770er Jahre bündig zur Kleinen Eremitage fertiggestellt. Alle Eremitagebauten einschließlich des Winterpalais verband Velten miteinander durch Galerien. Mit der letzten Galerie dieser Art schloß er 1783 die Eremitage-Anlage über die Simnjaja Kanawka an das vom Italiener Giacomo Quarenghi erbaute neue Hoftheater an. An der

³⁰ I. Grabar (s. A 5), Bd. III, S. 314.

³¹ M. F. Korschunowa, Jurij Velten, Leningrad 1988, S. 7, 42–44, 125.

fortdauernden Innenauskleidung des Komplexes waren auch diesmal viele deutsche Künstler und Handwerker beteiligt: die Kunsttischler J. Mertens und Christoph Freitag, die Zimmerleute Johann Müller und Hans Evers, der Schmied David Malemberg. Ganz besonders ist hier der berühmte Möbelmacher aus Neuwied am Rhein David Roentgen zu erwähnen, der von 1783 bis 1790 mehr als dreihundert seiner kostbaren klassizistischen Möbelstücke an die Zarin Katharina und die Petersburger Aristokratie verkaufte. Vieles findet sich noch heute in der Eremitage, in Pawlowsk, in Zarskoje Selo in schönster Erhaltung, ungeachtet aller Kriege und Revolutionen. Ein Teil allerdings wurde Anfang der dreißiger Jahre über das Auktionshaus Lepke in Berlin von der Sowjetregierung nach Westen verkauft.

Zu den bekanntesten Künstlern der Katharinenzeit stieg auch der aus Großkuchen nach Petersburg angereiste Maler und Radierer Johann Jakob Mettenleiter (1750–1825) auf, ein Vertreter der bekannten schwäbischen Künstlerfamilie. Von ihm stammen die Deckenfresken im Ingenieurpalais (Urteil des Paris), der katholischen Katharinenkirche und die Heiligenbilder in der Troizki-Kathedrale der Alexander-Newski-Abtei.³² Die Kathedrale wurde als klassizistischer Nachfolgebau der von Theodor Schwertfeger erbauten und 1755 abgetragenen barocken Alexander-Newski-Kathedrale errichtet (1936 wurde sie geschlossen und zu einem Lager des Kaufhauses »Passage« umfunktioniert).

Nachdem Rastrelli St. Petersburg verlassen hatte, mußte Velten nicht nur den Weiterbau des Winterpalais, sondern auch das von seinem Vorgänger unvollendete Smolny-Kloster übernehmen. Gleichzeitig baute er in der Nähe des Klosters eine Erziehungsanstalt für Mädchen »gemeiner Abstammung«, später in Alexandrowski-Institut umbenannt. Der Bau dauerte fast zehn Jahre und wurde erst 1775 fertig. Die relativ gut erhaltene Anlage mit ihren senkrecht gegliederten und dezent geschmückten Fassaden gehört ebenfalls zu den typischen frühklassizistischen Bauten Petersburgs.

Seit 1762 – es ist wiederum Katharinas Regierungsantritt – gab es in der russischen Hauptstadt die »Kommission für den Städtebau in St. Petersburg und Moskau«, die ihre Tätigkeit allmählich auf sämtliche Städte des Landes übertrug. Ein Architekt namens Johann Leem (Leim) leitete diese Hauptzentrale des russischen Städtebaus zwölf Jahre lang bis zu ihrer Auflösung 1796 und versuchte unter anderem mit der Veröffentlichung seiner zahlreichen Arbeiten eine theoretische Grundlage und einheitliche Regeln auf diesem Gebiet zu schaffen.³³

Mit derartigen städtebaulichen Aufgaben kam Velten 1770 in Berührung bei der Platzgestaltung für das berühmte Reiterstandbild Peter des Großen. Der ursprüngliche Stadtplan von Petersburg sah in seinen Konturen keine größeren Plätze für derar-

³² U. Thieme und F. Becker (s. A 24), Leipzig 1930, Bd. 24, S. 441–442.

³³ E. I. Kiritschenko, Architekturnye teorii IXI weka w Rossii (Architekturtheorien des XIX. Jahrhunderts in Rußland), Moskau 1986, S. 283.

tige Monumente vor. So plante Velten den Senatplatz (heute Dekabristen-Platz), die größte freie Fläche der Stadt, auf der 1780 unter seiner Leitung der vom Franzosen Falconet geschaffene »Ehrene Reiter« aufgestellt wurde. Katharinas geniale Aufschrift auf dem Sockel des Denkmals »Petro Primo Catharina Secunda« betont nochmals den Anspruch der Kaiserin, nahtlos an die Politik ihres großen Vorbildes Peters I. anzuknüpfen. Eine etwas unglücklichere Idee war, das Denkmal mit einem schmiedeeisernen Gitter zu umzäunen. Das Gitter entwarf auf Verlangen des Direktors der Baukanzlei Bezkoj ein Künstler namens Stephan Weber.³⁴ Schon bald wurde das Gitter als störend empfunden und beseitigt.

Mit einem ähnlichen Auftrag betraute man Velten 1777 bei der Errichtung des Denkmals für die Zarin in der Stadt Twer. Dies war übrigens das einzige Monument, mit dem die Kaiserin sich zu ihren Lebzeiten ehren ließ. Wie auch nach der Aufstellung des Ehernen Reiters, wurde der Architekt für das Projekt im Namen des städtischen Adels mit einer goldenen Medaille ausgezeichnet. Anfang des 19. Jahrhunderts beim gründlichen Umbau Twers opferten die Stadtväter das Denkmal ihrem neuen städtebaulichen Ehrgeiz.

Zu Katharinas Zeit war in Twer auch der Architekt Johann Friedrich Stengel (1746 – nach 1800) tätig, den die Zarin 1774 für den Aufbau der Stadt einlud. Sein Vater, ein bekannter Baumeister aus Zerbst, plante für die Mutter der russischen Kaiserin die anhaltische Landesresidenz Dornburg a. d. Elbe. Auch der in Saarbrücken geborene Stengel jr. selbst hatte es vor seiner Ausreise nach Rußland im nassau-saarbrückischen Lande bereits zum erfolgreichen Architekten gebracht. Seine letzte Arbeit in Deutschland war die evangelische Kirche in Niederlinxweiler. In St. Petersburg wirkte Stengel zusammen mit Alexander Wüst beim Bau der »dritten« Isaakskathedrale. Als 1798 dem Großfürsten Paul der Titel des Großen Magisters des Johanniterordens verliehen wurde, beauftragte man Stengel mit dem Entwurf eines Wappens des Heiligen Johannes von Jerusalem für das Große Tor des Winterpalais. Ein Jahr später wurde das bronzene Wappen vom Meister Ch. Freilich geschmiedet.³⁵

Auch an der Ausarbeitung des »regulären Plans« für die Stadt Jaroslawl wird Velten's Teilnahme vermutet. Der 1778 von der Zarin höchstpersönlich zur Ausführung freigegebene Generalplan zählt zu den ausgereiftesten städtebaulichen Konzepten russischer Schule des 18. Jahrhunderts. Mit einer Kombination von rechteckigen Wohnvierteln und teilweise strahlen- und ringförmigen Straßen ging man auf die neuen Bedürfnisse der Stadt ein, ohne dabei den historisch gewachsenen Kern zu verletzen. Außer Velten, der für Jaroslawl auch Projekte von sog. »Musterhäusern« fertigte, ist die Bebauung der nordrussischen Stadt in den 1780er Jahren »nur einem qualifizier-

³⁴ G. I. Iwanow, Kamen-Grom, St. Petersburg 1994, S. 105.

³⁵ B. B. Piotrowskij (s. A 13), S. 148.

ten Architekten« des riesigen Gouvernements, E. Löwenhagen, zu verdanken.³⁶ Die markantesten seiner frühklassizistischen Bauwerke zieren den zentralen Iljinski-Platz, einen Bestandteil des »regulären Plans«. Hier sind vor allem das Altersheim, das Pfarrhaus und die Verwaltungsbauten im Westen des Platzes zu nennen. 1787–1793 erbaute der Architekt das Haus des Statthalters, das später zum Gymnasium umfunktionierte. Dort verbrachte in den 1830er Jahren der große russische Schriftsteller Nikolai Nekrasow seine Schulzeit.

3. Petersburger Chinoiserien

Ein architektonisches Experiment im »mittelalterlichen« Stil leistete sich Velten beim Bau der sogenannten Turmruine in Zarskoje Selo (1771–1773), die der Vernichtung der türkischen Flotte an der Küste Anatoliens bei Tschesme gewidmet war und während der Katharinenzeit zum allgemeinen Symbol des Sieges Rußlands über die Türken wurde. Dasselbe Ereignis inspirierte Velten bei der Aufführung des »Durchreisepalastes« von Tschesme (1774–1777) und der fünfkuppeligen orthodoxen St. Johannis-Kirche (vgl. Abb. 2) an der alten Straße von St. Petersburg nach Zarskoje Selo, dessen Fassaden der modebewußte Architekt ebenso dem »neugotischen« Zeitgeschmack unterwarf. Strenggenommen sind diese Bauten nicht mal der neugotischen Modeerscheinung zuzuordnen, sondern stellen vielmehr eine Mischung aus mittelalterlichen Motiven des Abendlandes und Ostasiens zugleich dar, die Grabar als »kitajschtschina« (Chinoiserie) abtut.³⁷ Seit Ende der 1760er Jahre war die anhaltische Heimat Katharinas der Großen sowohl für den Klassizismus als auch für die Neugotik Ausgangspunkt auf dem europäischen Festland. Es ist anzunehmen, daß Veltens Auftraggeberin ihrem Hofarchitekten die bekannten Wörlitzer Experimente Erdmannsdorffs als Vorbilder empfahl. Die Neugotik Veltens wird in Rußland auch als Keim der im ersten Drittel des 19. Jahrhunderts aufkommenden »romantischen Reaktion« auf den Klassizismus gesehen.³⁸

Das Tschesme-Schloß wurde 1831–1836 vom Architekten Alexander Staubert zum Invalidenhaus der Armee umgebaut: die Kirche diente während der Sowjetzeit als Museum der Schlacht von Tschesme. In der russischen Provinz ist eine Kopie der Tschesme-Kirche anzutreffen. Es ist die Preobraschenskaja-Kirche, die 1790 im Auf-

³⁶ Tutajew, Jaroslawl, Serie Architekturnyje Pamjatniki (Architekturdenkmäler), Moskau 1981, S. 236–239.

³⁷ I. Grabar (s. A 5), Bd. III, S. 318–321.

³⁸ W. W. Kirillow, Fenomen »gotiki« w russkoj architekture XVIII – natschala XX ww (Das Phänomen der »Gotik« in der russischen Architektur des 18. – Anfang des 20. Jahrhunderts), in: F. O. Schechtel i problemy istorii russkoj architektury konca XIX – natschala XX vekow (F. O. Schechtel und Probleme der Geschichte russischer Architektur Ende des 19. – Anfang des 20. Jahrhunderts), Moskau 1988, S. 44.



Abb. 2: Tschesme-Kirche (1777–1780) in St. Petersburg (Lensoweta 12), Architekt: G. F. Velten.

trag der Gutsbesitzer Poltorazki zehn Jahre nach der Errichtung ihres Petersburger Vorbildes in der Dorfgemeinde Krasnoje des Kalininer Gebietes erbaut wurde. Ein weiteres typisches Beispiel der »Neugotik« liefert Veltens Torbau in Zarskoje Selo, ein in Jekaterinburg hergestelltes gußeisernes Prachtstück. An einem der Teiche von Zarskoje Selo erbaute Velten das »Chinesische« oder »Knarrende« Haus (Skriptuschaja Besedka, 1778–1785).

In den 1770er Jahren baute Velten den nordöstlichen Flügel des bereits erwähnten Kadettenkorps auf der Wasiljewski-Insel und beteiligte sich an dessen Innengestaltung. Auf der Steininsel leitete Velten zu dieser Zeit den Bau des Kamennostrowski-(Steininsel-) Palastes. Über den Autor des nicht standortbezogenen Projektes gibt es immer noch keine genauen Angaben. Für diesen wurde lange Zeit der Russe Wasilij Iwanowitsch Bashenow gehalten, dem gern auch andere größere Bauten unbekannter Baumeister zugeschrieben wurden.³⁹ Der Grundriß des Gebäudes weist Ähnlichkeiten mit den Schloßbauten einer älteren Generation auf, wie z. B. dem zentralen Bau des Peterhofer Schlosses oder dem Kikin-Palais. Es ist nicht auszuschließen, daß einer von den »auf Vorrat« produzierten Repräsentativprojekten der ersten Petersburger Baumeister für den Kamennostrowski-Palast verwendet wurde. Sollte sich dies be-

³⁹ W. A. Witjasewa (s. A 9), S. 66.

stätigen, kann es aber nur für den Grundriß des Gebäudes gelten. Sowohl mit der Außengestaltung des Schlosses als auch bei der Dekoration des Großen Saals lag der bauleitende Architekt Georg Friedrich Velten voll im Trend seiner Zeit und schuf wieder ein typisches Beispiel des frühen Klassizismus. Im 19. Jahrhundert wurden einige Innenräume des Palastes von Stackenschneider umgestaltet.

Im Schloßpark des Kamennooostrowski-Palais befindet sich ein weiteres neugotisches Werk Velten – die für den Thronfolger Großfürsten Paul 1776–1778 erbaute orthodoxe Kirche Johannes des Täufers. Die Kirche wurde dem Beschützer des Johanniterordens gewidmet und diente lange Zeit den Anhängern des Ordens, zu denen auch Paul gehörte, als Versammlungsstätte. Hier ließ der große russische Dichter Alexander Puschkin seine jüngste Tochter taufen. Von den Interieurs der Kirche ist nichts übriggeblieben. Das Gebäude entkam 1931 durch eine geglückte Aufnahme in die Denkmalschutzliste knapp der stalinistischen Vernichtungswelle, welcher allein in Moskau mehr als 200 Kirchen zum Opfer fielen.⁴⁰

Zur Schloßanlage gehört auch das vom Architekten Johann (zu russisch Iwan) Kreber erbaute Invalidenhaus, ein fast 200 Meter langes einstöckiges Gebäude. Den zur Johanneskirche gerichteten Giebel schmückte ein Malteserkreuz. 1979, im Zuge der Vorbereitungen für die bevorstehenden Olympischen Spiele, wurde das historische Gebäude bis auf die Grundmauern abgetragen, um den modernen Ringkampfeinrichtungen Platz zu machen. Der nach den Spielen wiedererrichtete Steinbau erinnert nur sehr entfernt an das ehemalige Invalidenhaus.

1779 gewinnt Velten den von Katharina II. ausgerufenen Wettbewerb für die Bebauung des Schloßplatzes und errichtet auf der grünen Wiese vor dem Winterpalais im Halbkreis drei »Musterbauten«. Nach vierzig Jahren baute der Italiener Carlo Rossi diese zum Generalstabsgebäude um, wobei er das architektonische Konzept seines Vorgängers – einschließlich der axialen Gliederung der Fassaden, der Fenster-rhythmik und des von Velten festgelegten Verlaufs des geschwungenen Grundrisses – keineswegs verwarf. Lediglich das von Velten errichtete Glasowski-Haus mußte jetzt restlos dem mächtigen Torbogen des Generalstabsgebäudes weichen.

Am langjährigen Bau des neuen Gebäudes der Petersburger Kunstakademie (Architekt Vallin de la Mothe) beteiligte sich Velten mit der Planung der zentralen Rotunde. Auch die endgültige Gestaltung der Hauptfassade von der Newaseite wird mit seinem Namen verbunden.⁴¹ Die Fassade zierte eine Skulptur »Minerva in Begleitung der drei Künste«, geschaffen von J. F. Dunker (nicht erhalten).

1772 wird Velten zum Professor der Petersburger Kunstakademie gewählt; 1783 wählt man ihn zum korrespondierenden Mitglied der Königlichen Französischen Akademie. 1784 verläßt er die Baukanzlei und widmet sich der Lehrtätigkeit an der Pe-

⁴⁰ W. A. Witjasewa (s. A 9), S. 72.

⁴¹ M. F. Korschunowa (s. A 31), S. 85.



Abb. 3: Ehemaliges Haus des Petersburger Polizeichefs Tschitscherin auf dem Newski-Projesd 15, heute Kinotheater »Barrikada«, Architekt: G. F. Velten.

tersburger Kunstakademie. 1789 löst er dessen Direktor Baron P. F. Maltiz ab und bekleidet fünf Jahre dieses Amt. Gleichzeitig geht Velten auch zahlreichen Privataufträgen nach, vorzugsweise natürlich für den hauptstädtischen Adel. So entwarf er in der Anglijskaja Nabereshnaja (Englischer Kai) 10 ein Haus für General Naryschkin (heute ist hier die Petersburger Abteilung der allrussischen Handelskammer untergebracht). An der Seite des Sommergartens, direkt am Newakai, erbaute Velten zwei Prunkhäuser für den Direktor der Baukanzlei Bezkoj. Eines davon steht nicht mehr, das andere, nachdem es zunächst in den Besitz des Prinzen von Oldenburg überging und später dort das Krupskaja-Kulturinstitut einzog, büßte infolge mehrerer Umbauten von seiner Pracht einiges ein. Auch das ehemalige Haus des Petersburger Polizeichefs Tschitscherin auf dem Newski-Prospekt 15, das zum Kinotheater »Barrikada« umgebaut wurde, soll ebenfalls Velten entworfen haben (vgl. Abb. 3).⁴²

Keinem anderen als Velten ist die Ausarbeitung eines für das Ende des 18. Jahrhunderts so typischen zwei- bis dreistöckigen Wohnhauses zuzuschreiben, von denen in St. Petersburg nicht mehr viele übriggeblieben sind. Als Beispiel hierfür konnten zwei

⁴² M. F. Korschunowa (s. A 31), S. 100–101.

gut erhaltene Häuser dienen, die zu beiden Seiten der auch von Velten geplanten Armenischen Kirche auf dem Newski-Prospekt stehen (1784–1789). In Grabars »Geschichte der russischen Kunst« ist ein Detail des Fassadenschmucks am dreigeschossigen Bürgerhaus in der Millionnaja, der ehemaligen Bolschaja Nemezkaia (Großen Deutschen Straße) 15, abgebildet, das der Autor ebenfalls der »Velten-Schule« zuschreibt.⁴³

4. Kirchenbauten

Außer der bereits erwähnten orthodoxen Kirche Johannes des Täufers auf der Steininsel und der Johanniskirche beim Tschesme-Palast wurden von Velten in St. Petersburg noch einige Gotteshäuser erbaut. Zu den markantesten darunter, die für Rußland einen bis dahin unbekanntem klassizistischen Typus sakraler Architektur darstellten, zählen vor allem die deutsche evangelische Katharinenkirche auf dem Bolschoj-Prospekt 1 der Wasiljewski-Insel (1768–1779, heute Tonstudio der Firma »Melodia«) und die Annenkirche in der Saltykow-Schtschedrin-Straße 8 (1775–1779, heute Kinotheater »Spartak«). Es sind streng symmetrisch ausgerichtete Bauten mit einem antiken Portikus bzw. einer Rotunde und einer durchfensterten und überkuppelten Laterne. Nach dem gleichen Prinzip wurde von Velten die armenische Kirche oder beispielsweise von seinem Schüler Gottlieb Christian Paulsen die finnische Kirche in der Bolschaja-Konjuschnaja-Straße 8 (1803–1805) konzipiert (Abb. 4 und 5). Bei der Betrachtung der klassizistischen Fassaden dieser einkuppeligen Sakralbauten lassen sich die Konfessionsunterschiede kaum ablesen. Nicht erhalten blieb die schwedisch-lutherische Kirche (1767–1769), die bis 1862 im Hof der ehemaligen Schwedischen Gasse stand. Leicht umgebaut und neu verkleidet wurde 1838 die reformierte französisch-deutsche Kirche in der Bolschaja-Konjuschnaja-Straße (1770–1773, heute Schachclub). »In der zweiten Hälfte des XVIII. Jahrhunderts wurden alle lutherischen Kirchen von Velten gebaut, als ob er hier über ein Monopol verfügte«, schreibt die Kunsthistorikerin N. W. Muraschowa.⁴⁴

In der »Großen Sloboda«, dem späteren Alt-Peterhof, baute Velten 1773 die Kirche zur Erscheinung Mariä (Snamenskaja). Weniger Beachtung wurde bisher Velten's Beteiligung an der Gestaltung einiger Petersburger Friedhofskirchen geschenkt. Das ist vor allem die schöne Prophet-Ilja-Kirche auf dem Porochowski-Friedhof – ein steinerner Nachfolgebau der 1743 von Johann Schumacher erbauten Holzkirche. Als Entwerfer der klassizistischen »Rotunde-Kathedrale« wird neben Velten auch I. Starow vermutet. Die Ikonostase wurde vom Künstler L. Christinek entworfen, der ebenfalls

⁴³ I. Grabar (s. A 5), Bd. III, S. 322–324.

⁴⁴ N. W. Muraschowa, Awtorstwo ustanowleno (Die Urheberschaft ist festgestellt) in Stroitelstwo i architektura Leningrada, Leningrad 1978, Nr. 2, S. 45.



Abb. 4: Die armenische Kirche auf dem Newski-Prospekt 40–42, St. Petersburg (1780er Jahre), Architekt: G. F. Velten.

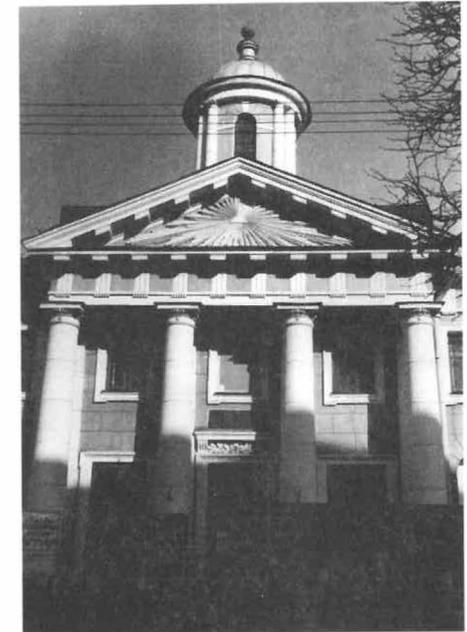


Abb. 5: Die finnische Kirche in der Bolschaja-Konjuschnaja-Straße 8, St. Petersburg (1803 bis 1805), Architekt: G. Chr. Paulsen.

die Innengestaltung der von Velten erbauten Armenischen Kirche auf dem Newski-Prospekt übernahm. Velten wird auch die Auferstehungskirche auf dem Armenischen Friedhof der Wasiljewski-Insel zugeschrieben, die in den 1790er Jahren am Grabe des Sohnes eines bekannten Hofjuweliers und Mäzens I. Lasarew errichtet wurde. Nach einem Projekt von Velten entstand 1779 ein armenisches Gotteshaus auch in Moskau in der Nähe der orthodoxen Nikolaus-Kirche. Auf Velten's Pläne sind wohl ebenso die schwedisch-deutsche Peter-und-Pauls-Kirche in Wyborg (1793–1799) und die abgebrannte lutherische Holzkirche in Pawlowsk (1794–1796) zurückzuführen. Die Entstehung einer Mehrzahl von Gotteshäusern für nichtrussische Kirchengemeinden in solch kurzem Zeitabstand ermöglichte erst das von Katharina der II. 1763 verfaßte Manifest, das allen im Russischen Imperium ansässigen Völkern Religionsfreiheit gewährt. Diese Freiheiten erstreckten sich selbstverständlich ebenso auf deutsche Kolonisten, die der Einladung der Kaiserin folgend sich zu Tausenden an der Wolga, in der Ukraine und im Kaukasus ansiedelten. In den unbewohnten Gegenden des Ingermanlandes ließen sich Bauern aus Mitteldeutschland nieder und erbauten bereits 1766 in einer ihrer ersten Kolonien Neue Saratowka in der Nähe von Petersburg eine lutherische Holzkirche (später in Stein umgebaut).

Der bereits erwähnte Schüler Veltens und Erbauer der finnischen Kirche, Gottlieb Christian Paulsen (1747–1814), war Sohn des Petersburger Hofchirurgen Christoph Paulsen. Auch er nahm am gewaltigen Bau des Winterpalais teil, verließ dann aber für zwei Jahre St. Petersburg, um sich in Deutschland weiterzubilden. Nach seiner Rückkehr arbeitete er wieder in der Baukanzlei unter seinem Lehrmeister Velten.

Als weniger gelungene Arbeit Veltens gilt sein Eingriff in den Katharinenpalast von Zarskoje Selo. Der von Braunstein entworfene und von Rastrelli umgebaute und erweiterte Palast erfuhr unter Velten nochmals eine Zäsur, indem man Rastrellis Pavillon mit einer Kuppel und die herrliche barocke Treppe durch eine »repräsentative«, jedoch ziemlich trockene klassizistische Fassade des sog. Subow-Flügels ersetzte. Hier wurden von Velten auch die Interieurs des »Großen Saals« und des »Piketen-Saals« gestaltet. Durch den Umbau gewann man für die Zarin zehn zusätzliche Räume. Ein Zimmer richtete der Architekt nach dem von ihr immer noch geschätzten »chinesischen Geschmack« ein. Hier, im Katharinenpalast, bauten 1763 die deutschen Bernsteinschnitzer Clemens und Heinrich Willhelm Friede das 1709 von Gottfried Turau im Berliner Schloß Monbijou vollendete und 1717 von Peter dem Großen nach Rußland gebrachte Bernsteinzimmer ein. Die Prunkkassette wurde von deutschen Besatzungstruppen im Dezember 1941 aus dem bereits durch schwere Kämpfe in Mitleidenschaft gezogenen Schloß entwendet und nach Königsberg verfrachtet. Dort soll, den letzten Erkenntnissen zufolge, das Bernsteinzimmer beim Angriff der Truppen der dritten belorussischen Front im Februar 1945 verbrannt sein. Zur Zeit wird im Katharinen-schloß ein Raum mit neugewonnenen Bernsteinplatten von der Ostseeküste ersatzweise wieder hergerichtet.

Im Alten Peterhof, zwischen dem Unteren Park und dem Landgut Sergiewka, entwarf Velten 1770 auf Verlangen der Zarin einen niedlichen Holzbau, die sogenannte »Sobstwannaja Datscha«. Die Rechnung des Architekten wurde von Katharina II. persönlich beglichen, daher auch die Betonung des privaten Eigentums (»sobstwannaja« heißt zu russisch »eigene«). Die Datscha mit anschließendem Gärtchen wurde an die nachfolgenden Romanows weitervererbt, bis sie dann 1843, bereits im Besitz des Thronfolgers Alexander Nikolajewitsch, abgebrochen und vom Architekten Stakensneider durch einen dreigeschossigen Prachtbau im neobarocken Stil ersetzt wurde. Die für das Schloßchen bescheidene Bezeichnung »Sobstwannaja Datscha« mit unmißverständlichem Hinweis auf die Eigentumsverhältnisse blieb auch weiter bestehen.⁴⁵

1774 baute Velten in Peterhof am Menagerieteich neben dem Schloß Monplaisir für die Kaiserin ein Badehaus mit einem Bassin, der von einem Springbrunnen und vier wasserspeienden Delphinen gespeist wurde (wegen Bauqualität wurde das Badehaus 1925 abgebrochen).

⁴⁵ A. Geijrot, *Opisanije Petergofa* (Beschreibung Peterhofs), St. Petersburg 1868, S. 113–114.

Eines der seltenen Industriedenkmäler des 18. Jahrhunderts ist die von Velten errichtete Papierfabrik in Ropscha bei Petersburg (1788–1794). Dem etwas bescheideneren Industriebau in Peterhof wäre die ebenso von ihm geplante kaiserliche Steinschleiferei (1772) oder auch die unter seiner Leitung gebaute Steinmühle (1780) zuzuordnen. Die Vorgängerin der Schleiferei ist die noch zu Zeiten der Kaiserin Anna vom Architekten Brunner errichtete Mühle gewesen, welche ihrerseits die vom ersten Präsidenten der Wissenschaftsakademie Blumentrost geplante und später abgebrannte »Diamantenmühle« ersetzte.⁴⁶ Die Schleiferei war ursprünglich für die Bearbeitung von Halbedelsteinen für die Akademie der Wissenschaften gedacht, weitete sich dann zu einer Fabrik aus und übernahm im 19. Jahrhundert beispielsweise die Lieferung von Marmor- und Mosaiksteinen für die Innenausstattung der Isaaskathedrale, der Neuen Eremitage und für die Brunnen- und Pavillons von Peterhof.

Auch im Innern des Peterhofer Großen Palastes, den Schlüter seinerzeit entwarf, Braunstein erbaute und Rastrelli teilweise veränderte und erweiterte, baute Velten um. Die Verkleidung der kleineren Räume wie »Rebhuhnzimmer«, »Diwan-Zimmer« oder »Kronenzimmer« ist auf seine Entwürfe zurückzuführen. Zu den besten frühklassizistischen Interieurs zählen die von Velten geschaffene Speisehalle, der Thron- und Tschesme-Saal. Der letztere wurde mit 12 Marinebildern des damals hochgeschätzten deutschen Malers Jakob Philipp Hackert geschmückt, welche die russischen Erfolge im Seekrieg gegen die Türken verherrlichten. Goethe erzählt, daß Fürst Orlow befahl, eines der auf der Reede von Livorno stehenden russischen Kriegsschiffe vor den Augen Hackerts in die Luft zu jagen, um dem Landschaftsmaler eine Seeschlacht zu veranschaulichen.⁴⁷

Auf der Rückseite des Palastes befindet sich einer der schönsten Springbrunnen Peterhofs, der Neptunbrunnen. Der bronzene Brunnen ist älter als die Stadt Peterhof und kommt aus Franken. Als ihn der Bildhauer Georg Schweigger 1660 für den Nürnberger Marktplatz gegossen hatte, stellte sich heraus, daß er für das verfügbare Wasser um eine Nummer zu groß geraten war. 1799 bot der Nürnberger Stadtrat dem russischen Zaren den immer noch aus Einzelteilen bestehenden Brunnen für sechsundsechzigtausend Gulden an, worauf Paul I. einging und damit Peterhof um ein weiteres Kunstwerk bereicherte.⁴⁸

Das letzte Projekt Georg Friedrich Veltens, das hier zu erwähnen wäre, ist sein eigenes dreistöckiges Steinhaus, das der Architekt auf seinem Gut Katentack bei Wesenberg (heute Rakvere, Estland) 1777 erbaute. Der Erwerb von Landgütern und Leibeigenen im Revaler Umkreis erbrachte Veltens bürgerlichem Namen das Adelsprädikat

⁴⁶ A. Geijrot, *ebda.*, S. 34, 62.

⁴⁷ J. W. von Goethe, *Aus meinem Leben. Dichtung und Wahrheit*, Berlin u. Weimar 1988, Band 9, S. 275.

⁴⁸ A. Kennett, *Die Paläste von Leningrad, Luzern und Frankfurt/M.* 1974, S. 209.

»von«. Sein Haus befand sich später über hundert Jahre im Besitz der baltendeutschen Baronen-Familie Dellingshausen und wurde von derselben Anfang des 19. Jahrhunderts zu einem Landschloß umgebaut. 1962 brannte es ab und wurde dem weiteren Verfall preisgegeben.⁴⁹

5. Landschaftsarchitektur

Die Schlösser und Pavillons der Petersburger Umgebung hätten an ihrer Wirkung einiges eingebüßt, wären sie nicht von prächtigen Parkanlagen umgeben. Deren Frische und Schönheit stellte eine noch größere Herausforderung an die öde Gegend Ingermanlands dar als die aus dem Sumpf gestampften zahlreichen Paläste. Auch hier sind einige Deutsche zu nennen, die mit ihrer Kunst zur Schaffung dieser Oasen beitrugen. Neben dem ersten Gärtner von Zarskoje Selo, dem Holländer Jan Roossen, wird Cornelius Schröder erwähnt. Sein Neffe Konrad Schröder legte ab 1745 zusammen mit dem russischen Architekten Tschewakinski hier einen neuen regulären Park an, der später im Alexander-Park aufging.⁵⁰ 1723–1733 arbeitete Schröder neben dem ebenso aus Holland kommenden Gärtnermeister von Peterhof Leonard van Garnikfelt, der dann 1731 vom Holsteiner Bernhard Fock (1709–1766), dem Vater des oben erwähnten Architekten, abgelöst wurde. Von Bernhard Fock stammt ein Gartenplan für das Gut Bronnaja-Mysa bei Oranienbaum, wo sich ein Absteigequartier des Zaren Peter I. befand. Bernhard Fock bildete als Gärtner auch seinen Bruder Daniel aus, der dann ebenfalls in den Hofdienst trat.

Auf deutsche Gartenarchitekten ist größtenteils die Gestaltung der Parklandschaft der südöstlich von Peterhof gelegenen »Mysa Strelina« – der späteren Strelna – zurückzuführen. Das Streliner Schloß samt Parkanlage wurde von Peter I. unter der unmittelbaren Aufsicht des aus Deutschland berufenen Architekten Brandt und mit Beteiligung des Franzosen Leblond angelegt.⁵¹ Zu Peters Zeiten arbeitete hier auch der Gärtner Lambertus der Ältere, dem dann der Russe Anton Borisow folgte. 1739 wird in Strelna der aus dem thüringischen Römheld stammende Ludwig Günther Tatter als Obergärtner erwähnt. Seit 1741 arbeitet mit ihm zusammen als »Untergärtner der kaiserlichen Gärten« Johann Wilhelm Tatter, vermutlich sein Bruder. Während der 1750er Jahre war in Strelna der sächsische Gärtner »Galba« tätig. Ein bereits in Petersburg geborener Deutscher, der diese Parklandschaft auch prägte, war der »in den Baumschulen und Parks von Potsdam und Berlin ausgebildete Fachmann« Georg Engelmann.⁵² Bis dahin hatte er für den Millionär Lasarew in Ropscha gearbeitet.

⁴⁹ M. F. Korschunowa (s. A 31), S. 102–105.

⁵⁰ E. Amburger (s. A 3), S. 514–515.

⁵¹ A. Geijrot (s. A 45), S. 128–129.

⁵² E. Amburger (s. A 3), S. 513.



Abb. 6: Krasnye Rjady – die Roten (Kauf-)Reihen (1789–1793) auf dem Marktplatz von Kostroma, erbaut nach dem Projekt von K. H. von Kler.

In Oranienbaum, das Kaiserin Elisabeth 1743 ihrem Neffen Peter von Holstein schenkte und wo Deutsche einen besonders großen Bevölkerungsanteil hatten, waren die Hofgärtner Johann Höftmann und Canutus Lambertus (der Jüngere) tätig.

Wenn die Tätigkeit deutscher Architekten in den russischen Hauptstädten immer noch unzureichend erforscht ist, so ist ihr Schaffen in der russischen Provinz noch weniger bekannt. Hier können nur verstreut einzelne Beispiele genannt werden.

So verschlägt es den vielseitig begabten Architekten und Künstler Johann Heinrich Müntz (geb. 1727 in Mühlhausen/Elsaß) nach seinen ausgiebigen Europareisen auch in die Ukraine, um für den Fürsten Poniatowski in Cherson eine Villa zu entwerfen (erbaut 1783) und in seiner Residenz Korsun einen Park anzulegen.⁵³ 1789–1793 werden nach dem Projekt des ehemals preußischen Kapitäns und späteren Hofrats Karl Heinrich (in Rußland Karl Genrichowitsch) von Kler auf dem Marktplatz von Kostroma die Krasnye Rjady – Roten (Kauf-) Reihen – gebaut (vgl. Abb. 6). Andere nordrussische Städte wie Rybinsk und Wologda wurden seinerzeit von dem produktiven Jaroslawler Architekten J. G. Löwenhagen bebaut. In Rjasan trifft man Ende des

⁵³ U. Thieme und F. Becker (s. A 24), Leipzig 1931, Bd. 25, S. 253.

18. Jahrhunderts auf einen Baumeister namens Schneider, der im dortigen Kreml die barocke Ostfassade für das Haus des Oberpriesters gestaltete. 1771–1791 erbaute der Architekt Gottfried Hoffmann die barocke Mariä-Himmelfahrtskathedrale zu Potschajew – ein heute bei der UNESCO registriertes Baudenkmal.

Es ist auffallend, daß deutsche Baumeister auch nach ihrer Entlassung oder Pensionierung in den meisten Fällen in Rußland blieben. Bei ihren ausländischen Kollegen war eher das Gegenteil die Regel: Bartolomeo Francesco Rastrelli stirbt in Lugano, Antonio Rinaldi 1794 in Rom, Vallin de la Mothe kehrt nach Frankreich zurück.

Eine Erklärung dieses Phänomens wäre das im 18. Jahrhundert bereits außerordentlich stark vertretene deutsche Element in Rußland, das den Deutschen zumindest teilweise ihre Heimat ersetzte. Es hat aber auch sicher etwas mit der wohlbekannten Anpassungsfähigkeit der Deutschen zu tun, die sich als Ergänzung zu ihrem Pioniergeist auch bei der Verschmelzung deutscher und russischer Bautraditionen auf lange Dauer positiv auswirken konnte.

Ursula von Petz

Raumplanung und »Moderne«: Ansichten zur Geschichte einer Disziplin¹

1. Vorbemerkungen – 2. 1870 bis 1920: Raumplanung ist Städtebau – 3. 1920 bis 1970: Die Konsolidierung der Disziplin Raumplanung – 4. Die Verspätung der Raumplanung nach 1970

*Kommende Zerstörung der Häuser und der Stadt, um große
Treffpunkte für Automobile und Flugzeuge zu bauen²*

Filippo Tommaso Marinetti

1. Vorbemerkungen

Die Raumplanung ist aufgrund der Veränderung der technischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen eine Disziplin im Umbruch, deren aktuelle Rolle heftigen Auseinandersetzungen unterworfen ist und deren zukünftige Aufgaben auch mancherlei Spekulationen ausgesetzt sind. Der Beitrag zielt nicht darauf, die grundsätzliche Frage zu beantworten, was denn Raumplanung sei und was sie derzeit leisten kann und soll. Es geht vielmehr um die historische Einordnung, auf die bei aktuellen Diskursen in der Regel nur punktuell eingegangen wird. Das ist gemeinhin auch weniger verhänglich, wenn man sich vor Augen führt, daß die Raumplanung aufgrund ihrer engen Verknüpfung mit der Zeit des »Dritten Reichs« eine schwierige Vergangenheit aufweist, die zur Kenntnis zu nehmen Mühe macht. 50 Jahre nach Kriegsende und der Befreiung vom Nationalsozialismus bleibt daher die Wahrnehmung dieser Geschichte trotz der intensiven öffentlichen Debatte um die historische Bewertung dieser von Diktatur und Krieg geprägten Zeit auf eine begrenzte Gruppe von Fachleuten beschränkt. Man schützt im allgemeinen noch immer gerne – mit dem Argument der technokratischen Aufgabenstellung – politische Abstinenz vor.³

¹ Dieser Beitrag basiert auf dem Text eines Vortrags, der am 21. Dezember 1994 im Rahmen der von Klaus M. Schmals im Wintersemester 1994/95 veranstalteten Ringvorlesung zum Thema »Was ist Raumplanung« an der Fakultät Raumplanung der Universität Dortmund gehalten wurde. Im Laufe dieser Veranstaltung hat sich mehrfach gezeigt, daß diese Frage trotz ihrer inhaltlichen Ausrichtung auf die aktuelle Situation auch historisch diskutiert werden muß. Die hier formulierten Ansichten zur Geschichte der Disziplin unternehmen den Versuch, vor dem Hintergrund der Vorlesungsreihe zur Klärung dieser Frage beizutragen.

² Zit. nach P. Komin, Wahnsinn der geraden Linie, in: *Süddeutsche Zeitung* Nr. 143 vom 24./25. Juni 1995.

³ Vgl. H.-U. Wehler, Entsorgung der deutschen Vergangenheit? Ein polemischer Essay zum »Historikerstreit«, München 1988, S. 200.

Zugleich besteht die Notwendigkeit, vor dem Hintergrund der derzeit virulenten Unsicherheit um die Rolle der Raumplanung und ihrer Akteure in einer neuen oder Nach-Moderne die Genese der Disziplin unter eben diesem Aspekt von „Moderne“ zu thematisieren. Denn die wesentliche Aufgabe von Raumplanung liegt in der Organisation und Planung des Raumes gemäß den jeweiligen aktuellen, zeitgemäßen, also »modernen« Anforderungen von Gesellschaft und Politik. Dabei kann es nicht darum gehen, durch Nachweis seiner »Modernität« den NS-Staat und dessen Täter zu exkulpieren. Vielmehr gilt es deutlich zu machen, daß der Modernisierungsprozeß im Nationalsozialismus u. a. durch eine Perfektionierung der Raumplanung mit totalitären, diktatorischen Mitteln vorangetrieben wurde. Aber auch danach, in der demokratischen Bundesrepublik, war die Raumplanung als moderne Disziplin erfolgreich. Auf wenigen Seiten darzulegen wie weit dies offensichtlich möglich war, kann nur themenhaft und in komprimierter Form geschehen.⁴

Mit diesem Beitrag ist also in erster Linie intendiert, einer Antwort auf die Frage nach historischer Kontinuität und planerischem Verständnis bei wechselnden politischen Strukturen unter Beachtung der Frage der »Moderne« als Motor dieses Prozesses näher zu kommen.⁵ Die Fokussierung erfolgt dabei auf den Zeitraum der Veränderung von Stadt und Land seit Beginn der Industrialisierung. Der damit verbundene Prozeß der Urbanisierung des Raumes seit etwa Mitte des 19. Jahrhunderts vollzog sich aufgrund gewandelter Produktionsbedingungen, die eine neuartige Logik der Standortwahl zur Folge hatten, der wiederum durch neue Techniken des Verkehrs neuartigen Formen der Verknüpfung unterliegen. Die Geschichte ist bekannt, ebenso wie die Tatsache, daß die bis dahin traditionellen Weisen, diese Raumbeziehungen zu ordnen, sich hierfür zunehmend als untauglich erwiesen. Es waren daher auch neue Formen der Regelung zu finden. Hier setzt die Genese der Disziplin ein. Zu ihrer Beschreibung bis zu Beginn der »Postmoderne«, die, wiederum sehr cursorisch, in die-

⁴ Die vorliegende Darstellung basiert auf Ergebnissen eigener früherer Arbeiten, auf einem in den letzten Jahren gemeinsam mit R. Kastorff-Viehmann und Manfred Walz durchgeführten Forschungsprojekt zur Entwicklung der Industriestadt Dortmund zwischen 1918 und 1946 sowie aktuellen Forschungen zur metropolitanen Peripherie (erscheint als Band 70 in den Dortmunder Beiträgen zur Raumplanung); vgl. u. a. U. von Petz / K. M. Schmals (Hrsg.), *Metropole, Weltstadt, Global City: Neue Formen der Urbanisierung*, Dortmund 1992.

⁵ So konnte u. a. für Maßnahmen der Stadterneuerung die Übernahme von Planungskonzepten der Weimarer Zeit in nationalsozialistische Programme nachgewiesen werden; vgl. U. von Petz, *Stadterneuerung im Dritten Reich*, Dortmund 1987; mit Blick aus der Kriegs- in die Nachkriegszeit ist die Frage der Kontinuität insbesondere von W. Durth erkannt worden; vgl. W. Durth, *Deutsche Architekten, Biographische Verflechtungen 1900–1970*, Braunschweig 1986; die Frage der »Kontinuität« und der »Stunde Null« bei der Planung für Berlin war am Berliner Institut für Stadt- und Regionalplanung schon anlässlich des 40. Jahrestags des Kriegsendes und des Endes des Nationalsozialismus Gegenstand einer Tagung; vgl. E. Konter (Hrsg.), *Wendzeiten in Architektur und Stadtplanung. Kontinuität und Bruch in der Entwicklung nach 1945* (Arbeitshefte des Instituts für Stadt- und Regionalplanung der TU Berlin, 36).

sem Beitrag um das Jahr 1970 angesetzt wird, dient die Teilung des Zeitraums in zwei Phasen: In die Jahrzehnte zwischen 1870 und 1920 bzw. zwischen 1920 und 1970. Entsprechend beginnt die »Gegenwart« nach 1970. Diese Einteilung erfolgt auf der Basis technischer und in ihrer Folge gesellschaftlicher Veränderungen seit der Industrialisierung bis zu deren Wandel im 20. Jahrhundert, die den Umbruch sowohl von der »industrialisierten« zur »fordistischen« wie von der »fordistischen« zur »postfordistischen« Raumplanung verzeichnet. Diese Periodisierung ist ein Konstrukt, und es liegt in der Natur der Sache, daß sie als solches die Realität abstrahiert.

2. 1870 bis 1920: Raumplanung ist Städtebau

Es ist eine Frage der Definition, wenn hier festgestellt wird, daß die Entstehung der Disziplin Städtebau, historisch gesehen, der Entstehung der Disziplin Raumplanung vorangeht. So setzt der Absatz unter der Überschrift »Raumplanung in der Geschichte« im »Handwörterbuch für Raumforschung und Raumordnung« von 1970 bereits mit einer Schilderung der Siedlungsstrukturen in den Kulturen Vorderasiens und Ägyptens ein.⁶ In der Siedlungsgeschichte und der Gesetzmäßigkeit ihrer Entwicklung so weit auszuholen würde hier zu weit führen. Die Disziplin Städtebau, die wir ja heute in die Raumplanung subsumieren – obgleich zu Beginn dieses Jahrhunderts von Städtebau, nicht aber von Raumplanung die Rede war –, diese Disziplin bildete sich im Zuge der Industrialisierung als eine Disziplin zur Steuerung der Ordnung und Verteilung von Nutzungen in den sich räumlich ausdehnenden Städten heraus. Die Anpassung vorindustrieller städtischer Systeme an die von den neuen Techniken des Industriezeitalters bestimmten Infrastrukturen, insbesondere im Bereich des Ingenieurwesens, stempelte den Städtebau jener Zeit in der Praxis zu einer weitgehend technischen Disziplin. Doch erzeugte dieser physische Umbau zugleich auch Theorien von der Stadt des Industriezeitalters und des Umgangs mit ihr. Eine Vorstellung davon geben die Autoren Theodor Goecke und Camillo Sitte im Editorial der ersten Nummer der ab 1904 monatlich erscheinenden ersten Fachzeitschrift »Der Städtebau«: »Der Städtebau ist ein Gebiet technischer, künstlerischer und volkswirtschaftlicher Tätigkeit. (...) Der Städtebau regelt den Verkehr, hat die Grundlage zu beschaffen für ein gesundes und behagliches Wohnen (...) der modernen Menschen. (Er) hat für die Unterbringung von Industrie und Handel zu sorgen und die Versöhnung sozialer Gegensätze zu unterstützen. Der Städtebau ist eine Wissenschaft, er ist eine Kunst«.

⁶ Unter Bezug auf die Merkmale Bodennutzung, Anlage von Verkehrsnetzen und Siedlungswesen vgl. G. Franz, in: *Handwörterbuch für Raumordnung und Raumforschung*, Hannover 1970, Sp. 2554 ff.

Die Verwissenschaftlichung, die das Wesen einer Disziplin ausmacht und von der in dem Zitat zuletzt die Rede ist, zeigte sich in der Entwicklung problemorientierter Analyse- und Planungsmethoden, im Erscheinen von Handbüchern, in der Veranstaltung von Kongressen und Ausstellungen, in der Gründung von Studiengängen. Und der Städtebau war mittlerweile aufgrund der vielfältigen Themen, mit denen er sich zu befassen hatte, eine interdisziplinäre Wissenschaft, in der sich Ingenieure, Kunsthistoriker und Denkmalpfleger, Ökonomen, Architekten, Juristen, Sozialpolitiker, Hygieniker etc. engagierten. Seine gesellschaftliche Relevanz postulierte er mit der Forderung nach sozialer Harmonisierung. Raumplanung hingegen, wie sie im zweiten Zeitraum, also nach 1920 als Disziplin verstanden wird,⁷ war dem ersten Zeitraum noch weitgehend fremd, weil Entwicklungen außerhalb der urbanen Zentren und deren Verwaltungsgrenzen noch kaum ins Bewußtsein verantwortlicher Fachleute drang, solange sich städtische Wachstumsprobleme beispielsweise durch Eingemeindungsverfahren lösen ließen.

Einige Merkmale, die die Entstehung der Industriestadt kennzeichnen, seien hier in Kürze genannt: Der Einsatz neuer Techniken, insbesondere der Einsatz von Maschinen, bewirkte den Wandel von der Manufaktur zur Fabrik und veränderte damit Quantität und Qualität der gewerblichen Produktion. Die Eisenbahn als neues verkehrstechnisches Mittel erzeugte quantitativ und qualitativ neue Netze für neue Märkte und neuartige Kommunikation. Die verstärkte Nutzung natürlicher Ressourcen für die industrielle Produktion und deren Abbau mittels maschineller Methoden veränderte Lebensumwelt und Lebensbedingungen der Menschen in Stadt und Land.

Die rechtliche Gleichstellung von Stadt und Dorf als »Gemeinden« und die Definition von Stadt über die Anzahl ihrer Bewohner – und nicht mehr über ein eigenes Recht –, veränderte zu Beginn des 19. Jahrhunderts den Status der Stadt.⁸ Die Migration einer zu diesem Zeitpunkt verarmten Landbevölkerung, die nun an die Standorte der neuen Industrien, die Städte, drängte, förderte als neue Schicht, als lohnabhängige Arbeiterschaft, die Nachfrage nach neuen Orten zum Wohnen und Leben in der Stadt. Zugleich steigerten die damals neuen Industrien ihre Produktion und dehnten sich in der Fläche aus. Urbanisierung und Stadtwachstum sind die Folgen dieses Prozesses. Zur Steuerung dieses Wachstums wandelte sich die bislang eher bescheiden

⁷ Der Begriff »Raumplanung« selbst wird erstmals in den frühen dreißiger Jahren benutzt; vgl. G. Franz, ebda. Als Leiter des Deutschen Archivs für Siedlungswesen verwendet Gustav Langen 1929 den Begriff »Raumwirtschaft« in einem Aufsatz »Deutscher Lebensraum – neue Raumwirtschaft.

⁸ Stadt machte nicht mehr »frei«, Stadt wurde eine statistische Größe. In Preußen ist seit ca. 1850 eine Gemeinde mit mehr als 100 000 Einwohnern eine Großstadt, ab 1910 haben die »wirklich großen Städte« 250 000 Einwohner; vgl. W. Hofmann, Oberbürgermeister und Stadterweiterungen, in: H. Croon / W. Hofmann / Chr. von Unruh, Kommunale Selbstverwaltung im Zeitalter der Industrialisierung, Stuttgart 1971, S. 61.

agierende öffentliche Verwaltung immer stärker zu einer kompetenten Leistungsverwaltung, die durch die Einrichtung und Trägerschaft kommunaler Regiebetriebe und durch die Ausweitung kommunaler, auch planungsbezogener Verwaltungsaufgaben als eigener Akteur zwischen dem privaten Unternehmertum und dem Bürger an Bedeutung gewann.

Die Urbanisierung veränderte die städtische Lebenswelt, nicht ohne Defizite und Reibungspunkte zu erzeugen. Das Management von Konflikten – schon damals –, und die Steuerung und Regelung zukünftiger räumlicher Entwicklungen wurden zunehmend als Aufgabe öffentlicher Planung definiert und durch die Genese einer eigenen Disziplin institutionalisiert. Welch großer Handlungsbedarf für eine solche »Konfliktbeseitigung« bestand, zeigt, um nur ein Beispiel herauszugreifen, die Diskussion um das ökologische Thema jener Zeit, die Frage der Hygiene in den Städten. Sie wurde zum auslösenden Moment für bauordnerische und stadttechnische Reformen, insbesondere nachdem die Cholera die europäischen Städte mehrfach in katastrophaler Weise heimgesucht hatte. Diese immer wieder auftretende Seuche hat die Durchsetzung physischer Maßnahmen sowie die Akzeptanz regelnder Instrumente zur Verbesserung der Lebensbedingungen in den Städten im ersten hier diskutierten Zeitraum deutlich beschleunigt.

Der Städtebau erreichte im Verlauf des hier abgegrenzten Zeitraums von 1870 bis 1920, vor dem Ersten Weltkrieg, im Zuge fortschreitender Produktionstechniken, ökonomischer Konzentration und sozialer Ausgleichsbemühungen seinen Höhepunkt als wissenschaftliche Disziplin und anerkanntes öffentliches Handlungsfeld in der Praxis. Die politische Bedeutung Deutschlands, des aufsteigenden Kaiserreiches, das um jeden Preis, auch um den der kriegerischen Auseinandersetzung, als Weltmacht insbesondere mit England konkurrieren wollte, hat dieser Entwicklung zweifelsohne Antrieb gegeben. Das begünstigte gleichwohl nicht alle materiellen Sektoren gleichermaßen: Während der Produktionssektor trotz wirtschaftlicher Schwankungen stetig anstieg, blieb die Wohnungsfrage bekanntlich weitgehend »auf der Strecke«.⁹ Die erweiterte Nutzung der Schiene nicht nur für den Güter- und den Personenfernverkehr sondern auch für den öffentlichen Nahverkehr (Staaßen-, Untergrund-, Stadt- und Vorortbahnen) ermöglichte zudem eine Differenzierung der städtischen Raumnutzung, bei der im Kern der Stadt die Nutzungen Handel und Verwaltung zur Citybildung beitrugen, an ihrem Rand hingegen zunehmend – in Anlehnung an Ebenezer Howards Konzept entworfenen Gartenstädten gewohnt wurde. Das führte unter anderem zu dem damals noch nahezu unbekanntem Phänomen der sozia-

⁹ Vertretend für die gesamte Diskussion um die Wohnungsfrage dieser Zeit vgl. L. Niethammer, Ein langer Marsch durch die Institutionen. Zur Vorgeschichte des preußischen Wohnungsgesetzes, in: ders., Wohnen im Wandel, Wuppertal 1979, S. 363–384.

len Segregation.¹⁰ Der Zuwanderung von Bevölkerung in die Städte, mit der diese Phase um die Mitte des 19. Jahrhunderts eingesetzt und zur urbanen Verdichtung beigetragen hatte, folgte an ihrem Ende der Beginn der Stadt-Land-Wanderung, d. h. des Umzugs von Stadtbewohnern in neue Wohngebiete am Stadtrand unter einer sich immer schärfer abzeichnenden Trennung der Funktionen Wohnen und Arbeiten. Damit wurde der Prozeß der Deurbanisierung intensiviert, mit der Folge, daß wiederum neue raumplanerische Konzepte nachgefragt wurden.

3. 1920 bis 1970: Die Konsolidierung der Disziplin Raumplanung

An diese Entwicklung knüpfte der Städtebau nach dem Ersten Weltkrieg an. Doch der Rahmen hatte sich verändert. Nachdem die Gefahr der Räterepublik gebannt war, gründete man auf der Basis einer demokratischen Verfassung die Weimarer Republik, wengleich auf den Fundamenten tradierter Strukturen. Nach einer Phase der Not, die aus städtebaulicher Sicht in erster Linie noch immer eine Wohnungsnot war, konsolidierte sich mit amerikanischer Hilfe Mitte der zwanziger Jahre die Wirtschaftskraft der neuen Republik. Nach amerikanischem, d. h. Taylorschem Vorbild erfolgte aber auch die Modernisierung der Produktion. Taylors Theorie und Fords Praxis sind ihre Schrittmacher.

Während die räumliche Entwicklung im Verlauf der Industrialisierung des 19. Jahrhunderts, des Eisenbahnzeitalters, vom Vorbild Englands geprägt war, gibt nun die fordistische Wirtschaft und Gesellschaft der USA das Vorbild für die Veränderungen der zweiten Phase ab.

Der gesellschaftliche Umbau unter demokratischen Prinzipien innerhalb dieses Zeitraums von 1920 bis 1970 erfuhr in den Jahren 1933–1945 durch die nationalsozialistische Diktatur eine Zäsur. Dies konnte jedoch den durch Taylorismus und Fordismus initiierten wirtschaftlichen Modernisierungsschub nur solange aufhalten, als diese Modernisierung durch nationale Autarkie- und Autonomiebestrebungen für ersetzbar oder rückentwickelbar gehalten und entsprechend ideologisch kaschiert wurde. Mit der Prioritätensetzung für die Durchsetzung hegemonialer Machtansprüche mit dem Mittel des Krieges hingegen bedurfte das System der Merkmale der Moderne – von der Produktion bis zur Planung.¹¹ Legt man diese Sehweise der Frage

¹⁰ Dies hat sich im Rahmen der Forschungsarbeit auch für Dortmund gezeigt (vgl. A 4), wengleich Dortmund hier ein relativ spätes Beispiel darstellt. Anhand einer Stadt wie London läßt sich dieser Prozeß viel augenfälliger und früher zeigen, vergleicht man beispielsweise die Citybildung anhand der Deurbanisierung der Stadt nach Westen zwischen 1847 und 1904; vgl. H. J. Dyos, *The Study of Urban History*, London 1968, S. 256f.

¹¹ W. Nerdinger verweist auf das unterschiedliche Verständnis von »Moderne«, indem er Historikern von »Aly bis Zitelmann« nachweist, den Begriff »nur zur Beschreibung technischen und sozialen

nach der Moderne im Nationalsozialismus zugrunde, so wird damit die inzwischen vielfach formulierte Erkenntnis weiter erhärtet, daß nicht Brüche die Übergänge der Raumplanung in den Jahren 1933 und 1945 kennzeichnen, sondern Kontinuitäten, wengleich 1933 bzw. 1945 jeweils mit unterschiedlicher Ausprägung. Allerdings, und das ist wesentlich, veränderten sich innerhalb dieses Zeitraumes das Planungssystem bzw. die Methoden der Planung deutlich.

Zurück in die Weimarer Republik: Das städtische Wachstum und der Ausbau der vielfältigen Infrastruktursysteme überschritten in den zwanziger Jahren die existierenden kommunalen Grenzen. Der Stadtrand wurde, dank der der Gartenstadtidee entlehnten Vorortentwicklung und neuer Erschließungssysteme, zur Peripherie. Doch für diese Entwicklung brauchte man ein konkreteres Bild von der zukünftigen Stadt und die Fachleute diskutierten – inzwischen im internationalen Austausch, wie beispielsweise auf dem Städtebau-Kongreß 1925 in Chicago – über Formen der Organisation der Stadt, sei es als Satelliten- oder Trabantenstadt, als dezentrale Großstadt oder als Großkreis.¹² Die Erweiterung des Städtebaus durch die Landesplanung, markiert durch die Gründung des Siedlungsverbandes Ruhrkohlenbezirk im Mai 1920, erforderte nicht nur die Einrichtung neuer Verwaltungsebenen sondern auch die Anwendung komplexerer Methoden in der wissenschaftlichen Untersuchung über die räumlichen Verhältnisse, für die das Bild einer zukünftigen Urbanisierung zu entwerfen war. Hierzu gehören desgleichen die intensiven Bemühungen um die Vereinheitlichung der Instrumente (wie die Diskussion um den Erlaß zunächst eines preußischen, später, gegen Ende der zwanziger Jahre, eines Reichsstädtebaugesetzes), um die Einführung kommunaler Wirtschafts- bzw. Flächennutzungspläne oder einheitlicher Bauordnungen.¹³ Und statt Maßnahmen zur Verbesserung der Hygiene in den Städten erhielt nun die Planung und Realisierung von Grün in der Stadt für Sport, Spiel und Freizeit als ökologischer Ansatz Priorität.

Wandels zu verwenden«, wo er dann für den NS-Staat konnotiert werden kann, während Habermas »ausgewählte Elemente der Moderne wie Aufklärung, Emanzipation und Demokratisierung zum historischen Konstrukt eines »Projekts Moderne« verknüpfte«. Nerdinger sieht als entscheidende Parameter für die Bewertung der Moderne im Nationalsozialismus »die Abwägung und Gewichtung der regressiven Elemente – Blut, Boden, Rasse, Überlebenskampf – und der progressiven (oder besser dynamischen) Elemente des Nationalsozialismus – Mobilisierung, Leistungssport, Kriegstechnik, Industrialisierung«. Vgl. W. Nerdinger, *Modernisierung, Bauhaus, Nationalsozialismus*, in: *ders.* (Hrsg.), *Bauhaus-Moderne im Nationalsozialismus. Zwischen Anbiederung und Verfolgung*, München 1993, S. 13.

¹² Vgl. R. Unwin 1992, zit. in: C. B. Purdom, *The Building of Satellite Towns*, London 1925, 2. Aufl. 1949; E. May, *Stadterweiterung mittels Trabanten*, in: *Der Städtebau* XIX. Jg., 1922, S. 51–55; P. Wolf, *Die Gliederung der Großstadt*, in: *Deutsche Bauzeitung*, 62. Jg., 1928, S. 129–134; R. Schmidt, *Grosskreis und Grosstadt, eine Frage der Überlegenheit der Siedlungsform*, in: *Deutsche Bauzeitung* 62. Jg., 1928, S. 138–140.

¹³ Die politische Debatte um die Städtebaugesetzgebung fiel in die Zeit der Brüning'schen Notverordnungs politik. Den Gesetzentwurf nutzten die Nationalsozialisten als Grundlage für den Erlaß des Gesetzes über die Aufschließung von Wohnsiedlungsgebieten vom 22. September 1933.

Und das Bild der weiteren Urbanisierung, sowohl von Stadt wie von Land, wird deutlich komplexer durch den erneut erforderlichen Umbau der bestehenden Siedlungsstruktur für den motorisierten Individualverkehr. Die Anfänge der Modernisierung des Straßennetzes in Deutschland datieren, wie man weiß, in die zwanziger Jahre, doch wurde die Anpassung an die neue Verkehrstechnik erst in den dreißiger Jahren und später verstärkt betrieben. Diese Entwicklung fiel in Deutschland politisch mit der Diktatur der Nationalsozialisten zusammen. Von Hitler wurde die Entwicklung mit Autobahnbau und Bau des Volkswagens propagandistisch genutzt. Er selbst ließ sich gerne in den neuen Verkehrsmitteln, dem Automobil und dem Flugzeug, fotografieren und nutzte sie permanent bei seinen zahllosen Ortswechseln. Der Bau von Kraftfahrzeugen erfuhr in Deutschland, aufgrund der Aufrüstung in der Folge nationaler Expansions- und Aggressionspolitik einen enormen Schub, obgleich der versprochene Volkswagen zunächst gar nicht in Serie ging. Die politischen Ziele in Deutschland überlagerten auf diese Weise einen Umbauprozess, der in den industrialisierten Ländern der Welt längst eingesetzt hatte. In Los Angeles war bereits 1926 die Entscheidung für die Priorität beim Ausbau des Straßennetzes gegenüber der Sanierung des öffentlichen schienengebundenen Verkehrsnetzes beschlossen worden, und Frank Lloyd Wright begann zu dieser Zeit seine Utopie der dezentralisierten, eine gerechte Landverteilung garantierende Rasterstadt »Broadacre« zu entwickeln, deren Erschließung auf einem Netz von Highways gründete.¹⁴ In den vielfach noch mittelalterlich geprägten Zentren der europäischen Städte hätte der Umbau für den motorisierten Verkehr jedoch viel dramatischere Eingriffe verursacht als dies seinerzeit bei der Erschließung von Stadt und Land durch die Schiene achtzig Jahre zuvor der Fall war. In Deutschland gelang diese Anpassungsaufgabe aufgrund mangelnder Finanzmittel deshalb bis auf einige wenige Maßnahmen weder in den Jahren der Weimarer Republik noch im Rahmen nationalsozialistischer Stadtsanierungskonzepte, die noch 1933 auf der Basis bereits früher ausgearbeiteter Pläne einsetzten, und auch nicht durch die Neugestaltungsprogramme, die ab 1937 die Planung im »Dritten Reich« für wenige Jahre bestimmten. Erst aufgrund der Bombardierung der Städte bot sich nach dem Krieg hier die »Chance« des Umbaus.

Die planerischen Prioritäten lagen also schon bald nach der Machtübernahme keineswegs im zivilen Bereich sondern in der Umgestaltung des Landes gemäß rüstungspolitischer Gesichtspunkte. Das ist, was in Fachkreisen als Planung unter der Devise »Volk ohne Raum« apostrophiert wird.¹⁵ Verstärkte Bemühungen zur Dezentralisie-

¹⁴ R. Fishman, Die befreite Megalopolis. Amerikas neue Städte, in: arch+ 109/110, Dez.1991, S. 73–83.

¹⁵ In der Schrift G. Langens (s. A 7), wehrt sich Krüger, Mitglied des Preußischen Ministeriums für Landwirtschaft, Domänen und Forsten in einem Grußwort (S.IV) noch gegen die These vom »Volk ohne Raum«, wenn er schreibt: »Wir sind kein Volk ohne Raum – wenn wir nur den Raum, der uns geblieben ist, richtig nutzen – d. h. planmäßig und vorausschauend.«

rung urbaner Agglomerationen sollte zudem Stadt und Land vor den Auswirkungen eines Luftkriegs schützen.

In Deutschland wurde unter der Diktatur des Nationalsozialismus und den Rüstungsinteressen seiner Machthaber in den späten dreißiger und frühen vierziger Jahren vor allem jedoch der industrielle Rationalisierungsprozeß, der bereits in den zwanziger Jahren initiiert worden war, sicherlich – trotz der genannten zeitweiligen Deindustrialisierungstendenzen – weitgehend fortgesetzt.¹⁶ Zudem war geboten, moderne Techniken für die Rüstung zu nutzen und weiterzuentwickeln. Der Ausbau der Infrastruktur hatte ebenso modernisierende Wirkung wie sozialstaatliche Ansätze oder der Versuch, den Wohnungsbau zu industrialisieren und damit zu rationalisieren. Zur Ordnung dieses fortschreitenden Modernisierungsprozesses entwarf die Disziplin Raumplanung die notwendigen Konzepte. Nachdem die Visionen von der in Stein gefügten tausendjährigen Macht in den betont architektonisch formulierten Neugestaltungskonzepten¹⁷ festgehalten waren, konzentrierten sich die Städtebauer und Planer auf den Umbau der Siedlungsstruktur für den Individualverkehr. Die Generalbebauungspläne, die beispielsweise den Neugestaltungsplänen von Berlin und München, aber auch von Dortmund, zugrunde gelegt wurden, belegen dies mit ihren um die Stadt gelegten Autobahnringen oder -netzen und den dazugehörigen lokalen Verknüpfungen. Die Eignung von Auto-Mobil und Straßennetz für klein- und großräumige Mobilität nutzte hierarchisch organisierten territorialen Systemen. Dies ließ den Schluß von Analogien zwischen politischen – die ja im Nationalsozialismus dezidiert hierarchisch »gegliedert« waren – und räumlichen Ordnungssystemen zu und bildete somit das »Rückgrat« für die Entwicklung neuer Siedlungskonzepte. Der Bedarf an Wohnungs- und Siedlungsneubau war zudem immer dringlicher geworden, die Planung von Großsiedlungen am Stadtrand im Rahmen der genannten Generalbebauungspläne ist dafür Beleg. Analog zur amerikanischen Nachbarschaftsidee von Park, Burgess und McKenzie aus dem Jahre 1925 entstand in der Folge das Modell der »Ortsgruppe als Siedlungszelle« der Architekten und Städtebauer Wolters und Heuer aus dem Jahr 1940 (für Hamburg bzw. Bremen), erweitert zum Entwurf der Stadtlandschaft. Dieses Ordnungsmodell und die daraus resultierende Siedlungsstruktur

¹⁶ Eine Modernisierungswirkung der NS-Wirtschaft hingegen schein gerade dort ausgeprägt, wo andere als rüstungspolitische Ziele im Brennpunkt standen, so A. Ritschl in seinem Beitrag »Die NS-Wirtschaftsideologie – Modernisierungsprogramm oder reaktionäre Utopie?«, in: M. Prinz / R. Zitelmann, Nationalsozialismus und Modernisierung, Darmstadt 1991, insbes. S. 59. Wie sehr Bemühungen um Rationalisierung die Kriegswirtschaft bestimmte, läßt sich auch an den Aktivitäten zur Normung der Deutschen Industrie (DIN) im allgemeinen wie der im besonderen erkennen; vgl. W. Voigt, »Triumph der Gleichform und des Zusammenpassens«. Ernst Neufert und die Normung in der Architektur, in: W. Nerdinger (s. A 11), S. 179–193.

¹⁷ Es sei hier stellvertretend an die Speerschen Planungen für die Hauptstadt Berlin, das zukünftige »Germania«, erinnert, die im Januar 1937 programmatisch verkündet worden waren und die zugleich Vorbildfunktion hatten für alle anderen Neugestaltungsplanungen.

wurden umgehend rezipiert, wie man beispielsweise am Generalbebauungsplan für Dortmund aus dem Jahr 1941 ersehen kann. Wiederum waren beide, Modell und Strukturkonzept, nach dem Krieg bzw. nach der Währungsreform die Grundlage für das Leitbild der gegliederten und aufgelockerten Stadt, umgesetzt auch als autogerechte Stadt- und Raumstruktur.¹⁸

Unter den von den Parteiorganen und der Rüstungspolitik diktierten Produktions- und Lebensformen und der materiellen »Bewirtschaftung« eines Weltkrieges setzte sich die Verwissenschaftlichung der Raumplanung fort: Analysemethoden wurden verbessert, Kartographie und Luftbildauswertung perfektioniert und die Liste der zu erfassenden raumrelevanten Daten wurde erweitert. Der Ausbau als interdisziplinäre Wissenschaft schritt voran. Die Raumplanung hat ja, dies wurde eingangs angedeutet, den Anspruch, über die physische Konzeption von Lebenswelten hinaus die Verknüpfung von technischen, ökologischen und gesellschaftlichen Faktoren zu leisten. Die Komplexität der Raumentwicklung unter der Maxime ihrer totalen Beherrschung¹⁹ war offensichtlich geworden. Die stets intensivere Verknüpfung von disziplinären Teilbereichen zur Bewältigung der zum Ziel gesetzten Planungsaufgaben wurde immer vielfältiger. Spätestens mit Kriegsbeginn entwickelte die Planung eine professionelle Perfektion, die eine enge »Verknüpfung von gesellschaftlicher Herrschaft und räumlicher Planung«²⁰ herstellte und die über die Kriegs- und Nachkriegszeit hinweg zunächst kaum in Frage gestellt wurde. Insbesondere der Umbau der physischen Umwelt zur autogerechten Siedlungsstruktur ist – so ist anzunehmen – eine Ursache für diese Langlebigkeit und wohl auch Tragfähigkeit der Konzepte. Die von den Nationalsozialisten verordneten Zwänge durch Planung wurden dabei nach 1945 zu demokratisch legitimierten Angeboten.²¹ Und man hat die Konzepte weiterentwickelt, offener nun am amerikanischen Vorbild orientiert, nicht nur, weil die USA zu den westlichen Besatzungsmächten gehören, sondern auch, weil die USA »modern« waren. Doch

¹⁸ Vgl. hierzu *W. Durth / N. Gutschow*, Träume in Trümmern. Planungen und Wiederaufbau zerstörter Städte im Westen Deutschlands 1940–1950, 2 Bde., Braunschweig 1988 sowie *E. Pahl-Weber*, Die Ortsgruppe als Siedlungszelle, in: *F. Hartmut* (Hrsg.), Faschistische Architekturen. Planen und Bauen in Europa 1930–1940, Hamburg 1985, S. 282–298. Die Planung der autogerechten Stadt ist ebenso das Leitbild für die Endversion des Planes für Dortmund vom März 1941. Den – gestalterischen – Verweis auf die »Neugestaltungstadt«, den dieser Plan trägt, brauchte Dortmund zu einem vergleichsmäßig späten Zeitpunkt, um, so die Begründung, Umlegungsverfahren bei Straßendurchbrüchen rechtmäßig (!) durchführen zu können, aber auch für eine beabsichtigte Tertiärisierung der City; vgl. *R. Kastorff-Viehmann* u. a. (s. A 3).

¹⁹ Den für diese Totalität notwendigen spezifischen rassenpolitischen Bezug der NS-Raumplanung stellt jüngst noch her: *D. Münk*, Die Organisation des Raumes im Nationalsozialismus. Eine soziologische Untersuchung ideologisch fundierter Leitbilder in Architektur, Städtebau und Raumplanung des »Dritten Reiches«, Bonn 1993.

²⁰ *E. Konter* (s. A 5), S. 7.

²¹ So im zitierten Beispiel die Nachbarschaft anstelle der an der Parteiformation bemessenen Siedlungszelle.

auch England, ebenfalls Besatzungsmacht, und Schweden, wohin manche deutschen Städtebauer ins Exil gegangen waren, boten Vorbilder für fortschrittliche Planungen.

Im Jahr 1941 zeichnete Walter Moest, ein Mitarbeiter des mit der Planung für Dortmund beauftragten Büros Hermann Jansens, ein auf einem hierarchisch gestuften Raster von nationalen, regionalen und lokalen Straßentrassen basierendes Stadtschema, das »amerikanisch« anmutet und sich zugleich wie der Vorläufer eines Siedlungsschwerpunktes liest, wie sie in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre für das polyzentrisch organisierte Ruhrgebiet erarbeitet wurden: Raumplanung war zwar nach 1945 kurzfristig der Organisation des Alltagslebens nachgeordnet, doch die Konzepte wurden mit dem Zeitpunkt unmittelbar wiederbelebt und wieder aufgegriffen, mit dem sich die Chance oder auch die Notwendigkeit der Umsetzung zeigte. Das gilt für den Wiederaufbau- und Neuordnungsplan für Dortmund aus dem Jahr 1947, in dem sich Ideen aus Planungen des Büros Jansen aus den Jahren zwischen 1938 und 1941 wiederfinden. In erster Linie weil die Probleme gleich geblieben waren. Das gilt für die Raumplanung des Ruhrgebiets nach dem Konzept der Siedlungsschwerpunkte in den späten sechziger Jahren, das Analogien zum Moestschen Schema zeigt, das gilt im übertragenen Sinn auch für die Landesplanung jener Jahre.²²

Die Forschung zur Planung im Nationalsozialismus weist immer noch Lücken auf. Dennoch ist mittlerweile deutlich geworden, daß die in der Phase der Machtergreifung proklamierte Ideologie von »Blut und Boden«, die auf einer dezidierten Großstadtkritik und -feindschaft, auf Dezentralisierung und Reagrarisierung basiert, mit dem Einsetzen der Rüstungspolitik aufgrund der erforderlichen Rationalisierungen und Modernisierungen weitgehend Makulatur geworden war. Das hindert manche Nationalsozialisten nicht daran, dieser Ideologie verwandte Begriffe quasi als Sprachhülsen noch weiter in der Öffentlichkeit zu gebrauchen und als Ideologeme zur Verschleierung der Realität zu nutzen. Mit Kriegsbeginn 1939, dem »Führererlaß zur Vorbereitung des Deutschen Wohnungsbaues nach dem Kriege« vom 15. 11. 1940 und dem Gesetz zum Wiederaufbau der Städte von 1943 zeigte sich ein deutlicher Umschwung hin zur Konzeption neuer Leitbilder, die nun unter Verknüpfung verschiedener Theorien entstehen konnten. Dazu gehörte auch der Einsatz der von Walter Christaller 1933 veröffentlichten »Zentrale-Orte-Theorie«, die jedoch zum Zeitpunkt des Krieges vor allem in der Planung für die eroberten Ostgebiete nützlich war.

²² Wie die Planer nach dem Krieg teilweise wieder in die Kommunen zurückkehrten, so im Falle Dortmunds, so kehrten auch die Konzepte wieder auf die Tische in den Ämtern zurück, denn es handelte sich ja häufig um mit den Verwaltungen koordinierte Pläne, die durchaus auch noch Relikte aus den Weimarer Jahren aufweisen konnten. Es wäre aufschlußreich zu untersuchen, wieweit noch in der Zeit des Nationalsozialismus die DAF, die Deutsche Arbeitsfront um Robert Ley an ihrer Spitze, die für den Wohnungsbau zuständig war, beispielsweise Standortfragen mit den örtlichen Verwaltungen klären mußte, oder der Arbeitsstab des Generalbauinspektors Speer, eine Behörde mit dem Charakter eines Bauministeriums, über die mit den jeweiligen Planungen beauftragten Büros mit städtischen Behörden verhandelte.

Wie professionell Raumplanung in dieser Zeit betrieben wurde, zeigt zudem die Tatsache, daß sowohl eine systematische, flächendeckende Planung im Osten, zur Eliminierung existierender, von den (kurzzeitigen) Siegern aber nicht geduldeter lokaler Identitäten, wie eine stärker differenzierende Planung zur Erhaltung bestehender Identitäten im Westen, beispielsweise im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, parallel zueinander Anwendung fanden.²³ Gleichwohl wurde das Zentrale-Orte-Modell nach dem Krieg, nun als demokratische, weil gleichverteilende Theorie wiederum Planungsgrundlage, beispielsweise für das erwähnte Konzept der Siedlungsschwerpunkte im Ruhrgebiet. Der Anspruch der gleichmäßigen Verteilung hierarchischer Strukturen, sei es von »Strafe« durch die Nationalsozialisten in den Ostgebieten, wie von »Gunst« im demokratischen Nachkriegs-Nordrhein-Westfalen macht die Theorie für unterschiedliche politische Systeme geeignet, den Umgang mit ihr hingegen so kompliziert.

Die »Modernisierung« der Planung riß auch mit der Ausweitung des Krieges nicht ab. Das zeigen beispielsweise verschiedene Entwürfe zur Planungs- und Baugesetzgebung, die in den Jahren zwischen 1939 und 1942/1943 geschrieben wurden, deren Erlaß jedoch erst für die Nachkriegszeit geplant war.²⁴

Der Anschluß, den die Raumplanung im Nationalsozialismus an die Modernisierung fand, läßt sich zudem an der Tatsache illustrieren, daß sich interntionale Strömungen kaum anders darstellen: Die Planungen in England für Groß London (Greater London Plan) von 1944, für Manchester von 1945 oder für Birmingham (»Conurbation«) von 1948, liegen im gleichen Trend nicht politischer, jedoch räumlicher Gestaltungsvorstellungen. Es kann keinesfalls darum gehen, die Arbeit der Planer in Deutschland in jenen Jahren von der Mittäterschaft in einem totalitären System freizusprechen und ihr scheinbares Nichtwissen von den rassenpolitischen Konzepten hinzunehmen, ihnen ihr scheinbares Unbeteiligtsein abzunehmen.²⁵ Es geht vielmehr

²³ Dieser Aspekt der Verwendung unterschiedlicher »Modelle« wird bei Ritschl in ähnlicher Weise für den Wohlstandsaspekt dargestellt: »Der Nationalsozialismus wollte für seine rassisch verstandene Volksgemeinschaft alles zugleich: mehr Raum, mehr Wohlstand, mehr Macht. Ziel seiner Politik war die Errichtung eines kontinentaleuropäischen Imperiums mit Zentraleuropa als industrielles Machtzentrum und Osteuropa als reinem Kolonialraum, dessen Völker bestenfalls ein Helotendasein fristen sollten«, vgl. A. Ritschl (s. A 16), S. 69.

²⁴ 1943 legte die AG Stadtgesundungsfragen der Akademie für Städtebau, Reichs- und Landesplanung den Entwurf eines Sanierungsgesetzes vor, vom März 1942 datiert der Referentenentwurf für ein Deutsches Baugesetzbuch, an dem seit 1939 gearbeitet worden war. Darin ist der Wirtschaftsplan, der im »Gesetz über die Aufschließung von Wohnsiedlungsgebieten« vom 22. September 1933 als vorbereitender städtebaulicher Plan eingeführt wurde, bereits zum Flächennutzungsplan umsigniert. Die Liste wäre fortzusetzen.

²⁵ Um nur einen Aspekt zu nennen: Wie sehr selbst die Neugestaltungsplanung für Berlin mit der Vertreibung der Juden aus der Stadt in Verbindung zu bringen ist, haben J. F. Geist und K. Kürvers in dem soeben für die Ausstellung »Krieg. Zerstörung. Aufbau« erschienen Katalog beschrieben, Berlin 1995, S. 55–118.

darum, herauszustellen, daß die Planung in den vierziger Jahren in Deutschland eine Art der professionellen Perfektion erreicht hatte, die die Fortschreibung in die Nachkriegszeit ermöglichte und durch das Phänomen der personellen Kontinuität noch unterstützt wurde. Der gesellschaftliche Auftrag, der Planung in Demokratien legitimiert, war vor 1945 durch autoritäre, diktatorische Einforderungen erfolgt. »Moderne« Positionen aber konnten sich in den Kriegsjahren auch im diktatorischen Regime des Nationalsozialismus durchsetzen, weil die Rüstungswirtschaft für den »totalen Krieg« auf Modernisierung und Produktivität sowie auf den Entwurf gewisser sozialstaatlicher Maßnahmen angewiesen war.²⁶ In der neuen Bundesrepublik wiederum, nach 1948, wollte man an die internationale Moderne anknüpfen, der sich der nationalsozialistische Staat und dessen Planer zumindest in dessen engstem Insider-Kreis in den Jahren zuvor keineswegs verweigert hatten.

4. Die »Verspätung« der Raumplanung nach 1970

Die Wiederaufbauphase in der Bundesrepublik endete zeitlich dort, wo die Raumplanung ihre komplexesten Systeme realisierte und sie die Städte und das was von ihnen übrig geblieben war, mit gewaltigen »öffentlichen Maßnahmen« im Wohnungs-, Infrastruktur- und Straßenbau überzogen hatte. Auf Landesebene entwickelte die Planung räumliche Verteilungsmuster, die es über ein nationales Raumordnungskonzept zu verknüpfen galt, mit dem Ziel, »ausgeglichene Funktionsräume« zu schaffen. Urbane, auf Nachbarschaftseinheiten zugeschnittene Wohnsiedlungen in den großstädtischen Peripherien durch Dichte zu erzeugen und damit Stadt transferieren und kopieren zu wollen und dem Automobil den ubiquitären Zugang zu ermöglichen, ist der Anspruch, den es zu verwirklichen galt. Dazu bedurfte es nicht nur des Entwurfs und der Fortschreibung eines in sich geschlossenen, auf alle Planungsebenen stimmigen Raumordnungs- und Siedlungsmodells, das zudem mittlerweile theoretisch simulierbar war.²⁷ Zur Realisierung bedurfte es auch des Kapitals. Und das war weitgehend vorhanden – u. a. aufgrund einer mittlerweile florierenden Automobilindustrie. Damit ist die Raumplanung aus heutiger Sicht dem Traum von der totalen Planbarkeit eines auf gesellschaftliche Bedürfnisse hin gerechneten, gerecht verteilten und (damit)

²⁶ T. Harlander nennt letzteres angemessen »die terroristische Form der Modernisierung gesellschaftlicher Verhältnisse«. Vgl. T. Harlander, Modernisierung und Fortschritt. Anmerkungen zur Diskussion um Kontinuität und Bruch nach 1945, in: F. Lüken-Isberner (Hrsg.), Stadt und Raum 1933–1949. Beiträge zur planungs- und stadtbaugeschichtlichen Forschung II, Kassel 1991, S. 259.

²⁷ Der Gebietsentwicklungsplan 1966 für das Ruhrgebiet mit der Konzeption der Siedlungsschwerpunkte basiert auf einem hochdifferenzierten Modell, in dem die einzelnen Verkehrsarten und -aktivitäten auf der Basis einer gleichfalls EDV-erstellten Bevölkerungsprognose simuliert und der Bedarf entsprechend hochgerechnet worden war; vgl. P. Mäcke / D. Hölksen, Siedlungsschwerpunkte im Ruhrgebiet, Essen 1970.

geordneten Raumes im demokratischen Staat auf der Basis der Annahme der technischen Machbarkeit erlegen.

Die allmähliche Abkehr von den Wiederaufbaujahren und den sie leitenden Zielvorstellungen wurde, vereinfacht man die weitere Entwicklung, mit der Montankrise Mitte der sechziger und der sie verstärkenden Ölkrise zu Beginn der siebziger Jahre eingeläutet. Sie vollzieht sich nahezu zeitgleich mit der gesellschaftlichen und politischen Krise von 1968, deren eine Ursache die bis dahin weitgehend unreflektierte und damit unbewältigte nationalsozialistische Vergangenheit war. Das führt dazu, daß die Rolle der Wissenschaft zu Zeiten des Nationalsozialismus nun in den geisteswissenschaftlichen Fächern, aber auch in Architektur und Stadtplanung endlich thematisiert wird – nicht übrigens in der ihren Bezug zum physischen Städtebau verleugnenden Raumplanung. Es ist jedoch die Zeit, in der eine nachrückende Generation die Interdisziplinarität der Disziplin neu entdeckt und beginnt, neue Planungsmethoden und -ansätze zu diskutieren. Die Raumplanung sieht sich nun im Rahmen emanzipatorischer gesellschaftlicher Veränderungen veranlaßt, verstärkt bürgerorientiert zu arbeiten, d. h. sich von ihrem »totalitären« Duktus vorsichtig zu distanzieren, sich neuen Ansprüchen zu öffnen. Es ist wiederum der Zeitpunkt, zu dem die Stadt des 19. Jahrhunderts erstmals in ihren räumlichen, gestalterischen und sozialen Qualitäten erkannt und gesehen und die Großstadtfeindlichkeit samt ihren ideologischen Wurzeln stark kritisiert wird. Die Planung entwickelt in der Folge als Alternative zur Flächen-sanierung sogenannte »behutsame« Verfahren des Stadtumbaus und der Stadterneuerung. Die Liste der Felder der Neuorientierung ließe sich fortsetzen, allerdings nicht ohne auf die Nachfrage nach der Ökologie in der Planung, die nun aufbricht, einzugehen. Die öffentliche Erkenntnis über die Endlichkeit der natürlichen Ressourcen – vom Naturraum bis zu den fossilen Brennstoffen – einerseits und die Frage der Entsorgung der Nachlässe einer im Niedergang begriffenen Industrie andererseits zwingen zum Nachdenken über die Haltung gegenüber Wachstumsmodellen und deren raumordnerischer und raumplanerischer Behandlung.

Noch nicht genannt sind hier die Auswirkungen der neuen Technologien einer wachsenden Informations- und Kommunikationsindustrie, die die bis dahin etablierten Industriezweige in zunehmendem Maße zum Umbau ihrer Produktion zwingt, sie gar schwächt oder zum kollabieren bringt, die Struktur der nationalen und internationalen Märkte verändert, neue Gesellschafts- und Lebensstile erzeugt, neue soziale Gruppen definiert, neue Raummuster nachfragt. Die Planer sind damit aufgefordert, die Deindustrialisierung im Postfordismus fachbezogen zur Kenntnis zu nehmen und entsprechend ihr theoretisches Bild von Planung und das zugehörige Berufsbild zu korrigieren.

Als in den sechziger Jahren das Menetekel der Bildungskatastrophe von Georg Picht beschrieben wurde, haben sich insbesondere die sozialdemokratisch regierten Länder der Bundesrepublik, darunter auch Nordrhein-Westfalen, bemüht, durch den

Ausbau des Schul- und Bildungssystems und die Gründung neuer Hochschulen dem offengelegten Notstand zu begegnen. Im Rahmen dieser offensiven Bildungsstrategie wurde an der Universität Dortmund erstmals eine eigene Abteilung (heute Fakultät) gegründet, die die Disziplin Raumplanung als Vollstudiengang unter Zusammenführung von Fächern ingenieurtechnischer wie geistes- und gesellschaftswissenschaftlicher Provenienz, eben einen »interdisziplinären« Studiengang, konstituierte. Ähnlich wurde, wenngleich in bescheidenerem Maßstab, in Berlin, Oldenburg und Kaiserslautern oder etwas später in Hamburg verfahren. Man hat damit auf der Basis der Erfahrungen der zurückliegenden Jahre und Jahrzehnte auf die komplexen Anforderungen an die Planung als interdisziplinäres jedoch, wie es auch zu bezeichnen ist, geschlossenes System reagiert. Den sich anbahnenden Wandel in Technik, Ökonomie und Gesellschaft wahrzunehmen, der sich Ende der sechziger Jahre andeutete, und sich auf seine Folgen einzustellen, war dennoch mühsam, ebenso, sich den Verlust an Einfluß auf die Ordnung des Raumes über ein komplexes Planungssystem einzugestehen. Die strukturelle Übernahme einer nur politisch entnazifizierten »Moderne« aus dem »Dritten Reich« in die bundesrepublikanische Nachkriegszeit, die es erlaubte, die inhaltliche Auseinandersetzung mit dieser Vergangenheit zu unterlassen, hat es ermöglicht, daß »fordistische« Systeme – auch der Planungstheorie – fortgeschrieben werden konnten. An ihnen festzuhalten hat bis weit in die siebziger Jahre²⁸ zu einer gewissen Verspätung gegenüber neuen Entwicklungen auch in der Raumplanung geführt. Um so schwerer hat es die Disziplin nun, sich auf ein neues professionelles Profil einzulassen, obgleich die gegenwärtigen Veränderungen in Technik, Ökonomie, Ökologie und Gesellschaft in der lokalen bis internationalen Raumentwicklung und die hier erneut entstehenden Konflikte keinen Zweifel daran lassen, daß kompetente Steuerung durch intelligente Vermittlung ein dringendes Desiderat ist.

²⁸ Wie sich diese »Verspätung« niederschlägt, weiß man beispielsweise aus der Wirtschaftsentwicklung des Ruhrgebiets nach 1945, die gerade nach Kriegszerstörung und anschließender Demontage – und dies im Konsens mit der damaligen Planungspolitik des Siedlungsverbandes Ruhrkohlenbezirk – auf der Rekonstruktion des Montansektors aufbaute und zwar maschinell aber nicht unbedingt konzeptionell »modernisierte«, was dann zur heftigen Krise in den siebziger Jahren führte. Der schließlich forcierte Ausbau der Region als Hochschulstandort allerdings stellt inzwischen aufgrund der Forschungs- und Entwicklungsmöglichkeiten ein gewisses Korrektiv dar.

Dirk Schubert

Stadterneuerungsmaßnahmen als janusköpfige Form von Modernisierung

*Entwicklungslinien und Paradigmenwechsel am Beispiel Londons und Hamburgs**

1. Zur Janusköpfigkeit nachholender Modernisierungen – 2. Eine Entdeckung und viele neue Probleme – 3. Problemverschiebungen, Reformen und Lösungsansätze – 4. Die Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigkeiten

Armut im Reichtum und ihre stadträumliche Widerspiegelung in Form von »Problem-« und Sanierungsgebieten sind keine neuen Erscheinungen, sondern Phänomene, die bereits seit Beginn des 19. Jahrhunderts registriert wurden. Lebten im 19. Jahrhundert in den Slums die sogenannten »gefährlichen Klassen«, so sind es heute eher die nach rechts driftenden Modernisierungsverlierer in den sozialen Brennpunktgebieten, die sozialräumliche Polarisierungen und ein bedrohliches Schwinden von Solidarität signalisieren. Im 19. Jahrhundert wurden von den »Elendsvierteln« ausgehende Krankheiten, Seuchen, Aufstände und gar Revolutionen befürchtet. Über ein Jahrhundert später manifestieren sich stadträumliche Ausgrenzungen in Form von Armut, Resignation, Wut und Vandalismus in »vernachlässigten Gebieten«.

1. Zur Janusköpfigkeit nachholender Modernisierungen

Vor allem Planer waren und sind es – die »unerbittlichen Modernisten«, wie Richard Sennett sie genannt hat –, die jeweils (noch) vorhandene Ungleichzeitigkeiten nivellieren, prämoderne und traditionelle Restbestände eibebnen und sie baulich-räumlich und sozial-räumlich den jeweils aktuellen Anforderungen anpassen wollen. Stadterneuerungsmaßnahmen gehen so interpretiert einher mit einem indirekten und vermittelten Zwang oder Druck zur Modernisierung von Stadtstrukturen und Lebensverhältnissen. Denn jede Modernisierung städtischer Milieus verändert auch Zusammenhänge in der Stadt, die bestehenden Verhältnisse und Beziehungen, sie droht Gegensätze zu verschärfen und beschwört Polarisierungen.

* Dem folgenden Text liegt die geringfügig veränderte Fassung eines 1994 an der Technischen Universität Hamburg-Harburg gehaltenen Habilitationsvortrages zugrunde. Auf Zitate und Belege wurde verzichtet, um den Vortragscharakter beizubehalten. Die Habilitationsschrift mit dem Titel: »Stadterneuerung in Hamburg und London. Eine Stadtbaugeschichte zwischen Modernisierung und Disziplinierung«, TU Hamburg-Harburg 1994, umfaßt weitergespannt den Zeitraum bis zur Phase des Wiederaufbaus nach dem Zweiten Weltkrieg und wird demnächst veröffentlicht werden.

Stadterneuerung als Form nachholender Modernisierung zielt neben baulich-räumlichen Maßnahmen häufig auch explizit oder implizit auf Verhaltensänderungen oder Konditionierung von betroffenen Bewohnergruppen ab, indem Verhaltensweisen wie z. B. gesundes Wohnen durch Formen wiederkehrender Sanktionen eingeübt werden sollen. Diese Konditionierung steht vielfach in engem Zusammenhang mit Sozialdisziplinierung, die ein weiteres Element nachholender Modernisierung darstellt. Indem sich Disziplinierung verallgemeinert, tritt gleichzeitig ihre offen repressive Seite zurück, sie wird verwissenschaftlicht und internalisiert. Max Weber hat in diesem Zusammenhang Disziplinierung als Versachlichung von Herrschaftsformen bezeichnet. Die über Stadterneuerungsmaßnahmen initiierten baulich-räumlichen und sozial-räumlichen Modernisierungsprozesse gehen meist nicht von den Betroffenen aus, sondern von anderen hegemonialen gesellschaftlichen Gruppierungen. Obwohl häufig mit Stadtumbaumaßnahmen auch ein sozialreformerischer Impetus verbunden ist, reagieren die Betroffenen auf den zwanghaft-fremdbestimmten Prozeß der Modernisierung mit passiven Verhalten oder gar mit Widerstand.

Die jeweiligen Problemperezeptionen, Bewertungen und Verarbeitungen von (groß-)städtischen Erscheinungen, lassen sich besonders gut am Exempel des Umgangs mit den schlechtesten Wohnquartieren und Elendsvierteln dokumentieren. Die spezifische Art und Weise dieses Umgangs bezog sich immer auf mehrere Dimensionen: in sozialer Beziehung auf Merkmale der Bewohner, in baulicher Hinsicht auf Kriterien und Zustände von Gebäuden, räumlich auf Stadtquartiere, sowie in ordnungspolitischer Hinsicht häufig auf die Notwendigkeit den jeweiligen Zustand durch (private und/oder öffentliche) Maßnahmen zu verändern. Die Janusköpfigkeit der in diesem Kontext vorgenommenen nachholenden Modernisierungen ist am Beispiel der Stadterneuerung besonders klar aufzuzeigen. Im folgenden soll dies anhand exemplarischer Fallstudien erfolgen, zeitlich bezogen auf die Phase bis zum Ersten Weltkrieg, weil, so die These, bis dahin bereits in Grundzügen die heute noch üblichen Verfahren und Instrumente entwickelt waren und räumlich konzentriert auf London und Hamburg, da diese beiden Städte Vorreiterrollen in beiden Ländern einnahmen.

Die dabei intendierte Vernetzung von modernisierungstheoretischen Ansätzen, wie sie vor allem Max Weber und Norbert Elias formuliert haben, mit dem Gegenstandsbereich Stadterneuerung und historischen, empirisch-statistischen Befunden impliziert notwendigerweise einen interdisziplinären Ansatz. Weder die stadtsoziologische, noch die architektur- und stadtbaugeschichtliche und die planungstheoretische Forschung haben bisher diesen – meiner Meinung nach – produktiven Diskurs von Untersuchungen städtischer Umstrukturierungsprozesse aufgenommen.

Die Architektur-, Kunst-, Bau-, und Stadtbaugeschichtsforschung hat sich bisher vorwiegend mit den jeweiligen Spielarten des Modernen Bauens in Form von Stadterweiterungen beschäftigt. Verkürzt wurde dabei oft Neues Bauen auf Erscheinungsformen und Formensprachen reduziert und der Bezug zu gesellschaftlichen Modernisie-

rungsprozessen negiert oder zumindest vernachlässigt. Was nicht als modern galt, war nicht untersuchenswert. Wer als progressiv eingestuft werden wollte, suchte seine identitätsstiftenden Wurzeln in der Moderne. Wer wollte schon als unmodern bewertet werden und seine Legitimation aus Rückständigkeit und Tradition beziehen? Dieser an architektonischen Formensprachen orientierte Diskussionsstrang läßt sich auch stadträumlich verorten. Die Moderne manifestierte sich baulich an der Peripherie, Stadterweiterungen und neue Wohnsiedlungen bildeten den Fokus, auf den hin sich die Analysen konzentrierten. Hier soll nun der umgekehrte Weg gegangen werden: Nicht die vom Bezugspunkt der Moderne abgeleitete Notwendigkeit der nachholenden Modernisierung, sondern die partiell positiven Aspekte von Rückständigkeit und die Janusköpfigkeit von Modernisierung durch Stadterneuerungsmaßnahmen sollen den argumentativen Ausgangspunkt bilden.

2. Eine Entdeckung und viele neue Probleme

Die räumlich geballte Manifestation von Wohnungsproblemen war weder in London noch in Hamburg eine qualitativ neue Erscheinung des 19. Jahrhunderts. Seit Entstehung des Städtewesens hatte es vor allem in den jeweils größten Städten immer Quartiere gegeben, die nach den jeweiligen Standardvorstellungen als unzureichend eingestuft wurden. Neu war der Umfang und die Konzentration von Armut im Gefolge des Industrialisierungsprozesses, sowie eine veränderte Perzeption dieses Phänomens.

Die Urbanisierung war ein Prozeß, der ab dem 19. Jahrhundert die Raumstruktur vollkommen veränderte und besonders in den rasch wachsenden Großstädten neue komplexe Probleme zeitigte. In der Verstädterung materialisierte sich die Gesamttenenz eines Zeitalters, weswegen der Begriff häufig synonym mit Modernität Verwendung findet. Die Phase des intensivsten Stadtwachstums lag dabei in England zwischen 1820 und 1830, in Deutschland erst etwa 50 Jahre später zwischen 1871 und 1900. Mit dem quantitativen Prozeß der räumlichen Verdichtung der Bevölkerung war auch ein qualitativer Aspekt der Urbanisierung verbunden, der sich zunehmend in von den Städten aus dominierten Lebensstilen niederschlug. Der Akkulturationsprozeß der ländlichen Bevölkerung im Schmelztiegel der Städte verlief nicht konfliktfrei und reproduzierte Ungleichzeitigkeiten. Aber die sozio-kulturelle Verfassung, Einstellung, Lebens- und Verhaltensweisen und Disziplinierungsformen wirkten zunehmend von den Städten aus auf die gesamte Gesellschaft.

Die »Wohnungsfrage« als Begleiterscheinung des Urbanisierungsprozesses wurde von zeitgenössischen Beobachtern vor allem an der Zusammenballung der »gefährlichen Klassen«, der Häufung und räumlichen Konzentration von Wohnungsnot und Wohnungselend an den Standorten der untersten Schichten festgemacht. Diese »Pesthöhlen«, »Schandflecken«, wie sie in Deutschland und »Rookeries« und »Slums«,

wie sie in England bezeichnet wurden, bildeten ein neues Phänomen und eine Herausforderung besonderer Art.

Umstritten war ab Mitte des Jahrhunderts nicht mehr die Tatsache der Armut und Wohnungsnot, sondern die Frage, ob und mit welchen Mitteln gegen diese Mißstände vorgegangen werden konnte. Dabei war die Meinung sehr verbreitet, Armut stamme vom Mangel an Moral bei den Armen, sei also selbstverschuldet. »The pig made the sty, not the sty the pig«, so wurde der Zusammenhang zwischen Slum und Slumbewohner auf die knappste Formel gebracht und so mußte der Slumbewohner als der moralisch verwerfliche Bodensatz einer Gesellschaft erscheinen, die jedem die gleichen Chancen bot.

Werner Sombart beschrieb später diese »vollendete Irrationalität der Lebensauffassung und Lebensführung«, und die Versuche der Einübung der nun geforderten »Rationalität«, der »Regelmäßigkeit« und des »Pflichtbewußtseins« nahmen ihren Ausgang über Disziplinierungen in der Arbeitswelt, dem Reproduktionssektor kam eher eine allerdings wichtige komplementäre Funktion zu. Von der Kaserne, dem Modellgefängnis und der Modellfabrik abgeleitet wurden neue Typologien des Massenwohnungsbaus entwickelt, die, so Georges Teyssot, die »Domestizierung des Lohnarbeiters« intendierten. Betrachteten die Architekten die Bauaufgabe des Arbeiterwohnungsbaus zunächst für ihren Berufsstand als unwürdig, so gab es ab Mitte des Jahrhunderts unzählige Vorschläge für Modellwohnungen und baulich-architektonische Lösungen der Wohnungsfrage. Individuelle Freiheiten wurden ins Wohnungsinhere verlagert, aber der befriedete Privatraum sah komplementär Kontroll- und Überwachungsmöglichkeiten im halb-öffentlichen Bereich vor.

London war zu Beginn des 19. Jahrhunderts nicht nur die größte Stadt der Welt und tonangebend für Geschmack, Meinungen und politische Tendenzen, sondern auch die Metropole der Slums.

»Alles ist hier kolossal«, so beschrieb Karl Friedrich Schinkel 1826 London und dreißig Jahre später sprach der deutsche Beobachter Victor Aimé Huber vom »riesenmäßigen Stadtungeheuer an der Themse«. Aber nicht London, sondern Manchester war die »Shock city« der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, und das Gebaren des dortigen Unternehmertums sollte im deutschen Begriff des Manchestertums seinen Ausdruck finden.

Zunehmend richtete sich die Optik auf London, die damals größte Stadt der Welt, die Stadt der Superlative, wo sich Arm und Reich, die neuen gesellschaftlichen Klassen erstmals scheinbar unversöhnlich gegenüberstanden. Die bewußtseinsmäßige Verarbeitung der Phänomene des Stadtwachstums war geprägt von einer mehrdeutigen Mischung aus Furcht und Neugier, Hoffnung und Stolz, Ablehnung und Haß. Der bedeutende Schriftsteller und Staatsmann Disreali umschrieb diese Polarisierung mit »two nations«. Friedrich Engels 1845 formulierte, »er kenne nichts Imponanteres als den Anblick Londons von der Themse«, während in der

Zeitschrift für praktische Baukunst ein Jahr später »grauenvolle Gefahren in London« beschworen wurden.

War Manchester die »shock-City« in der ersten Hälfte des 19. Jhs., so blieb die Cholera die »shock disease« des ganzen Jahrhunderts. Verunsicherung, Panik und Aufstände waren Folgen von Krankheiten, deren Ursachen unbekannt waren und gegen die es auch für bürgerliche Kreise scheinbar keine Schutzmöglichkeiten gab.

Ab Mitte des 19. Jahrhunderts wurden die Slums in England als Problem identifiziert. Die andersartige Lebens- und Wohnwelt der Unterschichten erregte bei bürgerlichen und fachlichen Eliten zunächst eine Mischung aus Abscheu, Ekel und Faszination. Edwin Chadwicks 1842 herausgegebener »Report on the sanitary Conditions of the Labouring Classes« wurde zu einem Bestseller. Den Ausgangspunkt der Armut und die Orte des Elends konnte man förmlich riechen, es war der Gestank der den zufälligen Besuchern derartiger Quartiere und Wohnstätten auffiel. Die bürgerliche Öffentlichkeit machte sich die modernen Techniken zunutze. Sie suchte und registrierte in den Elendwohnungen Schmutz, moralische Verwerflichkeit, Trunksucht und ziel- und zügelloses Treiben und identifizierte ihre Ideale mit den Gegenpolen Sauberkeit, Reinlichkeit und Ordnung. Weniger aber die für bürgerliche Beobachter häufig unsichtbaren erbärmlichen Wohnverhältnisse bestimmten die Wahrnehmung, sondern auffälliges Verhalten der Bewohner, wie etwa bei der von Friedrich Engels beschriebenen St. Giles Rookery, wo angeblich Trunksucht das Leben bestimmte und Schweine neben nackten Frauen in einem chaotischen Durcheinander gesichtet wurden.

Schmutz galt als unmoralisch, Sauberkeit als moralisch und gab damit philosophisch oder statistisch untermauert den Hintergrund für hygienische Verbesserungsmaßnahmen ab. Die Initiativen zur Verbesserung der öffentlichen Gesundheitsverhältnisse gingen dabei einher mit einem Modernisierungs- und Rationalisierungsschub, da Gesundheit und Umwelt als beeinflussbar, planbar und steuerbar interpretiert wurden. »As the homes so the people« schrieb 1866 James Hole und brachte die Meinungen auf den Punkt. Neben einer Fülle von journalistischen Beschreibungen des Wohnungselends gab es bald auch erste tastende Versuche und Lösungsstrategien. Alle Konzepte zur Beseitigung der Slums verbanden Zuckerbrot und Peitsche – unterschiedlich akzentuiert – didaktische Aspekte mit sozialreformerisch-philanthropischen und repressiv-disziplinierenden Elementen. Auf der baulich-räumlichen Ebene setzte man auf zwei Ebenen an:

1. Durch Modell-Wohnungen und Modell-Häuser wurden Lösungen und realistische Alternativen für preisgünstige, gesunde Wohnungen aufgezeigt. Henry Roberts, damals der Stararchitekt des Arbeiterwohnungsbaus, seine Ideen und die bauliche Ausgestaltung mit horizontal und vertikal addierbaren Grundrißtypologien, wurden auch in deutschen Fachzeitschriften publiziert und vor allem der didaktische Aspekt dabei betont.
2. Philanthropische Baugesellschaften, wie der Peabody Trust, errichteten größere, ka-

sernenähnliche Mietwohnblocks, deren Bewohner über eine selektive Belegungspolitik ermittelt wurden und bei denen präventiv, baulich-räumlich, Überwachungsmöglichkeiten vorgesehen wurden.

Auf der sozialräumlichen Ebene setzten dagegen Reformer wie Octavia Hill und ihre »Lady Collectors« an, die Slumbewohner umzuerziehen suchten. In einer Mischung aus Sozialarbeit und Geschäftstüchtigkeit kombinierten sie Zuckerbrot und Peitsche. Couragierte Damen aus den Mittelschichten meinten auf dem diesem Wege die Haushaltsführung der Unterschichten beeinflussen und »schöner Wohnen« vermitteln zu können.

Die Fokussierung der Wohnungsreformer auf die Slums wurde von Modernisierungsprozessen auf drei unterschiedlichen Ebenen überlagert, die in London eine Zerteilung und Zerstückelung der Elendsviertel forcierten, die aber als Synergieeffekt die Verknappung zentral gelegener, mietpreisgünstiger Wohnungen beförderten.

- a) Die Expansion des Handels machte die Ausdehnung des Hafens und den Bau der Docks – der künstlich angelegten, durch Schleusen zugänglichen und mit Mauern geschützten, abgeschlossenen Hafenbecken –, die durch den starken Tidenhub der Themse erforderlich waren, notwendig. Ganze Wohnviertel mußten für diesen Zweck niedrigerissen werden.
- b) Die privaten Eisenbahngesellschaften legten ihre Trassen bevorzugt durch die Slums und Wohngebiete der Armen, da hier die Grundstücke kostengünstiger zu erwerben waren. Durch den Eisenbahnboom wurden allein zwischen 1859 und 1867 über 40 000 Personen obdachlos. 16 Kopfbahnhöfe der privaten miteinander konkurrierenden Eisenbahngesellschaften entstanden um die City. Aber – so argumentierten die Eisenbahngesellschaften und auch viele Wohnungsreformer – die Zerschneidung der Elendsviertel wäre positiv zu bewerten. Der Nachteil der Vernichtung mietpreisgünstiger Wohnungsbestände würde überkompensiert durch die neuen Bahnlinien, die Möglichkeiten der Slumverlegung und Dezentralisierung eröffnen würden.
- c) Schließlich waren aber auch die Straßendurchbrüche und Straßenverbreiterungen ein Instrument der Slumsanierung. Diese schienen ein probates Mittel, die Armut durch baulich-räumliche Maßnahmen zu eliminieren, denn für die bürgerlichen Beobachter lösten sich die Slumbewohner scheinbar »in Luft auf«. Real mußten hinter den neuen Straßen und teureren Wohnungen die Bewohner der Elendsviertel zusammendrücken, um weiter in der Nähe ihrer Arbeitsstätten eine Wohngelegenheit zu behalten.

Dieser hier nur knapp skizzierte Hintergrund von Unsicherheiten, Angst und unzureichendem Wissen prägte auch die ersten tastenden Versuche der Wohnungspolitik, mit denen vor allem Kontroll- und Überwachungsformen eingeführt wurden. Mit dem Shaftesbury Act 1851, dem Torrens Act 1868 und dem Cross Act 1875 war es möglich, Häuser und Wohnungen bezüglich ihres Zustandes und ihrer Belegung zu kon-

trollieren, sie zu schließen und sie schließlich auch abreißen zu lassen. In diesem Kontext wurden auch die ersten Erfahrungen mit den später üblichen flächenhaften Sanierungen gesammelt.

Das Ziel derartiger Slumsanierungsmaßnahmen, die »gefährlichen Klassen unsichtbar zu machen«, sie »verschwinden zu lassen« läßt sich am Beispiel des ersten, 1875 begonnen Sanierungsvorhaben der Metropolitan Board of Works an der Flower and Dean Street illustrieren. Unmittelbar angrenzend an die City befand sich, so der Autor James Greenwood, die »gefährlichste Straße Londons«. Straßenkriminalität, Gangs und Prostitution waren verbreitete Erscheinungen und der Polizei war eine Kontrolle des Gassengewirrs unmöglich. Hier lag das jüdische Ghetto in London, eine »der un-englischsten Gegenden in Großbritannien«, wie ein Zeitgenosse damals vermerkte. Nach dem Abriß wurde die Neubebauung vor allem durch philanthropische Baugesellschaften vorgenommen. Sie wählten nur »ordentliche« Mieter aus und die Wohnungsverwalter, die angepaßtes Verhalten überwachten und die Wohnungen kontrollierten, hatten meistens eine militärische oder polizeiliche Qualifikation. Das Ziel dieser Sanierungsmaßnahmen war weniger Wohnungsreform, sondern vielmehr wurde als Antwort auf die Herausforderungen der »gefährlichen Klassen« ein qualitativer Bevölkerungsaustausch in den Slums durchgesetzt, der komplementär Kontroll- und Disziplinierungsmaßnahmen zur Absicherung der bürgerlichen Lebenswelten vorsah.

In Hamburg, der »englischsten Stadt des Kontinents« konnte man von dem englischen know-how profitieren. »Nirgends ist mehr über die Zukunft zu erfahren, als in der größten Stadt der Welt, wo Concurrenz und Capitalsmacht am längsten gewirtschaftet haben« schrieb Julius Faucher. So bediente man sich beim Wiederaufbau nach dem Großen Brand 1842 englischer Experten wie William Lindley. Der Brand bildete – ähnlich wie das Große Feuer in London 1666 – eine Katastrophe und Zäsur in der Stadtentwicklung, zugleich aber auch eine einmalige Chance für eine grundlegende »Sanierung« und Modernisierung der Stadtstruktur, die auch zum Bau der damals modernsten Kanalisation in Europa genutzt wurde. Aber Kritiker, wie der Architekt Carl Friedrich Reichardt protestierten gegen die »Interessen der Anglomanie«, gegen die »einseitige Überschätzung alles Englischen«, und Lindley, der seinen Plan auch mit dem Argument der besseren »Kontrolle der gefährlichen Klassen« begründete, verließ Hamburg enttäuscht.

Der Große Brand ermöglichte die Umsetzung der in London noch im Stadium der Erprobung befindlichen neuesten hygienisch-sanitären Errungenschaften, wie des Schwemmklosetts, der Druckwasserversorgung und der Schwemmkanalisation. Hohe Kosten und Kurzsichtigkeit von Haus- und Grundeigentümern waren es, die vor »englischen Zuständen« warnten und derartige Innovationen als »sinnlosen Luxus« betrachteten. Ein Versäumnis, daß sich 50 Jahre später bitter rächen sollte. Mit dem Großen Brand und der damit verbundenen Vernichtung von Wohnraum hatte

sich die Wohnungsfrage verschärft. Neben Victor Aime Huber war es vor allem der Hamburger Theologe und Begründer der Inneren Mission Heinrich Wichern, der das Elend der Londoner Wohnverhältnisse beschrieb, die dortigen Lösungsansätze skizzierte und nach neuen Wohnmodellen für Hamburg suchte. Wichern sah einen »Strudel sittlichen Verderbens« in den Hamburger Armenwohnquartieren und suchte vom Gefängnisbau Elemente auf den Wohnungsbau zu übertragen, wobei Kontroll- und Überwachungsformen weniger sichtbar und subtiler angelegt werden sollten.

Aber während man in London schon Modellwohnungen baute und erprobte, wurde in Deutschland noch ideologisch polemisiert und theoretisiert. Eine zunehmende Brisanz erhielt die Wohnungsfrage in Hamburg – ähnlich wie in London – durch die wachsende Zahl der unregelmäßig im Hafen Beschäftigten, die in der Nähe ihrer Arbeitsstätten wohnen mußten. Sie waren der Anlaß, daß sich in Hamburg verstärkt Reeder und Kaufleute in der Wohnungsfrage engagierten und die »Herstellung von gesunden Wohnungen in thunlichster Nähe der Arbeitsquartiere« einforderten.

War der Stadtumbau nach dem Brand durch die Katastrophe erzwungen, erfolgte der Bau der Speicherstadt ab 1883 freiwillig. Hamburgs Zollanschluß an das Deutsche Reich, die Ausdehnung des Handels und die Erfordernis von Hafenerweiterungen und Speicherbauten erforderten die Einrichtung eines Freihafenbezirkes. Hamburger Experten sahen sich in London und anderen Hafenstädten um, um zur modernsten und zweckmäßigsten Lösung zu gelangen. Während der Bau der Docks in London durch private Investoren erfolgte, wurde der Bau der Speicherstadt – der den Abriß von Wohnungen von 20 000 Menschen auf der Wandrahmsinsel erforderte – planmäßig unter staatlicher Regie durchgeführt. Die Stadtumbaumaßnahme implizierte technologische Innovationen für den Hafenbetrieb und stadtstrukturell einen weiteren Modernisierungsschub. Die bis dahin beispiellose Umgestaltung eines bewohnten Stadtquartiers und der skrupellose Umgang mit teilweise historisch wertvoller Bausubstanz ließen Alfred Lichtwark später von der »Freien und Abrißstadt« Hamburg sprechen. Oberingenieur Andreas Meyer, der für die Abwicklung des Vorhabens mit komplizierten logistischen Problemen verantwortlich war, betonte dagegen, daß sich mit dieser Maßnahme in Hamburg ein Schritt der »City-Bildung« abzeichne, wie er in London schon lange zu beobachten sei.

Ziehen wir eine Zwischenbilanz, so wurde ab dem letzten Viertel des 19. Jahrhunderts in England und Deutschland die Lösung der Wohnungsfrage und die Beseitigung der Elendsflecken als ein weiterer kommunaler Aufgabenbereich gewertet, der vor allem mit der öffentlichen Gesundheitspflege angegangen werden sollte. Diese bestand – mit graduellen Unterschieden – aus einem widersprüchlichen Zusammenhang von positiv-innovativen Elementen, die im Bereich der wissenschaftlichen Methodik und Erkenntnis angesiedelt waren und aus repressiven Elementen der Volksgesundheit als Beherrschungsinstrument mit sozialdarwinistischen Kategorien von Gesundheit und Entartung.

War es mit der unterirdischen Kanalisation gelungen, Gestank und Schmutz »unsichtbar« zu machen, so schienen sich mit den Durchbruchsanierungen analog die Bewohner der Elendsviertel »in Luft aufzulösen«. Die Anlage der Wexstraße in Hamburg, die durch ein angeblich »verrufenes Labyrinth« geschlagen wurde, wurde damals als »Ventilierung von Sodom und Gomorrha« gefeiert. Die Strategie derartiger »Aderlässe« und der »Korridorstraßen« bildete eine Vorstufe der folgenden flächenhaften Sanierungen, die sich dann als ein weiteres Handlungsfeld herauskristallisierten. Mit dieser Form des Brescheschlagens, der »Methode Haussmann«, wie Friedrich Engels sie nach dem Pariser Präfekten und seinen Stadtumbaumaßnahmen bezeichnet hatte, konnten die Verkehrsverhältnisse verbessert werden, gleichzeitig Kontrolle und Überschaubarkeit der »schlimmsten Viertel« und der »gefährlichen Klassen« verbessert werden.

Bis zum letzten Viertel des 19. Jahrhunderts schienen also fast alle komplexen Probleme der Urbanisierung bewältigbar: Infrastrukturelle Lösungen und die Einführung neuer Massenverkehrsmittel hatten die wachsende Ausdehnung der Städte ermöglicht. Institutionelle Lösungen hatten Ineffizienz, Dilletantismus, Korruption, ehrenamtliche Strukturen, halböffentliche oder freiwillige Körperschaften, ungeklärte Zuständigkeiten und Dopplungen bei Aufgabenverteilungen abgelöst und wurden durch Professionalisierung und kommunale Leistungsverwaltung ersetzt. Ingenieurtechnische Lösungen wie das Wasserklosett und die Schwemmkanalisation hatten sich durchgesetzt, und die Bewältigung der Abwasserfrage hatte die Beherrschbarkeit der Natur durch die Technik eindrucksvoll belegt. Überlagert wurden diese Innovationen von einem veränderten hoheitlichem Aufgabenverständnis, einer Parallelentwicklung von zunehmender Staatsintervention und Munizipalsozialismus. »Nur« zwei Problemkomplexe verblieben:

1. Das Form- und Strukturproblem der industriellen Großstadt war noch ungelöst. Das Stadtwachstum, so die reformerischen Intentionen, sollte gelenkt und geordnet werden, der Wildwuchs von Stadterweiterungen und Stadtbau eingedämmt und private und öffentliche Bauaufgaben planmäßig unter gesamtstädtischen Entwicklungszielen subsummiert werden. Was technisch machbar war – »Stadt-Erweiterungen in technischer, baupolizeilicher und wirtschaftlicher Beziehung« – so der Titel von Reinhold Baumeisters Lehrbuch 1876 sollte nun aber auch höheren ästhetischen Ansprüchen genügen – »Städtebau nach seinen künstlerischen Gesichtspunkten« – so der Titel von Camillo Sittes Buch 1889. Der Städtebau speiste sich zunächst aus Erkenntnissen der wissenschaftlichen Hygiene, der Technik, Ingenieurwissenschaften, Ökonomie und Geisteswissenschaften und konstituierte sich dann als eigenständige wissenschaftliche Disziplin durch Paradigmen und mit Lehrbüchern, Kongressen und Fachzeitschriften auch als Lehrgebiet an Hochschulen.
2. Die Lösung der »Sozialen Frage« stand noch aus, die sich vor allem an der vielbeschriebenen »Wohnungsfrage« und der »Beseitigung der Elendsviertel« fest-

machte. Die Kontroverse um die Ursachen der Wohnungsnot und der Entstehung von Elendsvierteln bezog sich auf weitgehend monokausale Erklärungszusammenhänge, die je nach Interessenlage, fachlicher Orientierung und politischer Coleur die Wohnungsfrage als Bodenfrage, als Bauordnungsfrage, als Finanzierungsfrage, als Baukostenfrage oder als Frage der Stadtplanung einschätzten. »Theoretisch sei die Wohnungsfrage schon lange gemeistert«, schrieb der Wohnungsreformer Carl J. Fuchs 1904, »auf dem Papier seien schon viele musterhafte billige Wohnungen« gebaut worden, nur mit der praktischen Umsetzung hapere es noch.

3. Problemverschiebungen, Reformen und Lösungsansätze

Das Phänomen des Wachstums der Großstädte hatte sich bis gegen Ende des Jahrhunderts als permanent und unumkehrbar erwiesen. Bis zum letzten Viertel des 19. Jahrhunderts hatte sich damit die Verstädterung nicht nur als eine neue Lebensweise verfestigt, sie dominierte auch immer stärker die Totalität menschlicher Aktivitäten, Sitten, Normen und der gesellschaftlichen Organisationen. Der Ausbau der gesundheitsrelevanten Infrastruktur, Fortschritte der Medizin und eine Stabilisierung der Ernährungssituation verbesserten die Gesundheits- und Wohnverhältnisse für breite Schichten der Bevölkerung in England und Deutschland ab den neunziger Jahren absolut und relativ. Die Hygienediskussion, die bis ins letzte Viertel des 19. Jahrhunderts die Diskussion um Vor- und Nachteile der Großstädte prägte, wurde nun überlagert von einem Argumentationsparadigma »Erhaltung und Mehrung der Volkskraft«, das mit sozialdarwinistischen und lebensreformerischen Ideologien operierte.

Deutschland geriet im letzten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts in einen rapiden Prozeß des Ein-, Auf-, und versuchten Überholens der älteren Großmächte und unter dem Druck dieser Rivalität in den Sog eines beschleunigten Modernisierungsprozesses. Nicht nur mit der Größe und Schönheit ihrer Städte wetteiferten die Länder untereinander, sondern auch in der Art und Weise der Bewältigung großstädtischer Probleme.

Die Wohnungsprobleme in London hätten sich »eher verschärft als entspannt« schrieb der deutsche Wohnungsreformer Carl J. Fuchs. Aber als 1888 in den Slums im Londoner East-End sechs Frauen ermordet wurden, erschien die Notwendigkeit der Slumbeseitigung in einem neuen Licht. Mit den Jack the Ripper zugeschriebenen Morden machten sich Angst und Schrecken breit und bürgerliche Kreise sahen sich in der Einschätzung bestätigt, daß die Brutstätten des Verbrechens endlich und endgültig beseitigt werden mußten. Mehr als alle versprochenen Sozialreformen, Untersuchungen und Pamphlete beförderten die Morde nun die Einsicht in die Notwendigkeit der Beseitigung der Schandflecken. Es konnte nicht mehr nur um Verbote und Kontrollen gehen, sondern positive wohnungspolitische Aktivitäten wurden eingefordert. Mit einer Reihe neuer Gesetze wurden die kommunalen Handlungsmöglichkei-

ten erheblich erweitert und 1889 wurde mit dem London County Council (LCC) auch eine Umsetzungsinstitution mit erweiterten Befugnissen geschaffen.

Vor allem in den hafennahen Wohngebieten Londons östlich der City, im East-End, konzentrierten sich die unteren Bevölkerungsschichten, und Jack London schrieb 1903: »Das East End ist nicht, wie viele meinen, eine Stadt der Slums – es ist ein riesiger Slum«. William Booth, der Begründer der Heilsarmee, verglich die Lebens- und Wohnbedingungen im »unbekannten England, im Teufelsland des East-Ends« mit dem Dschungel in Neu-Guinea – über beide Landstriche wisse man wenig. Dr. Barnardo, ein Arzt, war einer dieser Missionare im Slumelend. Wicherns Konzept des Rauhen Hauses in Hamburg hatte ihm als Vorbild gedient und er strebte eine Umerziehung herumvagabundierender Jugendlicher der »street arabs« an. Er veröffentlichte Postkarten mit Jugendlichen aus den Slums, vor und nach der Behandlung durch seine Organisation und veröffentlichte Pamphlete mit Titeln wie »Never had a home«.

Aber zunehmend wurde dieses »Empire of Hunger« erkundet und erforscht und moralische Entrüstung machte sich breit. Von Akademikern und idealistisch eingestellten Personen der Oberschichten wurde vorgeschlagen, selbst in die Slums zu ziehen, um dort gleichermaßen zu lehren und zu lernen. So entstand im Umkreis des Historikers Arnold Toynbee und des Vikars Samuel Barnett die Bewegung der »University Settlements«, die sich der Slumarbeit im East-End widmete. Barnett setzte auf christliche Nächstenliebe verknüpft mit »praktischem Sozialismus« und sein Aufruf »do something« fand viele Anhänger. Die Charity Organisation Society sollte als Dachorganisation die Sozialarbeit im East-End vernetzen und Slumarbeit und Nächstenliebe quasi verwissenschaftlichen, verkam aber bald zu einer exklusiven Sekte, die vor allem die Praktiken anderer Wohltätigkeitsvereine tadelte und denunzierte.

Nächstenliebe und Wohltätigkeit waren die »Wachstumsindustrien« im East-End, das den Sozialreformern ein reiches Betätigungsfeld bot. Charles Booth, ein wohlhabender Reeder, wollte Umfang und Struktur dieses Elends genauer erforschen. Als »Kapitalisten-Soziologe« zeichnete er in seiner vielzitierten und wenig gelesenen 17bändigen Studie über »Life and Labour of the people in London« ein präzises Abbild der gesellschaftlichen Verhältnisse in London. Booth stellte in seiner »Arithmetik des Jammers« fest, daß in London 30,7% der Bevölkerung unter der Armutsgrenze leben würden und lieferte damit schon vor 100 Jahren einen präzisen empirischen Beleg für die Existenz einer Zwei-Drittel-Gesellschaft. In seinem berühmtem »Stadtplan der Armut« waren die Quartiere mit den schlechtesten Wohnbedingungen und den untersten Bevölkerungsschichten schwarz eingetragen und über deren Lage wurde die Polizei informiert. Nach Booth – und dieses Ergebnis war nun empirisch abgesichert – stellten die Slums keine Gefahr für den Fortbestand der Gesellschaft dar, »a disgrace but not a danger«, wie er schrieb.

Ein Gebiet im East-End Londons hatte Charles Booth besonders genau beschrieben, nämlich das Gebiet um die Boundary Street in Bethnal Green, damals zugleich berühmt und berüchtigt für die Zusammenballung von Armut und Kriminalität. Hier hatte er nach seiner Kategorisierung die höchsten Armutsziffern in ganz London und »Brutstätten von Krankheiten und Verbrechen« festgestellt und Arthur Morrison hatte seinen Roman »Child of the Jago« hier angesiedelt und die harten Lebensbedingungen beschrieben.

Ab 1890 begann der London County Council in diesem Bereich das größte bis dahin durchgeführte Sanierungsvorhaben. Als formale Begründung wurde auf die nach dem Housing of the Working Classes Gesetz von 1890 vorgesehene Begründung für Sanierungsmaßnahmen, von unzureichenden Wohnbedingungen und überdurchschnittlich hoher Sterblichkeit, verwiesen. Fast alle Verfahrensschritte, die noch bis heute Stadterneuerungsmaßnahmen prägen, wurden bei dem Vorhaben eingesetzt: Zunächst wurden umfangreiche statistische Erhebungen angestellt und nach einer Bestandsaufnahme Planungs- und Kostenalternativen erwogen. Die Haus- und Grundeigentümer wurden bezüglich ihrer Entschädigungsforderungen angehört, bevor alle Gebäude und Grundstücke angekauft bzw. enteignet wurden. Für die Wiederbebauung des Gebietes wurde ein Gesamtplan erstellt. Das Vorgehen des Abrisses und der Wiederbebauung erfolgte schrittweise, und Ersatzwohnungsbau sollte entsprechend dem Fortgang der Arbeiten in der Nähe bereitgestellt werden. Das gesamte Gebiet wurde vom LCC mit Geschoßwohnungen neu bebaut, und die Wohnungen verblieben im Eigentum des LCC und wurden von diesem verwaltet.

Aber nicht nur die Verfahrensschritte der Stadterneuerung wurden getestet und eingeübt, auch fast alle strukturellen Probleme und Folgen der Slumsanierung stellten sich ein: Die neuen – nun gesunden – Wohnungen waren für die alte Bewohnerschaft zu teuer, nicht einmal 1% der alten Bewohner konnte die neuen Wohnungen bezahlen, d. h. die Sanierung war mit einem qualitativen Bevölkerungsaustausch verbunden. Die verdrängten Mieter mußten nach der Sanierung in der Umgebung zusammenrücken und forcierten in anderen Quartieren die Überbelegung. Die vormalig vorhandene enge Durchmischung von Wohnen und Arbeiten wurde aufgelöst, nach der Sanierung gab es nur wenig neu eingerichtete Arbeitsgelegenheiten. Viele Mieter wurden ihrer Existenzbedingungen beraubt, da sie in der Nähe keine mietpreisgünstigen Wohnungen fanden und damit auch noch ihre Arbeitsgelegenheit verloren. Die Auflösung des Slums durch den Gebäudeabriß verlagerte die Probleme und schuf neue an anderer Stelle. Die Kosten für die Steuerzahler waren immens, während die vormaligen Haus- und Grundeigentümer den Verkehrswert entschädigt bekamen.

Aber der LCC hatte mit dem Vorhaben eindrucksvoll seine Kompetenz bestätigt und richtungsweisend die Möglichkeiten kommunaler Wohnungspolitik aufgezeigt, wie sie von den Protagonisten des Munizipalsozialismus eingefordert wurden. »From slums to a place de l'étoile«, so wurde die zentrale Gartenanlage gefeiert, und »Ein

malerisches städtisches Dorf« sei entstanden hieß es der Festbroschüre des LCC, die »Verteilung der gefährlichen Klassen« sei gelungen.

Genau besehen war mit einem durchgreifenden Modernisierungsschub maßstabs-sprengend die alte kleinteilige Bebauung durch neue Großwohnblöcke ersetzt worden, und gleichzeitig die bisher wenig verbreitete und in England unbeliebte Form des Geschoßwohnungsbaus eingeführt worden. Die neue Bebauung mit dem barocken Prinzip und dem zentralen Platz – der nur dekorative Zwecke erfüllte und kaum nutzbar war – muß den vormaligen und neuen Bewohnern wie ein Fremdkörper aus einer neuen Welt vorgekommen sein. Ein Plan mit der älteren Bebauung in der Umgebung und der neuen barock anmutenden achsialen Planung illustriert die »Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigkeiten«, wie Ernst Bloch es formulierte.

Neben der Beseitigung der Slums mit anschließender neuer Wohnbebauung stellte sich aber zunehmend dringlicher in zentralen Bereichen die Aufgabe, die Beseitigung schlechter Wohnbedingungen mit Straßendurchbrüchen und einem Nutzungswandel für tertiäre Nutzungen zu verbinden. Das größte und bedeutendste derartige Stadtumbauprojekt bis zum Ersten Weltkrieg in London und zugleich das ambitionierteste Projekt des LCC war der Straßendurchbruch- und das Sanierungsvorhaben mit dem späteren Namen Kingsway-Aldwych.

Das Gebiet zwischen Strand und Holborn glich den Hamburger Wohnhöfen zum Verwechseln, schrieben die Hamburger Beamten Olshausen und Reincke in einem Reisebericht. Seit Anfang des 19. Jahrhunderts war die Ansammlung von »gefährlichen Klassen« in diesem Viertel problematisiert und die Notwendigkeit einer besseren Nord-Süd Verbindung zwischen Holborn und Strand erörtert worden. Die verschiedenen Pläne sahen unterschiedlich radikale Eingriffe in den Bestand vor: während einige den Straßendurchbruch als Ansatzpunkt für ein neues System von Prachtstraßen für London sahen, präferierten andere eine kleinere und kostengünstigere Lösung. Letztere Fraktion setzte sich schließlich durch, mit dem Argument, daß eine kleinteilige Struktur und Parzellierung für London immer prägend gewesen sei. »London is not Paris, not Vienna or Berlin. ... It has no Haussmann and we trust it never will have.«

Während aber noch über die Trassenführung der Durchgangsstraße diskutiert wurde, waren im Umfeld des späteren Straßendurchbruchs bereits einige kleinere Sanierungsvorhaben begonnen worden. 1899 wurde schließlich vom LCC eine Planung beschlossen und vom Parlament genehmigt, die am südlichen Ende der Straße einen Crescent vorsah, der die beiden Kirchen St. Clement Dane und St. Mary in Strand integrieren sollte. Der Bau der neuen Straße Kingsway sollte mit der Anlegung einer unterirdischen Straßenbahn und einer U-Bahn verbunden werden.

Dabei waren komplexe Probleme zu lösen. Grundstücke und Gebäude mußten angekauft oder enteignet werden, das timing der Gebäudeabrisse war mit der Erstellung von Ersatzwohnraum zu koordinieren, das abschnittsweise Vorgehen war mit dem

unterirdischen Städtebau und dem Bau der Verkehrsinfrastruktur zu koppeln. Vor allem die Bereitstellung des Ersatzwohnraumes gestaltete sich schwierig, da räumlich und zeitlich unterschiedliche Wohnbedürfnisse befriedigt werden mußten. Rechnerisch mußten ca. 4000 Personen wieder untergebracht werden. Der LCC erwarb zum Zweck des Ersatzwohnungsbaus in verschiedenen Stadtteilen Grundstücke, die dann mit Geschoßwohnungen bebaut wurden und erstellte in eigener Regie ein Ledigenwohnheim unmittelbar neben dem Straßendurchbruch. Dieses Common Lodging House an der Kemble Street wurde im Volksmund das »Poor man's Carlton« genannt.

Am 18. Oktober 1905 war es schließlich soweit, die Kinder in London hatten schulfrei und vom Buckingham Palace aus machten sich König Edward VII. und Queen Alexandra auf den Weg um die neue Straße zu eröffnen.

Die ursprünglich intendierte Verbesserung von Verkehrsverhältnissen war so beim Bau des Kingsways später mit wohnungspolitischen Zielen der Sanierung verbunden worden und hatte de facto letztlich zu einem Nutzungswandel des Gebietes geführt. Während Kritiker mit den neuen Bürohäusern eine Amerikanisierung Londons befürchteten, sahen die Befürworter darin einen längst überfälligen teilräumlichen Modernisierungsschub.

Viele Wohnungsreformer meinten aber auch, daß nur Wohnungsneubau auf dem Lande und eine umfassende Dezentralisierung die Slums auflösen könnten. Dies war der Weg, den Ebenezer Howard propagierte, »slumless cities« in Form von Gartenstädten. Der Trend aus den innerstädtischen Quartieren sei ein natürlicher Prozeß: da dadurch höherwertigen Nutzungen in innerstädtischen Bereichen der Weg freige-macht würde, seien planerische Gegenmaßnahmen kontraproduktiv. London sei nach Howard eine krankhafte Wucherung, die man »entmagnetisieren« müsse. Auch der deutsche Sozialdemokrat Eduard Bernstein unterstützte Howard und meinte, die »Höhlenquartiere des Stadtungeheuers London« seien nur durch eine Verlagerung der Arbeitstätten zu beseitigen. Howards Vision der Gartenstadt war wohl so folgenreich, weil sie sich nicht in baulich-architektonischen Details verlor, sondern vielfältige Identifikations- und Interpretationsmöglichkeiten anbot und zu einer Art Ideen-steinbruch der Dezentralisierung und der Gegenbewegung gegen die Großstadt werden sollte, aus dem sich vor allem Stadtplaner bedienen sollten.

Im Gegensatz zur sachlich-nüchternen Auseinandersetzung mit den Phänomenen und Problemen der Verstädterung in England war die Reaktion in Deutschland stärker ideologisch-konservativ orientiert und griff vor allem auf Wilhelm Heinrich Riehls großstadtfeindliches Gedankengut zurück. Riehl hatte 1861 in seiner folgenreichen Großstadtkritik den »Revolutionsgeist der Städter« beklagt, die apokalyptische Vision »Europa wird krank an der Größe seiner Großstädte« formuliert und befürchtete, daß »die gesunde Eigenart Altenglands in London begraben werde«. Die Konzentration des Proletariats in den Elendsvierteln und schlechte Wohnverhältnisse in den Großstädten, so auch andere Autoren, würden »Entartungserscheinungen des

Volkes« befördern. Die negativen Folgen der Verstädterung, die angebliche »Entwurzelung der Arbeiterschaft« wurden einseitig betont und der Strukturwandel von Wirtschaft und Gesellschaft in eine ideologische Krise umgedeutet. Die Rückkehr zu angeblich ewigen geistigen Werten, eine Verwurzelung, ein »einig Volk von Brüdern«, eine Schicksalsgemeinschaft aller Deutschen und eine Rückkehr zur Scholle wurden vor allem von konservativen Ideologen wie Paul de Lagarde, Georg Hansen und Heinrich Sohnrey propagiert. Diesen Autoren erschienen die Großstädte mit ihrem geballten Proletariat als Stätte physischer und geistiger Entartung, »als Grab des Menschengeschlechtes und als Hort der umstürzlerischen Sozialdemokratie« wie Otto Ammon es formulierte.

1892, als an der Boundary Street in London die ersten Gebäude abgerissen wurden, brach in Hamburg eine der schwersten Choleraepidemien des 19. Jahrhunderts aus. Unmittelbar nach der Epidemie wurde eine Senats- und Bürgerschaftskommission eingesetzt, die damals bekanntesten Mediziner Max von Pettenkofer und Robert Koch stritten über den Erreger und die Verbreitungsmuster der Cholera. Nie zuvor war eine Epidemie derart eingehend analysiert worden, einig war man sich schnell in der Beurteilung der Hamburger Wohnverhältnisse. »Etwas schlimmeres habe er noch nicht kennengelernt« schrieb der Mediziner Ferdinand Hueppe und Robert Kochs Ausspruch »ich vergesse, daß ich mich in Europa befinde«, ließ ganz Deutschland über die Hamburger Wohnverhältnisse aufhorchen.

Die Choleraepidemie rückte für über ein Jahrzehnt die Wohnungsfrage und die Möglichkeiten der Beseitigung ungesunder Wohnungen in den Brennpunkt des öffentlichen Interesses in Hamburg. 1895 wurden die Hamburger Beamten Reincke und Olshausen nach England und Schottland gesandt um die dortigen Wohnverhältnisse und die Sanierungsmaßnahmen zu studieren. Den beiden Beobachtern erschienen die berüchtigten Londoner Slums besser als viele der hamburgischen Quartiere mit Wohnhöfen und Gängen. Aber weniger die empirischen Analysen, noch der Bericht von Olshausen und Reincke, oder vorgesehene Maßnahmen bewirkten eine veränderte Wohnungspolitik, sondern vor allem der Hafenarbeiterstreik 1896/97 lenkte wiederum den Blick auf die Hamburger Wohnverhältnisse. Ferdinand Toennies erstellte eine umfangreiche Enquete über die Lebens- und Wohnbedingungen der Hafenarbeiter und machte auf den »Zufall« aufmerksam, daß drei Wochen nach Ausbruch des Streikes, der Senat von der Bürgerschaft ersucht worden sei, Vorlagen zur Beseitigung ungesunder Wohnungen zu unterbreiten.

Während Olshausen und Reincke die Ursachen in der Zuwanderung ärmerer Bevölkerungsgruppen aus dem Osten sahen und 1892 (nicht 1992!) von »importierter Armut« sprachen, sah der Senat durchaus »die ernstesten Gefahren ... für das wirtschaftliche und sittliche Wohl«, die durch das Bestehen unzureichender Wohnverhältnisse ausgelöst würden. Kritiker sprachen von »unwürdigen Wohnverhältnissen« in Hamburg, von »Höhlen des Lasters die schwinden müßten« und nach umfassenden Be-

standsaufnahmen wurden 1897 drei zu sanierende Gebiete festgelegt. Die drei Sanierungsgebiete umfaßten insgesamt fast 40 ha, ca. 18% der gesamten Fläche der Innenstadt, und 1896 wohnten in diesen Gebieten ca. 50 000 Menschen. Im »dunkelsten Hamburg«, in der südlichen Neustadt, begann die einzige bedeutende Flächensanierung vor dem Ersten Weltkrieg in Deutschland.

Die in dem festgelegten Gebiet betroffenen Grundstücke und Häuser wurden aufgekauft, wobei es mit der Höhe der Entschädigungen kaum Probleme gab, da sie zum Verkehrswert erfolgte. Danach erfolgte der Abriß von Gebäuden, das Terrain wurde aufgehöhht, die neuen Leitungssysteme verlegt und die Straßen angelegt. Nach Londoner Vorbild wurde abschnittsweise vorgegangen, und zunächst war die Frage des Ersatzwohnungsbaus zu klären. Aber anders als in London, wo der LCC die Wiederbebauung selbst betrieb und die Wohnungen verwaltete, veräußerte Hamburg die Grundstücke an Investoren – einige Grundstücke allerdings mit der Auflage mietpreisgünstige Wohnungen zu erstellen.

Ähnlich wie in London wurden auch in Hamburg stadthygienische Argumente zur Kontrolle und Überwachung der Unterschichten vorgeschoben. »Die Überwachung und Kontrollierung der Wohnhöfe hatte sich als zweckmäßig und wohl durchführbar erwiesen« hieß es 1892 in einem Senatsbericht« und 1901 sollte nun durch die Sanierungsmaßnahmen »problematisches« Verhalten der unteren Bevölkerungsgruppen gezielt kontrolliert werden, »da diese Leute und ihre Schlupfwinkel einer beständigen und sorgfältigen Überwachung und größerer Fürsorge bedürfen«. Derartige präventive Maßnahmen des Senats waren auch angesagt, weil in den drei Sanierungsgebieten bei einer Wahlbeteiligung von über 80% der Anteil der sozialdemokratischen Wähler bei über 70% lag. Die »halb-offenen« Familienstrukturen, die schwerer überschaubar und kontrollierbar schienen, entsprachen zudem nicht dem bürgerlichen Ideal der abgeschlossenen Kleinfamilie. Die verschiedenen Formen von Untermietverhältnissen boten Solidarisierungsmöglichkeiten, die auch den Produktionsbereich einbezogen, und so konnte die »halb-offene« Familienstruktur als klassenmäßige Sozialisations- und Kommunikationsinstanz dienen. Was aber nach (klein-)bürgerlichen Vorstellungen verdammenswert erschien, bot für einen Teil der Betroffenen eine wichtige Einnahmequelle.

Josef Stübben stufte die Sanierungen als »hervorragend und segensreich« ein. Der Wohnungsreformer Fuchs beklagte dagegen, daß man bei der Sanierung nicht von den Londoner Erfahrungen profitiert hätte, sondern »mit niedersächsischer Hartnäckigkeit alle Fehler und Erfahrungen noch einmal machen will«. Nach der Sanierung waren weniger und teurere Wohnungen vorhanden, daß nur wenige Betroffene sich die neuen Wohnungen leisten konnten. Dieser qualitative Bevölkerungsaustausch wurde von behördlicher Seite aber als unproblematisch bewertet und wohnungspolitisch schon vor über 100 Jahren mit dem Sickerneffekt begründet.

Bei der Fortführung der Sanierungsarbeiten im Gebiet der nördlichen Altstadt erga-

ben sich bei den Anlässen, der Planung und Durchführung eine Reihe von erstaunlichen Ähnlichkeiten mit dem Kingsway-Projekt in London. Die aus gesamtstädtischer Sicht suboptimale Nutzung des Bereiches war mit der Fertigstellung des Rathauses 1897 und des Hauptbahnhofes 1907 offenkundig geworden und eine bessere Verkehrsverbindung zwischen diesen Punkten dringlich, die wiederum mit dem Bau von Vorortsbahnen verbunden werden konnte. Konsens im Senat bestand daher, daß Hamburg als zukünftige Weltstadt keine anderen Möglichkeiten der stadträumlichen Entwicklung hätte, als die Sanierung mit einer Umstrukturierung vom Wohn- zum Citybereich zu verbinden. Die Sozialdemokratie monierte dagegen fehlenden Ersatzwohnungsbau und die Verdrängungswelle aus innerstädtischen Quartieren.

Der Ablauf der Sanierung erfolgte nach den schon bewährten Hamburger Verfahren, die sich zuerst nach dem Großen Brand 60 Jahre zuvor bewährt hatten. Ankauf, bzw. Enteignung der Gebäude und Grundstücke erfolgten nach dem Verkehrswert, Neuparzellierung, Versteigerung der neugeschnittenen Parzellen und Wiederbebauung durch private Investoren, teilweise mit gestalterischen Auflagen durch die Stadt. Waren zum Ankauf Preise von ca. 200,- Mark pro qm gezahlt worden, so konnten nun Verkaufserlöse von 800,- bis 900,- Mark erzielt werden. Im Gegensatz zur Sanierung der südlichen Neustadt, die mit einem Verlust von ca. 17 Millionen Mark abgeschlossen wurde, gab es bei der Sanierung der nördlichen Altstadt keine Verluste. War der Anlaß zunächst die Verbesserung der Wohnverhältnisse, so wurde dann die Durchführung zu einem Nutzungswandel instrumentalisiert und mit der Anlage einer neuen Straßenachse verbunden. So konnte mit dem Bau von Hamburgs »Weltstadtstraße« die Stadtstruktur modernisiert und neuen Nutzungsanforderungen angepaßt werden, gleichzeitig eine U-Bahn-Trasse durch das Stadtzentrum gelegt werden und ein Stück »Alt-Hamburg« saniert werden. Nicht umsonst meinte ein Besucher in London zu sein, als er die Hamburger City besuchte.

Der Prozeß der Citybildung, die Ausdehnung des tertiären Sektors, erforderten in allen Großstädten innerstädtische Flächen für höherwertige Nutzungen. Otto Schilling bezeichnete 1914 diesen Strukturwandel als »innere Stadterweiterung«, und der Statistiker Schott beschrieb sie als dialektischen Prozeß zwischen Stadterweiterung bei gleichzeitiger Citybildung. Die damit verbundene Bewohnerverdrängung wurde nicht problematisiert, sie war entweder explizit erklärtes Sanierungsziel oder zumindest eine nützliche Folge.

4. Die Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigkeiten

Zwei Strukturtypen von Erneuerung – die noch bis heute den Stadtbau prägen – und die in Deutschland schließlich 1971 im Städtebauförderungsgesetz ihren Niederschlag fanden, hatten sich also bis zum Ersten Weltkrieg bereits deutlich konturiert: – Sanierungen, mit denen ein Nutzungswandel verbunden wurde. Massive Verdrän-

gungseffekte waren hier die Folge, die für die Betroffenen um so schmerzlicher waren, als sie wegen ihrer Arbeits- und Einkunftsmöglichkeiten meist auf zentral gelegene Wohnstandorte angewiesen waren.

- Sanierungen, die der Beseitigung »ungesunder Wohnverhältnisse« dienten. Von derartigen Maßnahmen waren vorwiegend untere Einkommensgruppen betroffen, die die höheren Mieten nach Abriß und Wiederbebauung nicht aufbringen konnten.

Die Regel waren allerdings Mischformen beider Eingriffstypen. Für die Städte und die Steuerzahler erwiesen sich die Sanierungen als teure Unterfangen, Haus- und Grundeigentümer – die ihre Häuser und Wohnungen nicht ordnungsgemäß instand gehalten hatten und Überbelegungen ausgenutzt hatten – wurden dagegen durch Entschädigungen nach dem Verkehrswert noch belohnt. Diese beschriebenen, bis zum Ersten Weltkrieg entwickelten Verfahren, wurden in den nächsten Jahrzehnten immer weiter verfeinert und ausdifferenziert.

Hinter den diese Sanierungen begründenden Vorstellungen von »innerstädtischer Provinz«, von »Reservaten gesellschaftlich überholter Lebensweisen« und einem »cultural lag« verbargen sich meist implizit oder explizit andere Vorstellungen von Modernität, die von modernisierungswilligen politischen und/oder fachlichen Entscheidungs- und Kommentierungseliten mit Formen struktureller Gewalt umgesetzt werden sollten. Richard Sennett hat daher die Städte auch als »Agenturen des sozialen Wandels und Gedächtnisstätten, Brutstätten des werdenden und Monumente des gewordenen« bezeichnet.

Dabei ist es wichtig zwischen intentionalen Modernisierungsleistungen, unbeabsichtigten Auswirkungen und langfristigen sozio-ökonomischen Modernisierungs- und Wandlungsprozessen zu unterscheiden. Handeln mit intendierten Modernisierungseffekten ist eng gekoppelt an den Begriff der Rationalisierung im Sinne Max Webers, indem die Wirklichkeit geordnet und systematisiert wird, um sie damit vorhersehbar, planbar und steuerbar zu machen. Stadterneuerung ist in diesem Sinne eine partielle und/oder selektive Modernisierung mit paradoxen Phänomenen und Ungleichzeitigkeiten.

Stringente Ursache-Wirkungs-Zusammenhänge sind aber häufig nicht belegbar, sie werden von vielfältigen anderen Effekten überlagert. Ulrich Beck hat die These formuliert: »Wir leben im Zeitalter der Nebenwirkungen. Nicht die Zweckrationalität, sondern die Nebenfolge wird zum Motor der Gesellschaftsgeschichte. Verwissenschaftlichung untergräbt Verwissenschaftlichung. Es wachsen beide: Begründungszwänge und Unsicherheiten. Diese bedingen jene. Nicht Wissen, sondern Nichtwissen ist das Medium ›reflexiver‹ Modernisierung«.

Auch bei der Stadterneuerung entziehen sich immer komplexere Totalitäten dem planerischen Zugriff. Seit den siebziger Jahren hat sich Stadterneuerung als gesellschaftliches Handlungsfeld etabliert, aber gerade in den letzten Jahren diversifiziert.

Neue Aspekte, wie die »ökologische« Dimension sind hinzugekommen, andere Aufgaben wie Konversion erschweren Stadterneuerungsmaßnahmen nach einem einheitlichen Raster. Die Palette der baulichen Bestände und Gebietskulissen ist vielfältiger geworden, Zielsetzungen sind problemorientiert unterschiedlicher und Methoden und Verfahren differenzierter geworden.

In den letzten Jahren schlugen zunehmend die Modernisierungshoffnungen in Befürchtungen um, die Umstrukturierungen hatten neben (materiellem) Zugewinn auch (immaterielle) Verluste erbracht. Ein radikaler Paradigmenwechsel bewirkte, daß die »Leistungen« von 100 Jahren Stadterneuerung zunehmend in eine Negativbilanz umgedeutet wurden. Großflächiger Abriß soll durch kleinteiligen Erhalt, schnelles, durchgreifendes Vorgehen und Fremdbestimmung durch Selbstbestimmung, Verdrängung und Aufwertung durch »Erhaltung gewachsener« Sozialstrukturen und gesellschaftliche Modernisierungen und Disziplinierungen durch Sicherung von Nischen und Mitwirkung und Beteiligung ersetzt werden. Die einebnende Wirkung umfassender Modernisierungen wurde zunehmend als Defizit empfunden und Ungleichzeitigkeiten, eines Nebeneinanders und einer Vielfalt unterschiedlicher baulich-räumlicher und sozial-räumlicher Strukturen zunehmend toleriert.

Stadterneuerung kann also sowohl als Prozeß »erfolgreicher« Modernisierung »von oben«, aber auch »von unten« betrachtet als die »Geschichte der Verlierer« beschrieben werden. »Makel« und »Rückständigkeiten«, die im Rahmen von baulich-räumlichen und gesellschaftlichen Modernisierungsprozessen beseitigt werden sollten, stehen Verluste und Trauer um eine verlorene Wohnumgebung und ein vertrautes Zuhause gegenüber. Die Angleichung unterschiedlicher Sozialmilieus und die Einebnung von Milieuresten bedeutet daher immer auch den Verlust städtischer Vielfalt.

Barbara Stambolis

Städtebaulicher Umbruch und lokale Identität

Zur Verknüpfung von Architektur- und Mentalitätsgeschichte am Beispiel des Neu- und Wiederaufbaus in Paderborn nach 1945

Aspekte der Trümmerzeit bilden seit nunmehr rund zehn Jahren in der architektur- und der zeitgeschichtlichen Forschung einen wichtigen Arbeitsschwerpunkt. In Ausstellungen und begleitenden Katalogen sind im Zuge dieses Trends die Kriegsschicksale zahlreicher Städte dokumentiert worden.¹ Darüber hinaus liegen umfangreiche Bestandsaufnahmen der Zerstörungen vor, wobei die wissenschaftlichen Untersuchungen weniger der Zustandsbeschreibung allein galten und gelten als den zeitgenössischen Wiederauf- und Neubauansätzen der Nachkriegszeit. Vor allem sind hier die Arbeiten von Werner Durth und Niels Gutschow zu nennen, die städtebauliche und planerische Entwicklungen behandeln.²

In den entsprechenden Kapiteln der mittlerweile ebenfalls zahlreich vorliegenden Stadtgeschichten spielen das Kriegsschicksal und die jeweilige Aufbaugeschichte im engeren, eben angedeuteten Rahmen eine untergeordnete Rolle; meistens werden sie im Zusammenhang mit dem Alltagsleben in den Ruinen, mit Notdiensten der Bevölkerung als wirksames Mittel der Schutträumung, mit der Tätigkeit von Trümmerfrauen sowie mit der Wiedereröffnung historischer Rathäuser erwähnt.³

Die Geschichte der Steine und Mauern steht in der Forschung bis heute weitgehend unverbunden neben der historischen Aufarbeitung der Anfänge des kommunalen gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Lebens nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs. Die städtebaulichen und planerischen Gesichtspunkte »gehö-

¹ Stellvertretend seien genannt: Trümmerzeit in München. Kultur und Gesellschaft einer deutschen Großstadt im Aufbruch 1945–1949, hrsg. von F. Prinz, München 1984 sowie für die Zusammenhänge im folgenden: Paderborn 1945–1955. Zerstörung und Aufbau, hrsg. von der Stadt Paderborn, Paderborn 1987.

² W. Durth / N. Gutschow, Träume in Trümmern. Planungen und Wiederaufbau zerstörter Städte im Westen Deutschlands 1940–1950, 2 Bde., Braunschweig 1988; H. Beseler / N. Gutschow, Kriegsschicksale Deutscher Architektur. Verluste – Schäden – Wiederaufbau, 2 Bde., Neumünster 1988; H. Glaser, So viel Anfang war nie. Deutsche Städte 1945–1949, Berlin 1989; darin auch W. Durth, Utopia im Niemandsland, S. 214–225; vgl. auch G. Rabeler, Wiederaufbau und Expansion westdeutscher Städte 1945 bis 1960 im Spannungsfeld von Reformideen und Wirklichkeit, Diss. TU München 1987.

³ Stellvertretend auch hier: D. Höroldt (Hrsg.), Geschichte der Stadt Bonn, Bd. 4, Bonn 1989; J. Jensen / P. Wolf (Hrsg.), Geschichte der Stadt Kiel, Neumünster 1991, hier bes. S. 401–456. Aus den zahlreichen Publikationen zur Stadt Münster u. a. N. Gutschow / R. Stierner, Wiederaufbau der Stadt Münster 1945 bis 1961, Münster 1982 und G. Schäfers, Als unser Münster sich wieder machte. Erinnerungen an den Wiederaufbau, Münster 1981.

ren« also ins Forschungsfeld der Bau- und Architekturhistoriker, die der allgemeinen und auch mentalitätsgeschichtliche Aspekte berührenden Stadtgeschichte zum Aufgabengebiet der zeitgeschichtlichen historischen Forschung.⁴

Einer der wenigen Beiträge, der diese Beschreibungsschwerpunkte und Untersuchungsgegenstände miteinander zu verknüpfen versucht, ist die von H.-G. Burkhardt u. a. herausgegebene Veröffentlichung zum Wiederaufbau von Freudenstadt, die den Titel »Stadtgestalt und Heimatgefühl« trägt.⁴ Die Herausgeber betonen in der Einleitung, in der Regel sei beim Aufbau nach 1945 »die Sehnsucht der Bevölkerung nach »Heimat« ... weitgehend ignoriert worden.⁵

Die hier angedeutete Diskrepanz zwischen der Aufbau(neu)planung zerstörter Städte und den Bedürfnissen der Bevölkerung sei im folgenden zumindest ansatzweise weitergedacht und ausgeführt. Das Kriegsende hinterließ im Frühjahr 1945 bei der deutschen Bevölkerung den Eindruck nahezu unwiederbringlicher materieller Einbußen und darüber hinaus eines weitreichenden Verlustes der vertrauten Nahwelt und Lebensweise. Um das Wort »Heimat« zu vermeiden, kann hier auch von Identität gesprochen werden. Hermann Bausinger betont zurecht, diese sei »nicht im abstrakten Raum zu realisieren, sondern bedarf der erreichbaren und einverständlichen Umgebung, auf die Verlaß ist, sie braucht Haltepunkte, Fixpunkte...«⁶ Gerade diese lokal gebundene Orientierung hatten 1945 nicht nur die Flüchtlinge und Vertriebenen verloren, sondern auch die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung in den kriegszerstörten Städten. Die Erinnerung an vertraute Viertel und der Anblick der Ruinen historischer Bauwerke, wie vor allem der Gotteshäuser, waren vor dem Hintergrund materieller Verluste und allgemeiner Verunsicherung von großer Bedeutung. Besonders die Kirchen sind als Bedeutungs- und Hoffnungsträger nach der Totalismuserfahrung und dem Zusammenbruch kaum zu unterschätzen. Dies gilt um so mehr, als der Aufbau der Städte zunächst nur über Generationen denkbar war. Mit dem nach 1945 verbreiteten Goethewort »Stirb und werde« wurde die Unumgänglichkeit eines endgültigen Abschiedes von alten Stadtbildern und somit Neuaufbau anstelle des Wiederaufbaus vielerorts zum Ausdruck gebracht. Angesichts dieser Einsicht in eine schmerzliche Notwendigkeit schien die Wahrung von Kontinuität und lokaler Individualität nur äußerst begrenzt realisierbar zu sein, wenngleich die Anknüpfung an Verlorenes als besonders wünschenswert empfunden wurde.

Das starke Bedürfnis nach Selbstvergewisserung der Menschen in Kategorien wie Heimat oder Identität hat Eberhard Holtmann anhand einer Studie über Stadtjubi-

⁴ H.-G. Burkhardt / H. Frank u. a., Stadtgestalt und Heimatgefühl. Der Wiederaufbau von Freudenstadt 1945–1954, Hamburg 1988.

⁵ Ebda., Einleitung.

⁶ H. Bausinger, Heimat und Identität, in: K. Köstlin / H. Bausinger (Hrsg.), Heimat und Identität. Probleme regionaler Kultur, Neumünster 1980, S. 20.

läen in den Nachkriegsjahren anschaulich nachgewiesen. Derartige kommunale Festanlässe spiegelten, so der Autor, eine »symbolische Ortsbezogenheit« wider. Ähnliches läßt sich auch anhand der Wiederaufbaugeschichte einzelner Bauwerke zeigen, die spezifische Identifikationsbedürfnisse einer Stadt und Gemeinde deutlich werden lassen und sich beispielsweise mit einem Rathaus, einer Kathedrale oder einem Altstadtviertel verbinden.⁷

Dem verbreiteten Wunsch der Bevölkerung, »ein bestimmtes, sehr vertrautes und sehr geliebtes Gebäude« oder auch Teile eines traditionsreichen Altstadtbildes wiedererstehen zu lassen, wie der bedeutende Publizist und Mitbegründer der Frankfurter Hefte Walter Dirks 1947 schrieb,⁸ stand sowohl das Ausmaß der Zerstörungen entgegen als auch vielerorts die Intention der Stadtplaner, die Unzulänglichkeiten der »alten« Städte gründlich zu beseitigen. Bereits in den Kriegsjahren hatten Überlegungen zum Wiederaufbau der deutschen Städte in dem 1943 von Albrecht Speer organisierten Planungsstab zu weitreichenden Umgestaltungsforderungen geführt.⁹

Stichworte wie die »aufgelockerte« oder die »autogerechte« Stadt, denen Konzepte aus der Zeit vor 1933 zugrunde liegen, kennzeichnen die anvisierte Richtung einer grundlegenden Sanierung insbesondere der Innenstädte.¹⁰ So erteilten beispielsweise der langjährige Präsident der Akademie für Städtebau Reinhold Niemeyer sowie andere Mitarbeiter in Speers Wiederaufbaustab den an der Vergangenheit der mittelalterlichen Stadt orientierten Sehnsüchten eine generelle Absage. Die Voraussetzungen für einen modernen Neubau sollten genutzt werden, nie zuvor habe es eine solche Chance gegeben.¹¹

Diese Auffassung änderte sich auch nach dem Ende des Krieges bei den Fachleuten kaum, Niemeyer etwa sprach davon, es solle auf jeden Fall ein »sentimentaler Traditionalismus« vermieden werden, Dinkelsbühl oder Rothenburg könnten nicht als Maßstab für den Neubau angesehen werden.¹² Diese Überzeugung liest sich in der Verwaltungssprache der Nachkriegszeit noch drastischer, und zwar folgendermaßen: Es biete sich die einmalige Gelegenheit, »die vom Bombenhagel plattgewalzten Flä-

⁷ E. Holtmann, Kommunale Identität als gemeinschaftliche Inszenierung. Stadtjubiläen in der frühen Nachkriegszeit: 700-Jahr-Feiern in Kamen 1948 und Unna 1950, in: Westfälische Forschungen 41 (1991), S. 92.

⁸ W. Dirks in Heft 8 (1947) der Frankfurter Hefte sowie in H. Glaser (s. A 2), S. 86.

⁹ Vgl. W. Durth / N. Gutschow (s. A 2), Bd. 1.

¹⁰ Ebda.; Th. Sudbeck, Motorisierung. Verkehrsuntersuchungen und Verkehrspolitik in Westdeutschland in den 50er Jahren, in: A. Schildt / A. Sywottek (Hrsg.), Modernisierung im Wiederaufbau. Die westdeutsche Gesellschaft der 50er Jahre, Bonn 1993, S. 170–187; als Quelle vor allem J. Göderitz / H. Hoffmann / R. Rainer, Die gegliederte und aufgelockerte Stadt, Tübingen 1957.

¹¹ Vgl. W. Durth, Deutsche Architekten. Biographische Verflechtungen 1900–1970, Braunschweig 1987, S. 206 ff.; zu Niemeyer auch S. Prager, Die deutsche Akademie für Städtebau und Landesplanung. Rückblick und Ausblick 1922–1955, Tübingen 1955, S. 65–80.

¹² Niemeyer am 7. 1. 1947 in der *Westfalen-Zeitung* unter der Überschrift: Paderborn wird neuzeitlich aufgebaut.

chen oder formlosen Schuttberge unbebauten, neuaufgeschlossenen Grundstücksflächen gleichzustellen.«¹³

Die unterschiedlichen Vorstellungen der Neubauplaner und der ortsansässigen Bevölkerung unter Einschluß der Kommunalpolitiker mündeten häufig in Kompromissen auf Kosten eines einheitlichen Gesamtkonzeptes. Sachzwänge wie die drängende Lösung der Wohnraumfrage und der verbreitete Baustoffmangel führten überdies teilweise zu einem geradezu »hektischen Pragmatismus«.¹⁴ Außerdem beklagten Stadtplaner immer wieder, daß sich Haus- und Grundeigentümer aus »Eigennutz« erfolgreich gegen weitreichende Planungen zur Wehr setzten und übergeordneten Konzepten nicht zugänglich waren.¹⁵

Vor allem mentalitätsbedingte Hemmnisse des Neubaus hätten mancherorts sogar »die Kraft regressiver Utopien« erlangt, schreibt Durth pointiert über die Verhinderungen von Neuaufbauvorstellungen nach dem Zweiten Weltkrieg.¹⁶ Als Hauptvertreter derartiger rückwärtsgerichteter Auffassungen sieht der Autor die Amtskirche an, deren Vertreter sich fast ausnahmslos am Bild der mittelalterlichen städtischen Gemeinschaft orientierten, in der das Religiöse als übergeordnete geistige Macht noch Gültigkeit besessen und die Kathedralen folglich mehr als nur bauliche Wirkung gehabt hätten.¹⁷ Die Kirche habe sich also zum Sprecher des Wieder- anstelle des Neuaufbaus der Altstädte gemacht.

Es ist zwar nicht anzuzweifeln, daß insbesondere die katholische Kirche einen entscheidenden Einfluß auf das geistige und politische Klima der Nachkriegszeit hatte und konservativ-christlichen Anschauungen im öffentlichen Raum starkes Gewicht verlieh, gleichwohl wird sich das verbreitete Bedürfnis nach religiöser Wertorientierung kaum auf ein Schlagwort wie das der »regressiven Utopien« reduzieren lassen. Vielmehr spricht etwa das intensive Bemühen um einen zügigen Wiederaufbau der Kathedralen und ihrer Umgebung in erster Linie für eine in der Bevölkerung besonders katholisch geprägter Regionen tief verwurzelte »symbolische Ortsbezogenheit«.

Ein einziges Baudenkmal kann sogar in solchen Zusammenhängen als steinernes Monument religiöser Traditionen, geschichtlicher Kontinuität und somit auch »Heimat« oder Identität inmitten einer vom Neuanfang und Neubau gekennzeichneten Umgebung wirken. So ist etwa der Wiederaufbau eines Domes, zugespitzt formuliert, nach 1945 als Versuch zu werten, dem »Verlust der Mitte« entgegenzuwirken, von

¹³ *Stadtarchiv Paderborn* (StA PB), B 3156, Schreiben des Regierungspräsidenten in Detmold vom 14. 7. 1948.

¹⁴ W. Durth in: H. Glaser (s. A 2), S. 222.

¹⁵ Als Beispiel kann die Ablehnung einer umfassenden Neugestaltung durch die Mainzer Bürgerschaft gelten.

¹⁶ W. Durth in: H. Glaser (s. A 2), S. 219.

¹⁷ Ebda.

dem in der Nachkriegszeit so häufig gesprochen wurde.¹⁸ In der zeitgenössischen Diskussion wurde denn auch das Wort von den »heiligen Bezirken« geprägt, die als geistige Zentren Ausdruck und Mittelpunkt einer festen Weltordnung waren und es nun im Zeichen der Wiederbelebung von Ideen eines »christlichen Abendlandes« wieder werden sollten.¹⁹

Ein differenzierteres Bild umfassender Neuplanungen einerseits sowie die Herstellung eines mentalitätsmäßig als »Heimat« empfundenen »heiligen Bezirks« mit einer Kathedrale als Zentrum läßt sich am anschaulichsten exemplarisch gewinnen. Die Aufbaugeschichte Paderborns soll deshalb im folgenden als Beispiel dienen, an dem der radikale Neubau und das Festhalten an städtebaulichen wie emotionalen Werten der Vergangenheit aufzuzeigen sind. Städtebauliche Modernisierung und Traditionsverbundenheit stehen hier besonders deutlich als Entwicklungslinien der Nachkriegsgeschichte nebeneinander.²⁰

Paderborn, dessen Gründung auf eine frühmittelalterliche Siedlung an den Quellen der Pader zurückgeht, bestand vor Ausbruch des Krieges insbesondere in der Altstadt, wie der ehemalige Stadtbaurat Paul Michels zurecht betonte, zu einem großen Teil »aus kleinen Grundstücken in schmalen, unübersichtlichen Straßen und Gassen mit engster Bebauung«, in die kaum Licht und Sonne fielen.²¹ Der Dom stellte und stellt heute noch den baulichen Mittelpunkt dar und bildete über Jahrhunderte zusammen mit dem kleinen und großen Domplatz und den angrenzenden Gebäuden, u. a. Pfarrkirchen, Domkurien und Klöstern, einen »heiligen Bezirk« in dem zu Beginn der Ausführungen angegebenen Sinn.²²

Die Dominanz der Kathedrale im Stadtbild war und ist besonders in der Ansicht vom wesentlich tiefer am Hang gelegenen kleinen Domplatz aus gegeben, so daß die dort abgehaltenen Märkte buchstäblich unterhalb oder gleichsam im Schutze der Bischofskirche stattfanden und heute noch stattfinden.²³ Bereits im 18. Jahrhundert hin-

¹⁸ H. Sedlmayr, *Verlust der Mitte. Die bildende Kunst des 19. und 20. Jahrhunderts als Symptom und Symbol der Zeit*, Frankfurt 1955.

¹⁹ K. Gruber, *Der heilige Bezirk in der zukünftigen Stadt, Regensburg 1949*. Gruber knüpft an die Idee des christlichen Abendlandes an, die seines Erachtens zu einer übergeordneten Idee der Zukunft werden und in deren Mittelpunkt die »Überwindung des Völkerhasses in wechselseitiger christlicher Verantwortung« stehen sollte (S. 5). Die alten Städte gelten als Zeugen einer Ordnung, »die für alles Bauen noch das richtige Maß traf, weil sie noch gebunden war an das Absolute, an Gott« (S. 6).

²⁰ Zur Paderborner Nachkriegsentwicklung liegt bislang nur der erwähnte Katalog vor (s. A 1) sowie B. Stambolis / K. Hüser, *Nachkriegszeit. Aufbaujahre 1945–1955*, Paderborn 1989.

²¹ Paderborn, Bad Lippspringe, bearb. von Stadtbaurat P. Michels, Berlin Halensee 1931; sowie StA PB, A 5513, Michels in Sitzungen der ernannten Stadtvertretung 1946.

²² U. Lobbedey, *Der Paderborner Dom. Vorgeschichte, Bau und Fortleben einer westfälischen Bischofskirche*, München 1980.

²³ B. Stambolis, *Der Liborimarkt rund um den Dom, Duisburg-Walsum 1991*.

terließ der monumental wirkende Dom auf Besucher der Stadt einen tiefen Eindruck, so berichteten z. B. zwei Benediktiner in dieser Weise über ihren Paderborn-Besuch im Zuge einer ausgedehnten »voyage littéraire«. ²⁴ Gegen Ende des 18. Jahrhunderts dann erschien der Dom bereits im negativen Sinne als Bollwerk der ausgeprägten Katholizität der Stadt, als sehenswertes Bauwerk gleichwohl, wie Justus Gruner, Jurist im preußischen Staatsdienst und stark unter dem Einfluß aufklärerischen Überzeugungen stehend, schreibt. ²⁵

Die Paderborner selbst gründeten um die Mitte des 19. Jahrhunderts analog der Kölner Dombaubewegung einen eigenen Dombauverein, der sich zwar nicht die Fertigstellung eines »Nationalbaus« zur Aufgabe machen konnte, jedoch der Restaurierung eines symbolträchtigen Identifikationsobjektes diene, das nicht zuletzt Ruhestätte der Reliquien des Dom-, Stadt- und Bistumpatrons, des heiligen Liborius war. In diesem Sinne heißt es bezeichnenderweise von seiten des Vereins, die Instandsetzungsarbeiten dienten der Wiederherstellung des »Tempels«, der »als Kathedrale Mutterkirche und Eigentum sämtlicher Gläubigen des Bisthums« sei. ²⁶ Hier ist über die Bedeutung des Domes als Bauwerk hinaus auch seine Identifikationswirkung auf die gläubigen Katholiken der Diözese angesprochen. Sie wurde bei Feierlichkeiten des kirchlichen Festkalenders stets aufs neue augenfällig, insbesondere anlässlich des alljährlichen Festhöhepunktes, des Volks- und Kirchenfestes Libori. ²⁷ Die Kathedrale diene somit stets frommer Ehrenbezeugung gegenüber dem Herrn und seinen Mittlern, den Heiligen, war dabei zugleich auch immer ein Wahrzeichen der »allgegenwärtigen Präsenz der katholischen Kirche«. ²⁸

Die enge Bindung von Amtskirche und Kirchenvolk aneinander und an die Kathedrale wurden in der Kulturkampfzeit in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts sowie während der Jahre nationalsozialistischer Herrschaft zusätzlich gefestigt, dies sei an dieser Stelle wenigstens angedeutet.

Besonders schockierend wirkte somit im Frühjahr 1945 der Anblick der »brennenden Fackel« des Domturmes auf die gläubige Bevölkerung als Symbol des Untergangs. ²⁹ Allerdings gab es nicht nur bauliche Zeichen des Zusammenbruchs, sondern auch solche der Zuversicht, die dem Bedürfnis nach geistigem und seelischem Halt

²⁴ Voyage littéraire de deux religieux benedictins de la congrégation de St. Maur., Paris 1718 et 1724.

²⁵ J. Gruner, Meine Wallfahrt zur Ruhe und Hoffnung oder Schilderung des sittlichen und bürgerlichen Zustandes Westphalens am Ende des achtzehnten Jahrhunderts, Frankfurt 1802.

²⁶ Archiv des Erzbischöflichen Generalvikariats Paderborn, Akte Metropolitankapitel XI 17 blau, Broschüre des Dombauvereins.

²⁷ Demnächst in einer umfangreichen Studie der Verfasserin: Libori im Umbruch. Wandel vom frühneuzeitlichen Kirchenfest zum modernen Volksfest.

²⁸ P. Mock, »Vier Lindenbäume und vier Erkenntnisse«: Die Erbauer der Paderborner Mariensäule vor den Schranken der preußischen Strafrechtspflege, in: Die Warte, Heft 71 (1991), S. 38–40.

²⁹ StA PB, B 509, Erlebnisberichte, Unterlagen zu dem Buch: R. Kiepke, Paderborn. Werden, Untergang, Wiedererstehen.

entgegenkamen. So wurde etwa eine Muttergottesfigur inmitten der Ruinen und nicht zuletzt auch die Figur des heiligen Liborius in den Trümmern der Innenstadt als Sinnbild der Hoffnung aufgefaßt, daß die Stadt unter dem Schutz der Heiligen auch weiterhin stehen werde.

Vor diesem Hintergrund gewinnt die Tatkraft des Paderborner Dompropstes Paul Simon besonderes Gewicht, den Wiederaufbau der Kathedrale mit Hilfe einer eigens zu diesem Zweck eingerichteten Dombauhütte voranzutreiben. Dieses Vorhaben sei, so Simon selbst, von vorrangigem Interesse, weil der Dom ein Symbol der Ermutigung, des Friedens und des Vertrauens in die Zukunft darstelle. ³⁰

Den Wunsch wiederaufzubauen hegte zunächst auch die erste Stadtvertretung nach dem Kriege; ihre Mitglieder, die überwiegend im Katholizismus der Zeit vor 1933 verwurzelt waren, konnten sich nur schwer von der Vorstellung lösen, historisch gewachsene städtebauliche Strukturen als Bestandteil der heimatlichen Nahwelt wiederherzustellen. Es dauerte etwa ein Jahr, bis das Stadtparlament von der Priorität dieser Überlegungen Abstand zu nehmen begann. So stieß etwa der Landesplaner und Architekt Martin Pfannschmidt, der seit 1939 Kreisbaurat in Paderborn war, auch auf Ablehnung, als er »Vorpläne« zu einer Auflockerung und Entkernung der Altstadt vorlegte und bekanntgab, Grundstücksumlegungen seien notwendig, im übrigen solle nur das wiederaufgebaut werden, was »wirklich gut war«. ³¹

Derartige Neubauimpulse sollten jedoch nur wenig später, unter anderen personellen Konstellationen und unter Zustimmung der Stadtvertretung und der Verwaltung den Aufbau Paderborns beherrschen. Im Februar des Jahres 1946 nämlich gab es erste Kontakte zwischen dem bereits genannten Dompropst Simon und dem ebenfalls erwähnten Reinhold Niemeyer; zunächst fanden die Gespräche, Empfehlungen und Vorentscheidungen offenbar in einer für damalige Verhältnisse typischen bürokratischen Grauzone statt.

Das wichtigste Anliegen des Dompropstes sei es gewesen, so Niemeyer im Rückblick, »daß die einmaligen Paderquellen am Fuße des Doms ihren alten Ruf wiederbekommen und völlig frei von der Bebauung werden«. ³² Simon stellte Niemeyer also vor die planerische Aufgabe, die Wirkung des Domes durch die Freilegung des bis kurz vor Kriegsende noch dicht bebauten Paderquellgebietes zu erhöhen, d. h. die Neugestaltung eines wesentlichen Bereichs der Innenstadt im Dienste des städtebaulichen und geistigen Stadtmittelpunktes, der Kathedrale, vorzunehmen. Damit war in der Tat das Aufbaukonzept mit wenigen Worten umrissen, nach dem in den folgenden Jahren in Paderborn verfahren wurde.

³⁰ J. Höfer, Erinnerungen an Dompropst Professor Dr. Paul Simon, in: P. W. Scheele (Hrsg.), Paderbornensis Ecclesia. Beiträge zur Geschichte des Erzbistums Paderborn, München 1972, S. 678.

³¹ StA PB, A 5513, Sitzung der Stadtvertretung am 16. 3. 1946.

³² Niemeyer in einer Sonderbeilage der Freien Presse vom 26. 3. 1955, siehe auch Ch. Tölle, 10 Jahre Stadtvertretung, Manuskript S. 2, in: StA PB, 5002.

Der Bauausschuß der Stadt erwähnt den Präsidenten der Akademie für Städtebau erstmals in einer Sitzung am 16. März 1946, im Mai erläuterte Niemeyer dann ausführlich seine Pläne. Dem innerstädtischen Verkehr maß er für die Zukunft besondere Bedeutung bei, außerdem sollten eine weitgehende Entkernung der Altstadt angestrebt sowie Grün- und Freiflächen, besonders im Paderquellgebiet geschaffen werden. Im Gegensatz zur ablehnenden Haltung der Stadtvertreter noch zu Beginn des Jahres schienen nunmehr nahezu alle Bedenken ausgeräumt, Paderborn könne sein historisches Gesicht verlieren. Die Entscheidung für den Neuaufbau der Innenstadt war gefallen.

Im Frühsommer 1946 begann eine Zeit städtebaulicher Weichenstellungen, die 1948 ihren Höhepunkt erreichte. Im Mittelpunkt der Planungen stand das Ziel, die Hauptstraßen der Innenstadt für den zukünftigen Verkehr zu verbreitern; als Begründung wurde angeführt, Stadtzentren stürben langfristig ab, wenn sie nicht vom Verkehr »durchflutet« würden.³³

Im Juli 1946 beschloß der Bauausschuß, beim Regierungspräsidenten in Detmold ein vereinfachtes Fluchtlinienfestsetzungsverfahren und die Einführung der sogenannten Lex Adickes für die Umlegung der Altstadt zu beantragen.³⁴ Es handelt sich bei letzterer um ein Gesetz, das bereits in Frankfurt seit 1902 zu Sanierungszwecken als wirkungsvolle Handhabe erprobt worden war, die Umlegung von Grundstücken in eng bebauten Innenstadtbereichen zügig durchzuführen, d. h. beispielsweise auch Enteignungen vornehmen zu können. Niemeyer kannte dieses Gesetz aus seiner Zeit als Stadtbaurat in Frankfurt in den dreißiger Jahren sowie aus der allgemeinen Diskussion um die Reform des Bodenrechts und der Stadtsanierung nach 1933 und hat die Erfahrung der Lex Adickes zweifellos aus dieser Kenntnis der Sachlage heraus empfohlen.³⁵

Nachdem die Planungen weitgehend abgeschlossen waren, die Umlegungskommission mit Niemeyer als Bausachverständigem den Rahmen für den Neubau abgesteckt und die Lex Adickes im Sommer des Jahres 1948 Rechtskraft erlangt hatte, konnte innerhalb kurzer Zeit der Neuaufbau der Innenstadt durchgeführt werden. Er sei hier nicht im einzelnen vorgestellt, sondern lediglich in den wichtigsten Ergebnissen zusammengefaßt: Es wurden demnach 948 Flurstücke in der Altstadt auf 560 reduziert. Die Bewohner des zuvor dicht besiedelten Paderquellgebietes wurden umgesiedelt, dieser Bereich selbst zur Grünfläche umgestaltet. Die Baufluchtlinien in der Innenstadt wurden bis zu 18 Meter zurückversetzt und die Straßen entsprechend verbreitert. Der Neuaufbau der Häuser war im Gegensatz zur Vorkriegszeit nicht mehr giebel-, sondern nur noch traufständig zugelassen.³⁶

³³ Niemeyer am 7. 1. 1947 in der *Westfalen-Zeitung*.

³⁴ *StA PB*, A 5522, Sitzung des Bau- und Kanalisationsausschusses vom 15. 7. 1946.

³⁵ Zu Niemeyers Tätigkeit in Frankfurt in den Jahren 1931 bis 1938 vgl. S. *Prager* (s. A 11).

³⁶ Vgl. H. Beseler / N. Gutschow (s. A 2), Bd. 1, S. 686.

Die Einsprüche von rund 100 Grundeigentümern konnten abgewiesen werden; Gegner der Neuordnung fanden kaum Gehör. Der Dombaumeister Matern z. B. konnte sich etwa als Sprecher der ortsansässigen Architekten mit seinen Einwänden nicht durchsetzen. Die Kritik Materns richtete sich vor allem dagegen, daß der Rat nicht wie in anderen Städten Wettbewerbe ausschrieb und Niemeyer nahezu alle Planungskompetenzen übertragen hatte.³⁷ Der Vorwurf, der Neubau der Paderborner Innenstadt sei undemokratisch erfolgt und den Bürgern aufoktroiiert worden, ist nicht von der Hand zu weisen, allerdings bemühten sich die Stadtvertreter wie auch Niemeyer immer wieder geschickt, etwa dem Heimatverein, der im ersten Nachkriegsjahrzehnt als Sprachrohr traditionell verankerter lokaler Interessen eine ernstzunehmende Autorität besaß, die Planungen vorzustellen.

Aus den Reihen des Heimatvereins wurde jedenfalls kaum Protest laut. Dies ist auf den ersten Blick um so erstaunlicher, als 1949 unter dessen Mitwirkung ein erster Bildband über Paderborn nach dem von Paul Michels bearbeiteten aus dem Jahre 1931 herauskam, in dem unmißverständlich das Vorkriegsstadtbild als das eigentliche Paderborn herausgestellt wurde.³⁸ Noch 1958, als die dritte Auflage erschien, heißt es dazu in der Lokalpresse, insbesondere die Bilder des Domes und seiner Umgebung verkörperten »das bleibende Antlitz« und die »geistige Kraft« der Stadt.³⁹

Daß sich Rat und Verwaltung gleichwohl zum Neuaufbau der Altstadt entschlossen, ist nicht zuletzt auf die Einsicht zurückzuführen, Paderborn brauche eine »realistische und ausführungsfähige Planung«, die auch einem Bevölkerungswachstum und einem Ansteigen des motorisierten Verkehrs gerecht werde.⁴⁰ Außerdem hatten die Stadtväter der Nachkriegszeit Kenntnis von ähnlich gerichteten Planungen aus den dreißiger Jahren, die 1939 dann Eingang in ein städtebauliches Gutachten fanden. Auf dieses wurde zwar nicht im einzelnen Bezug genommen, seine Existenz dürfte aber die Dringlichkeit der städtebaulichen Modernisierung unterstützt haben.⁴¹

Während die Innenstadt also mit breitem Einverständnis der Kommunalpolitiker der ersten Stunde modern aufgebaut wurde, erhielten einige wenige Gebäude, allen voran der Dom, ihr historisches Aussehen zurück. Vor allem letzterer bildete inmitten der Veränderungen einen symbolischen und optischen Bezug zur Vergangenheit und nach wie vor einen Fixpunkt des geistigen Lebens. Sein Wiederaufbau ging gewissermaßen im Windschatten des Neuaufbaus der Innenstadt vonstatten, und auf ihn konzentrierte sich das Identifikationsbedürfnis der Bevölkerung mit Symbolen des Glau-

³⁷ Diskussion um den Wiederaufbau beispielsweise im *Neuen Westfälischen Kurier* vom 24. 7. 1947.

³⁸ Paderborn. Die schöne, alte Stadt vor der Zerstörung 1945, mit einer Einführung von R. Schneider und kunstgeschichtlichen Erläuterungen von W. Tack, Paderborn 1949.

³⁹ *Westfälisches Volksblatt* vom 26. 7. 1958.

⁴⁰ *StA PB*, A 5514, Ratsprotokoll vom 6. 9. und vom 27. 9. 1946.

⁴¹ *StA PB*, A 6020, A 6021.

bens; er wurde zum Inbegriff der Paderborner »symbolischen Ortsbezogenheit« und machte die Neugestaltung der Altstadt gewissermaßen »verkräftbar«.

Das Richtfest des Domsdaches im Herbst 1946 war bereits ein Anlaß, bei dem »politisches Gemeinwesen, Kirche und Kirchenvolk gleichsam eine Symbiose bildeten und die Katholizität der Stadt ebenso demonstrativ wie selbstverständlich in Erscheinung trat.« Dompropst Simon erinnerte in seiner Ansprache an die mittelalterlichen Städte, deren Mittelpunkt die Kathedralen gewesen seien.⁴² Der Dompropst konnte mit seiner Rede auf einen breiten Konsens in der Bevölkerung setzen, die den Zusammenbruch des Jahres 1945 nicht als »Stunde Null« verstand, sondern als Möglichkeit, die Jahre der nationalsozialistischen Herrschaft gewissermaßen abzuschütteln und ihre religiöse Verwurzelung wieder deutlicher als in den Jahren zwischen 1933 und 1945 öffentlich zu zeigen. Heinz Hürten hat das Festhalten an der Religion und ihren sichtbaren Zeichen für einen anderen Zusammenhang, doch auch für unseren treffend mit den Worten umschrieben: »Gemeint ist eine Form der moralischen Selbstbehauptung, die Wahrung der sittlichen Identität, die Treue zum überlieferten Wertesystem.«⁴³

So haben die Paderborner in ihrer Verbundenheit mit der Kathedrale an Bezüge angeknüpft, die die Zeit des Nationalsozialismus und des Krieges überdauerten. Fast nahtlos lassen sich beispielsweise Deutungen der Domrichtfestrede Simons im Oktober 1946 mit denen des damaligen Nuntius und späteren Papstes Pius XII. verbinden, der 1926 bei seinem Besuch in Paderborn unter überwältigender Anteilnahme der Bevölkerung einen populären westfälischen Heimatdichter mit den Worten zitierte, Gott schütze die Mauern einer Stadt, in der Heilige wohnten.⁴⁴

Solche Äußerungen waren mehr als nur kirchenamtliche Phrasen, nämlich im Glauben wurzelnde Überzeugungen, die sowohl vor als auch nach 1945 einen breiten Rückhalt in der Bevölkerung hatten, die bis in die sechziger Jahre zu mehr als 80% dem römischen Glauben angehörte. Aus der tief verwurzelten Religiosität heraus ist u. a. auch zu erklären, daß Gläubige bereits 1945 in den Trümmern des Domes wieder an Andachten teilnahmen, die der Erzbischof an einem Notaltar zelebrierte. Paderborner Bürger beklagten sich überdies im Jahre 1947 anlässlich des in der ehemaligen Garnisonskirche St. Georg stattfindenden Liborifestes, sie vermißten die ge-

⁴² Vgl. F. J. Jakobi (Hrsg.), Geschichte der Stadt Münster, Bd. 3, S. 27.

⁴³ H. Hürten, Zeugnis und Widerstand. Zur Interpretation des Verhaltens der katholischen Kirche in Deutschland Hitlers, in: P. Steinbach (Hrsg.), Widerstand. Ein Problem zwischen Theorie und Geschichte, Köln 1987, S. 147f.

⁴⁴ Eugenio Pacelli stattete Paderborn als apostolischer Nuntius in der Liboriwoche des Jahres 1926 einen Besuch ab, dazu der Pressebericht im westfälischen Volksblatt vom 26. 7. 1926. Pacelli zitierte den populären westfälischen Dichter Friedrich Wilhelm Weber mit seiner Versdichtung »Dreizehnlinden«, die die Christianisierung der Sachsen thematisiert, mit einem in Paderborn durchaus geläufigen Satz.

wohnte Prachtentfaltung im Dom.⁴⁵ An den Aufbauarbeiten beteiligten sich nicht zuletzt zahlreiche freiwillige Helfer, insbesondere unmittelbar vor der Wiedereröffnung zu Libori 1948. Dem Fest wohnten der Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen, Karl Arnold, und der päpstliche Visitor Alois Muench bei.⁴⁶

Um die Mitte der fünfziger Jahre waren der Domwiederaufbau weitgehend abgeschlossen und auch die Altstadt weitgehend umgestaltet und neu aufgebaut. Angesichts der vom Paderquellgebiet aus nunmehr gesteigerter Wirkung des Domes schreibt der von Niemeyer geförderte, 1949 zum neuen Stadtbaurat avancierte Willy Paul Schmidt als Bilanz: Paderborn habe mit der günstigen Gestaltung des Paderquellgebietes und mit dem freien Blick auf den Dom eine »würdige Stadtkrone« erhalten.⁴⁷ Dieser Ausdruck, der in utopischen Stadtvorstellungen der zwanziger Jahre, etwa bei Bruno Taut, eine maßgebliche Rolle spielt, ist unter Bezugnahme auf eine katholische Bischofskirche ungewöhnlich. Seine Verwendung mag darauf zurückzuführen sein, daß Schmidt als Protestant möglicherweise den Begriff des »heiligen Bezirkes« mit seinen Konnotationen vermeiden wollte. Die Wortwahl kann jedoch auch in der großen Schwierigkeit begründet liegen, die mentalitätsgeschichtliche Bedeutung eines Bauwerks und seiner Umgebung in einer Kommune zu beschreiben, deren Identität überwiegend religiös-kirchlich begründet war. Darüber hinaus ist 1955 in dem abschließenden Bericht der Umlegungskommission wörtlich vom »heiligen Bezirk« die Rede.⁴⁸

Reinhold Niemeyer trat seit Beginn der fünfziger Jahre in Paderborn zunehmend in den Hintergrund, obwohl er seine Aufgaben als Bausachverständiger in der erwähnten Umlegungskommission bis zum Jahre 1955 wahrnahm und auch danach noch gelegentlich bis 1957 im Zusammenhang mit Planungsfragen in Ratsprotokollen genannt wird. Seine Vorstellungen hat er weitgehend durchgesetzt und dabei auch den »Auftrag« des bereits im Herbst 1946 verstorbenen Dompropstes erfüllt, die Ansicht auf den Dom freizulegen. Lediglich einen Plan konnte er nicht verwirklichen, nämlich den Domplatz oberhalb der Kathedrale, also auf der dem Paderquellgebiet ab- und dem engeren Innenstadtbereich zugewandten Seite tiefer zu legen. Damit wäre der Anblick der Kathedrale auch von dieser Seite in seiner Monumentalität zusätzlich betont worden.⁴⁹

Der Wiederaufbau des historischen, als Baudenkmal der Weserrenaissance bekannten Rathauses hatte auf keinen Fall eine auch nur annähernd so große identitätsstiftende und -bestätigende Bedeutung wie der Dom. So heißt es in einem sogenannten

⁴⁵ Vgl. Archiv des Erzbischöflichen Generalvikariats, Akte Metropolitankapitel Libori 1949.

⁴⁶ Ebda.

⁴⁷ W. P. Schmidt, Die Neugestaltung der Stadt, in: Paderborn. Eine werdende Großstadt, Paderborn 1972, S. 40.

⁴⁸ StA PB, B 5002, Abschlußbericht der Umlegungskommission.

⁴⁹ Sonderausgabe der *Freien Presse* vom 26. 3. 1955.

Aufbaulied, das als Motto über dem Rathausrichtfest des Jahres 1948 stand: »Wir bauen die neue Stadt im Land. Die alte ging im Krieg verloren, die neue wird durch uns geboren.«⁵⁰ Das Rathaus stand also trotz seiner historischen Bausubstanz weniger für die Bewahrung alter Traditionen als für die zukunftsweisende Neuorientierung der städtischen Politik, derzufolge insbesondere in wirtschaftlicher Hinsicht die Stadt über bestehende Strukturen hinauswachsen sollte.

Insgesamt lassen sich die hier umrissenen Akzente einer spezifischen lokalen Identität bis in die fünfziger Jahre und sogar noch darüber hinaus beobachten, als Paderborn sich langsam vom nahezu ausschließlichen Image der katholischen Bischofsstadt zu lösen begann. Wie stark sich demnach bis in die Gegenwart auch bauliche Elemente mit dem katholischen Selbstverständnis Paderborns verbinden, zeigt abschließend ein Beispiel der jüngsten Zeit. Als 1982 die neue Stadthalle eingeweiht wurde, feierte Paderborn seinen Status als junge Großstadt, den es Mitte der siebziger Jahre erlangt hatte, unterstrich jedoch gleichfalls die nach wie vor enge Verbundenheit mit der religiös verankerten Geschichte: das Dach der Paderhalle erhielt eine Form, die an ein Pfauenrad im Anklang an den Pfau als Wahrzeichen des Dom-, Stadt- und Bistumspatrons erinnern soll.⁵¹ Lokale Identität und symbolische Ortsbezogenheit lassen sich für Paderborn architektonisch kaum sinnfälliger auf den Punkt bringen.

Ein Vergleich mit der Aufbaugeschichte und baulichen Akzenten in anderen Städten könnte zeigen, daß die symbolische Ortsbezogenheit sich anhand jeweils anderer Bauobjekte und ihres Wieder- bzw. Neubaus beschreiben läßt und den Blick auf den Facettenreichtum bundesrepublikanischer Identität in den Aufbaujahren freigeben. Beispielsweise bieten sich Vergleiche mit möglicherweise ähnlichen Identifikationsobjekten wie dem Paderborner Dom, so etwa der Würzburger Kathedrale an. Im Kontrast dazu stünde die Wiederherstellung von Bauten oder auch städtischen Räumen, die Rückschlüsse auf gänzlich andere lokale Strukturen zulassen und in deren Zusammenhang die Begriffe Heimat und Religion nicht die Bedeutungsnahe besaßen und noch besitzen wie in Paderborn. Es wäre u. a. an die Diskussion um den Wiederaufbau des Goethehauses in Frankfurt zu denken, von dessen Bedeutung für das Selbstverständnis Frankfurts in der jungen Republik Walter Dirks bereits 1947 sprach; schließlich haben Stadtplaner wie Niemeyer ihr Motto »Stirb und werde« Goethes westöstlichem Diwan entnommen und damit das Problemfeld Identität und Umbruch anklingen lassen.

⁵⁰ Vgl. B. Stambolis / K. Hüser (s. A 20), Text auf der Rückseite des Buchumschlags.

⁵¹ Die Paderhalle in Paderborn, in: *Bauwelt* 13 (1982), S. 530–539.

Autoren

HEINRICH HEIDEBRECHT; geb. 1958 in Nowosibirsk. Studium der Architektur an der Nowosibirsker Ingenieurschule, danach Tätigkeit am dortigen Projektinstitut für Hochbau. 1986 Aussiedlung nach Deutschland. Zur Zeit Tätigkeit als Architekt in Stuttgart.

URSULA VON PETZ; Akademische Oberrätin am Institut für Raumplanung der Universität Dortmund. Promotion mit einer Arbeit zur Stadtsanierung im »Dritten Reich«. Schwerpunkte in Forschung und Lehre: Planungsgeschichte, Stadterneuerung, Stadtentwicklung. Redaktion der Dortmunder Beiträge zur Raumplanung.

DIRK SCHUBERT (1947); nach Studium der Architektur und Soziologie Wiss. Assistent an der FU Berlin, seit 1991 Akad. Oberrat an der TU Hamburg-Harburg, 1993/94 Gastprofessur an der Universität GH Kassel, 1994 Habilitation. Zahlreiche Veröffentlichungen im Bereich Städtebau, Wohnungswesen, Stadterneuerung und Stadtbaugeschichte.

BARBARA STAMBOLIS; Historikerin, Promotion an der Ruhr-Universität Bochum, danach als wiss. Angestellte an der Universität-GH Paderborn tätig. Dort Lehrbeauftragte im Fach Geschichte. Schwerpunkte: Historische Festforschung, Stadtgeschichte und Jugend im 19. und 20. Jahrhundert.

KARL-KLAUS WEBER; geb. 1928, Dipl.-Ing. und Architekt. Bis 1985 Technischer Geschäftsführer einer Wohnungs- und Städtebaugesellschaft in Hamburg. Seit 1985 Studium der Geschichte, Archäologie und Kunstgeschichte an der Universität Hamburg. Promotion 1993. Forschungsschwerpunkte: Stadtgeschichte und Frühe Neuzeit.

Besprechungen

PAUL THOMES, *Kommunale Wirtschaft und Verwaltung zwischen Mittelalter und Moderne: Bestandsaufnahme – Strukturen – Konjunkturen. Die Städte Saarbrücken und St. Johann im Rahmen der allgemeinen Entwicklung 1321 bis 1768 (Vierteljahresschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Beihefte 118), Stuttgart: Franz Steiner 1995, 3 Karten, 16 Tab., 446 S., DM 174,-.*

Im Mittelpunkt des Buches, einer Saarbrücker Habilitationsschrift, steht eine Analyse der kommunalen Finanzen von Saarbrücken und St. Johann, aus denen, zusammen mit Malstatt-Burbach, die heutige Landeshauptstadt des Saarlandes geschichtlich hervorgegangen ist. Allein zwei Drittel des Werkes widmen sich dem städtischen Haushalt, der sehr quellennah über Jahrhunderte hinweg beschrieben wird. 302 Rechnungsjahrgänge, ein Datenbestand von 40 000 Seiten, wurden dabei qualitativ und quantitativ ausgewertet. Eine solche Auswertung lag bisher noch nicht vor; sie stellt in der Städteforschung überhaupt eine Rarität dar, zumal sie sich nicht mit Stichproben begnügt. Die Grundlagenforschung, die vom Verfasser mit Recht für sein Opus in Anspruch genommen wird, verhindert mangels einer genügenden Anzahl vergleichbarer Arbeiten Aussagen über die Repräsentativität der Ergebnisse. Sporadisch erfolgt eine Konfrontation der untersuchten Kommunen mit der allgemeinen Stadtgeschichte, die laut Untertitel angestrebt wird. Über weite Strecken werden dem Leser Haushaltsdetails vor Augen geführt. Berücksichtigung findet der Kontext im engeren Sinne, die politische Geschichte der Städte und der nassauischen Grafschaft, zuletzt Fürstentum.

Das Werk ist chronologisch aufgebaut. Der Ausbruch des Dreißigjährigen Krieges dient als

Trennlinie für zwei zusammenhängend dargestellte Zeitblöcke. Die Einleitung enthält eine gute Charakteristik der Städteforschung, die die Defizite treffend beleuchtet und den Wert der Untersuchung sichtbar macht. Wie auch das Literaturverzeichnis belegt, hat der Autor die Forschung umfassend zur Kenntnis genommen und ausgewertet. Auf die Vorstellung der Konzeption und Durchführung der Arbeit folgt ein Abriss der Vorgeschichte der beiden Städte: Herrschaft, Siedlung, Verwaltung und Wirtschaft werden von den Anfängen bis zum späten Mittelalter auf 20 Seiten skizziert. Von herausragender Bedeutung war der 1321 erteilte Freiheitsbrief, der die administrative und rechtliche Basis für das kommunale Leben bis zum Revolutionszeitalter schuf. Der zweigeteilten Analyse der städtischen Haushalte geht jeweils, um die folgenden Zahlenangaben richtig beurteilen zu können, eine Darstellung von »Geld und Währung« voraus. Die erste kontinuierliche Einnahmequelle war das »Ungeld«, an dem der Landesherr die Kommunen partizipieren ließ. Mit dieser Einnahme begann einerseits die Pflicht zur Rechnungslegung, andererseits der Gestaltungsspielraum für Ausgaben und Investitionen, der sich – wengleich unter obrigkeitlicher Kontrolle – ständig ausdehnte. Bis zum Dreißigjährigen Krieg verzeichneten die Kommunen einen steten Aufschwung.

Die vermögenden Städte erlebten während des Dreißigjährigen Krieges durch Pest, Seuchen, Plünderungen, Truppendurchzüge und Einquartierungen einen Niedergang. Kaum erholt sanken sie 1677, gebrandschatzt von französischen Truppen, die vor der kaiserlichen Armee flohen, erneut in Trümmern. Darauf folgte der Aufbau, der unter dem Fürsten Wilhelm Heinrich von Nassau-Saarbrücken kulminierte. Die blühende Doppelstadt zählte schließlich zu

den bedeutenderen linksrheinischen Zentren. Kommunen und Territorium bildeten trotz unvermeidbarer Antagonismen ein organisches Ganzes. Der Verfasser zeigt, wie sehr das Denken auf kommunaler wie auf landesherrlicher Seite von modernen ökonomischen Kategorien geleitet war, und zwar erheblich früher als gemeinhin angenommen. Das belegt er im Rahmen der Beschreibung von Organisation und Technik sowie der vielfältigen Einnahmen und Ausgaben des städtischen Haushalts. Hierbei wird unter anderem herausgearbeitet, wie Bau- und Ackerland, mehr aber noch der Forst eine überragende Bedeutung erhielten. Der Wald wurde von einer stillen Reserve zum regelmäßigen Einnahmeposten, einer tragenden Säule der kommunalen Wirtschaft. Die wissenschaftlich wertvollen Ergebnisse werden nicht nur in Textform, sondern auch von Tabellen in einer anhängenden Mappe dokumentiert. Ein Register erschließt minutiös den Inhalt. Vier Jahre vor dem tausendjährigen Jubiläum der Stadt Saarbrücken (1999) erscheint dieses grundlegende Werk gerade zur rechten Zeit.

Münster

Peter Burg

KURT JUNGHANNS, *Das Haus für alle. Zur Geschichte der Vorfertigung in Deutschland, Berlin: Ernst & Sohn 1994, 536 Abb., 320 S., DM 86,-.*

Gerhard Polt, der bayrische Kabarettist, entgegnete unlängst auf die Frage, welche Hobbies er denn habe, nur lakonisch: »Ach wissen'S, ich wohn' gern.« Mit diesem Bedürfnis steht er sicherlich nicht allein, wengleich es voraussetzt, daß »eigene vier Wände« überhaupt zur Verfügung stehen. Denn die Versorgung mit Wohnungen stellt einen Bereich des modernen Lebens dar, in dem trotz vieler Anstrengungen noch immer gewaltige Defizite zu verzeichnen sind.

Neu ist eine solche Situation keineswegs. Auch unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg hatte sich die Wohnungsfrage mit Vehemenz artikuliert. Mehr und mehr machte sich die Einsicht breit, daß mit handwerksbetonten Standards

und Methoden keinesfalls die anstehenden quantitativen Probleme zu lösen sein würden. Die Forderung nach der Industrialisierung des Bauens und, damit einhergehend, der Typisierung von Gebäuden lag demnach nahe. Sie gehörte zum theoretischen Anfangsbestand des Wohnungs- und somit des Städtebaus in der Ära der Moderne. Allerdings: In kaum einem Sektor klafften Anspruch und Wirklichkeit derart auseinander wie in dem des Bauwesens.

Dies aufzuarbeiten ist das Ziel einer nun vorgelegten Studie. Ihr Autor, Kurt Junghanns, ehemaliger Leiter der Theorieabteilung der Bauakademie der DDR und Verfasser gewichtiger Bücher über Bruno Taut und den Werkbund, legt hier erneut eine sorgfältig recherchierte und bedachte Arbeit vor. Deren Schwerpunkte liegen – zu gleichberechtigten Teilen – auf den Anfängen der Vorfertigung im Wohnungsbau, das heißt der Zeitspanne bis 1918, und den 20er Jahren. Die Experimente im nationalsozialistischen Deutschland bleiben demgegenüber leider etwas untergewichtig. So fehlt beispielsweise jene »Wohnung aus der Strangpresse«, wie sie unter der Federführung Ernst Neuferts dann als »Entwurf Speer« in der »Bauordnungslehre« von 1943 in gedruckter Form vorgelegt wurde. Gleichwohl ist das kein entscheidendes Manko. Akribisch sortiert Junghanns ein Puzzle aus weitverstreuten Bausteinen und formt daraus ein anschauliches Bild. Seine Materialsammlung ist kategorisiert nach Zeitabschnitten und angewandten Baustoffen. Dabei verdeutlichen die abgebildeten Beispiele, wie wichtig im einzelnen die Experimente waren, in denen sich sowohl technische als auch soziale Phantasie spiegeln.

Bis zum Ende des Ersten Weltkriegs war die Erstellung und Finanzierung von Wohnraum eine weitgehend private Angelegenheit. Das änderte sich in der Weimarer Republik, als angesichts der Notlage und auf der Basis neuer Gesetze (z. B. Hauszinssteuer) die Kommunen in großem Maße Träger des Wohnungsbaus wurden. Das schiere Mengenproblem und begrenzte Finanzmittel zwangen förmlich zu Rationalisierung. Die Gründe für die angestrebte Industrialisierung des Bauvorgangs selbst lagen dabei nicht nur in der Absicht einer unmittelbaren Bauko-

stensenkung, sondern auch in der jahreszeitlichen Nivellierung der Belastungsspitzen durch die geforderte enorme Bauleistung. Als Folge sollte sich eine erheblich höhere Baugeschwindigkeit und eine größere Witterungsunabhängigkeit einstellen. Da insgesamt ein industrieller Wachstumsschub das Land erfassen sollte, verfolgte man parallel dazu das Ziel, das kostbare Potential der Facharbeiter auf die Investitionsgüter-Industrie zu konzentrieren und nicht auf den volkswirtschaftlich vergleichsweise unproduktiven Wohnungsbau.

Walter Gropius, der in Dessau-Törten mit dem Thema Vorfertigung laborierte, hatte es 1924 programmatisch formuliert: »Die menschliche Behausung ist eine Angelegenheit des Massenbedarfs. Genauso, wie es heute 90 Prozent der Bevölkerung nicht mehr einfällt, sich ihre Beschuhung nach Maß fertigen zu lassen, sondern Vorratsprodukte bezieht, die infolge verfeinerter Fabrikationsmethoden die meisten individuellen Bedürfnisse befriedigt, so wird sich in Zukunft der einzelne auch die ihm gemäße Behausung vom Lager bestellen können. Die heutige Technik wäre vielleicht schon dafür reif, die heutige Bauwirtschaft aber ist noch fast ganz an die alten handwerklichen Baumethoden gebunden, die Maschine spielt in ihr erst eine geringe Rolle. Die grundlegende Umgestaltung der gesamten Bauwirtschaft nach der industriellen Serie hin ist daher zwingendes Erfordernis für eine zeitgemäße Lösung des wichtigen Problems. Dieses muß gleichzeitig von drei verschiedenen Gebieten aus, vom volkswirtschaftlich organisatorischen, vom technischen und vom formalen, angefaßt werden; alle drei Gebiete sind unmittelbar voneinander abhängig. Befriedigende Lösungen können nur durch gleichzeitiges Vorgehen auf allen drei Gebieten gefunden werden.«

Dieser historische Hintergrund und das Fehlen von Hunderttausenden von Wohnungen verdeutlichen unmittelbar den Zusammenhang: »Das Haus für alle« bestimmt auch heute wie kaum ein anderes Planungsthema das Bewußtsein der Öffentlichkeit. Zwar beschränkt sich die Arbeit von Junghanns geographisch auf Deutschland und zeitlich auf den Zeitraum bis 1945. Dennoch – oder gerade deshalb – ist sie

ein immenser Gewinn, weil es ihr gelingt, Zusammenhänge dar- und herzustellen. Der Begriff der »Vorfertigung« wird dabei vom Autor sehr weit gefaßt und das (zukunftssträchtige) Gebiet der Teilvorfertigung in die Betrachtung einbezogen. Und die Selbstbeschränkung ist aus zwei Gründen plausibel: Zum einen gibt es zu diesem Thema bis dato lediglich einige technikgeschichtliche Berichte, in denen der jeweilige gesellschaftliche Kontext und »künstlerische« Problemsphären weitgehend ausgeblendet werden. Zum anderen lassen sich nach 1945, in der Reaktion auf einen Trümmerberg und in der Situation eines umfassenden Aufbruchs, keine einheitlichen Bündelungen mehr erzielen; zu sehr differenzieren sich die Wege zwischen Ost und West. Dies bedarf gesonderter Untersuchungen (die vorzunehmen Junghanns offensichtlich gewillt ist). So schließt »das Haus für alle« eine Lücke, indem es die früheren Antworten auf ein aktuelles Problem anschaulich zusammenstellt.

Berlin

Robert Kaltenbrunner

CHARLOTTE SCHOELL-GLAS (Hrsg.), »Fleetinsel« in Hamburg, mit Beiträgen von Frank Pieter Hesse, Hermann Hipp, Gert Kähler, Janis Mink, Hamburg: Christians Verlag 1994.

Wir haben es schon beinahe vergessen: sie ist gar keine Insel – der Name ist Produkt der Planungs-/Planersprache des vergangenen Jahrzehnts (Wettbewerbsauslobung 1980) – und hat auch keine lange Geschichte als »Fleetinsel«, und doch ist sie an historischem, wenn auch ganz anderem Ort, gelegen. Von diesen Gegensätzen ist nicht mehr viel zu spüren. Es war wohl eines der größten zusammenhängenden Bauvorhaben in Hamburg, das die Stadt (wenigstens an dieser Stelle) in eine neue Richtung drehen wollte, doch verblieben der neuen Richtung einige moderne Hindernisse (nicht nur die Ost-West-Str.).

Diese Drehung hat vieles (in unserem Gedächtnis) verdreht und verschüttet. Es ist ein wenig wie Geschichtsumstellung.

Damit wir den Wert des Ortes, die historische

und neue Bausubstanz schätzen und einschätzen lernen, haben die Autoren dieses kleine Bändchen vorgelegt. Sie schildern die Typik des Ortes, der Architektur und des lokalen Lebens in Vergangenheit und Gegenwart. Dabei kommt auch der Planungsprozeß und sein Gerichtetsein nicht zu kurz.

Die vielfältigen Blickwinkel der Autoren lassen ein (ursprünglich) ganzes Bündel von gewesenen, durchaus möglichen Perspektiven für den Ort erkennen und zeigen, was es nützt, zuzuhören, historische Kenntnisse zu berücksichtigen und gegenwärtige Belange zu integrieren, geht es doch um die Identität von Stadt, Ort und Menschen.

Übrigens, ein sehr gelehrtes und bibliophil gemachtes Bändchen.

Hamburg

Volker Roscher

KARL SCHEFFLER, *Der Architekt. Und andere Essays über Baukunst*, Basel: Birkhäuser Verlag 1993, 46 Abb., 124 S., DM 35,-.

Als einer der bekanntesten Publizisten nimmt Scheffler in der Zeit zwischen 1907 und 1933 zu zahlreichen Themen aus dem Bereich der Architektur Stellung. In den vorliegenden Sammelband kommen einige seiner Aufsätze aus den Werken *Moderne Baukunst* (1908), *Leben, Kunst und Staat* (1920) und *Deutsche Baumeister* (1939) zu einem aktuellen Abdruck. Die Relevanz der Aufsätze ist aus heutiger Sicht als unterschiedlich einzuschätzen; bei einigen Bauten wie dem Berliner Dom oder den Villen am Nikolassee regt die erfrischend bissig verfaßte zeitgenössische Kritik zum Überdenken an; andere Beiträge zeigen heute kaum noch Wirkung.

Zwei Artikel scheinen besonders erwähnenswert: In seiner diesen Band einleitenden Analyse des Berliner Kaufhauses Wertheim von Alfred Messel skizziert Scheffler die Entwicklung der Büro- und Geschäftshäuser von der »zweckentfremdeten« Etagenwohnung hin zu einer eigenständigen und inzwischen fast bestimmenden Spezies der Architektur. In seinem wohl wichtigstem Buch »Deutsche Baumeister« aus dem

Jahre 1935 beschreibt der Autor die Entwicklung des Architekten vom komplexem Bausachverständigen mit handwerklichem Können und künstlerischem Anspruch zu einzelnen Spezialisten, die sich damals schon über die gesamte Breite von der ehrwürdigen Beamtenkaste bis zum unwürdigen Spekulanten erstrecken.

Leider fehlt dieser Wiederveröffentlichung die inhaltliche Einbindung; die Angaben über den doch schon etwas vergessenen Autor bleiben dürr und auf eine Einschätzung der von den Beiträgen seinerzeit ausgehenden Wirkung wird völlig verzichtet. Dieses Defizit soll aber nicht davon abhalten, selbst von Scheffler etwas zu lesen und seine Meinung ihrer Wirkung zu überlassen.

Halle

Ronald Kunze

LUIS I. KAHN, *Die Architektur und die Stille. Gespräche und Feststellungen*. Basel: Birkhäuser 1993, 38 Abb., 155 S., DM 52,-.

Die Herausgeberin faßt in diesem Band verschiedene, zwischen 1931 und 1972 aufgezeichnete Gespräche und Vorträge zusammen, die die Persönlichkeit Louis Kahn in seiner Bescheidenheit und Ehrerbietung vor dem Objekt anklingen lassen und seine Bezauberung durch das noch zu Vollbringende andeuten: Die vorgeführten Texte beschreiben den Architekten, aber vor allem den Menschen Louis Kahn, der weise sagt, »wenn ich etwas anderes machen wollte als Architektur, so würde ich Märchen schreiben, denn aus den Märchen kamen das Flugzeug und die Lokomotive und das wundervolle Instrumentarium des Geistes... alles kam aus dem Wunder« (S. 7/8).

Die Spannweite der Texte reicht von einem frühen Mitschnitt über die Bedeutung des Zeichnens bis zu einer »Selbstbefragung«: Wie mache ich mich, Corbusier?« Die verschiedensten Metiers, in denen Kahn denkt und arbeitet, werden dem aufmerksamen Leser anhand dieser Selbstbeschreibungen nahegebracht; die Lektüre erfordert, sich ganz auf diese Gedankenfolgen einzulassen, die Annäherungen an Bedeutungen und Lösungen mit einer Kahn's eigenen Logik nachdenkbar machen. Die Bemerkungen der Überset-

zerinnen am Schluß des Buches über die Schwierigkeit, Kahn ins Deutsche zu übertragen, wird bei dieser Eigenart des Porträtierten durchaus verständlich.

Die Gespräche sind durch szenische Fotografien gut illustriert, und mehrere in den Text eingefügte Skizzen Kahns ergänzen die Gedankenläufe des Sprechers. Das Buch vermittelt in dieser Verbindung von Bild und Text dem Leser eine lebhaftere Vorstellung des Menschen und Architekten Louis Kahn und lädt zum Weiterdenken über Architektur, Architektenausbildung und Leben an sich ein. Für jeden, der diese Einladung annimmt, ist das Buch eine lohnenswerte Bereicherung.

Halle

Ronald Kunze

LILLI THURN UND TAXIS / ANNETTE HAFNER, *»Es ist jetzt halb sieben, was machen Sie gerade?« Auskünfte zur Architektur. Telefoninterviews zum Feierabend, München: Edition Baumeister/Callwey, 111 S., DM 39,-.*

»Über den Plänen, der Ausschreibung, der HOAI, dem Bauantrag« oder ähnlichem saßen sie gerade, die Architekten in der »Provinz« als die Herausgeberinnen sie des abends in ihren Büros mit telefonischen Fragen zum Berufsalltag konfrontierten. Eine 40-Stunden-Woche kennt wohl niemand von ihnen – eher 60 bis 80 – und die meisten sind engagiert in ihrem Beruf, auch wenn dieser nicht immer ihre erste Wahl war und mit gegensätzlichsten Inhalten ausgefüllt ist: Einfamilienhäuser sind nicht wie vielleicht erwartet der große Renner – die Honorierung ist unauskömmlich – aber: »vom Schweinestall bis zum Rechenzentrum und vom kleinen Umbau bis zum mehrgeschossigen Wohn- und Geschäftshaus« fast alles. Einige sind spezialisierter, andere haben eine breitere angelegte Auftragspalette.

Die Aufträge kommen sehr unterschiedlich zustande: jemand ist z. B. Mitglied im Gemeinderat und Kreistag »und so ist die Verbindung relativ eng«, auf den anderen kam der Bürgermeister gleich nach seiner Niederlassung im Dorf zu

und meinte: »Ich sei doch Architekt, ob ich nicht Lust hätte, die Dorferneuerungsplanung zu machen.« Doch sind die Auftraggeber, wenn sie denn überhaupt welche werden, sehr unterschiedlich: »Was kostet bei Ihnen ein Plan«, fragen manche, »und wenn ich ihnen dann sage, ich arbeite nur nach HOAI..., kommen sie meist nicht wieder.« »Da müssen Sie nehmen, was kommt«, ist eine andere deutliche Aussage.

Daß sich der Architekturanspruch an den Auftraggebern reibt, erscheint dabei logisch. Die Bauherren lassen sich nicht durch gute Entwürfe überzeugen, »weil die Provinz zu große Einflüsse ausübt auf die Geschmacksvorstellungen...«, wird kontrastiert von der Auffassung: »wenn ich hingehe und die Leute überzeuge, dann geht es auch.« Schaut man dann die Abbildungen der dazugehörigen Architektur an, so ist man häufig einfach betroffen. Dagegen steht, Vorbilder hatten und haben viele der Befragten – von Scarpa, Schattner und Behnisch war die Rede, oder auch einfach »reelle Architektur zu machen« zu wollen.

Die Möglichkeiten und Bedingungen für (gute) Architektur sind allerdings sehr unterschiedlich und die Anteile der fachlichen Kompetenzen nicht immer sehr ausgewogen verteilt zwischen Architekten, Planungs- und Genehmigungsbehörden und Investoren/Bauherren. Eine Umfrage, wie diese, wäre auch bei den beiden Letztgenannten wünschenswert, würde ggf. das »Provinzielle« mehr vom geographischen Ort »draußen im Land« trennen und dieses evtl. als ein verbreitetes Grundmuster zeigen können. Damit erschiene die »Provinz« dann in einem engeren Kontext zu den »Metropolen« (von hier kommen die Investoren häufig) und deren »Provinzialität«.

Ein wichtiges Büchlein, das es schafft, nach langer Zeit der Berichtslosigkeit über die Entstehungsbedingungen von Architektur, Einblicke in den Berufszweig und seine Einbindungen zu geben. Wichtig für alle, die sich in diesem Feld orientieren und aus der »Provinzialität« heraus wollen, außerdem eine wichtige Anregung, dieses Feld auch systematisch weiter zu erforschen.

Hamburg

Volker Roscher